# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 122. | Dresden, Dienstag den 31. Mai 1910. | 21. Jahrg.


# Arbeiter, gedenkt der ausgesperrten Bauarbeiter!

## Die ungarischen Wahlen.

Von unserem Korrespondenten.

Wien, 29. Mai.

-th- Am 1. Juni beginnen in Ungarn die Wahlen. Die Wirkungen hiervon greifen selbst nach Oesterreich hinüber. Allenthalben werden Truppen-Abteilungen einexerziert und über die ungarische Grenze geschickt. Das Königreich wird in ein Feldlager verwandelt, denn ohne militärische Assistenz sind ungarische Wahlen undenkbar. Der Stimmungsmodus ist daran schuld und noch mehr die Art, wie er gehandhabt wird. Man gibt mündlich seine Stimme ab und nicht wie jeder gerade zur Urne kommt, sondern in Haufen stehen die Parteianhänger beisammen, und von ihnen treten abwechselnd die Wähler vor. Wie ließen sich da Zusammenstöße vermeiden? Schlimmeres freilich, als die natürliche Erregung des Wahltages, bereitet die Wahlmache der Regierung. Als letztes Mittel wirken ihre Gendarmen und Soldaten, und allgemein ist die Meinung, daß es diesmal besonders blutige Wahlen geben wird.

Das ist keine leere Vermutung, die Politik der Regierung spricht sie an die Hand. Khuen-Hedervary scheint zu bestimmt, auf den Trümmern der Koalition das Gebäude des neuen Ungarns aufzuführen. Es war eine unwiederholliche Gelegenheit, das Joch des Feudalismus abzuschütteln. Die Koalitionsparteien mit Ausnahme der Justhpartei insgesamt kompromittiert, die alten Liberalen noch zerstreut und ohne Hoffnung. Justh hatte wenigstens, um Justh zu übertrumpfen, mit dem allgemeinen Wahlrecht agitiert. Ihn daran fassen, seine Partei zum Kern des Wahlreformheeres zu machen, war die Aufgabe eines Staatsmannes. Allein Khuen-Hedervary ist bloß ein Intrigant. Er handelte mit Justh, und um ein zweites Eisen im Feuer zu haben, zugleich mit dem Grafen Tisza, der aus den Trümmern der einstigen liberalen Partei die Regierungspartei werden sollte. Nun gehört Tisza zu den geschworenen Feinden, und als die Verhandlungen mit Justh gescheitert waren, lief die ganze Aktion Khuens in eine Wiedererweckung der altliberalen Partei aus. Tisza hatte die Wahlmaschinerie in der Hand, und das ist in Ungarn so gut wie alles. Der mit der Leitung der Wahlen betraute Staatssekretär Jeszenszky, als Gegner und Gegengewicht gegen Tisza in das Amt eingesetzt, reichte ihm bald die Hand. Auch er ist ein überzeugter Verfechter der feudalen Idee. In diesem Sinne wurden dann die Kandidaten erwählt — lauter jeder demokratischen Anwandlung unverdächtige Menschen — und die Verwaltungsbehörden instruiert. Jeszenszky hat unter Tisza einst die Wahlen gemacht. Damals floß Blut in Strömen. Heute arbeitet derselbe Arzt nach denselben Methoden.

Dennoch ist die Frage, ob Tisza einen vollen Erfolg haben wird. Einer Regierungspartei der Wahlreform war der Sieg gewiß. Tisza sucht seine Verbündeten bei allen Gegnern der Wahlreform. Parteilose Agrarfeudale wie nationale Kossuthianer erfreuen sich der Regierungshilfe, haben ohne Gegenkandidaten. Deshalb haben die fortschrittlichen Elemente alles Vertrauen zu der Regierungspartei verloren, dies um so mehr, als die Regierung nicht einheitlich geschlossen nach einer Richtung tätig ist. Während nämlich Tisza sein Werk verrichtete, ließ Khuen nicht ab, mit den nichtmadjarischen Nationalitäten und den Demokraten zu unterhandeln anzuspinnen. Schließlich ohne Ergebnis. Wer sollte der Regierungspolitik mit doppeltem Boden vertrauen? Die Kraft des Wahlreformgedankens wirkt nicht mehr für die Regierungspartei, und als Vertreterin des Feudalismus sind sie ebenbürtige Konkurrenten. Schon ist der Glaube an den Sieg wankend geworden, und als letztes Mittel rufen die Gendarmen Soldaten und Gendarmen herbei, um die oppositionellen Regungen einzuschüchtern.

Khuen glaubt auch jetzt noch sein doppeltes Spiel weiterspielen zu können. Wird die eigentliche Regierungspartei, die sogenannte nationale Arbeitspartei, keine völlige oder eine schwache Mehrheit erringen, so daß sie auf die Hilfe anderer Parteien angewiesen ist, dann meint er mit dem Mittel der doppelten Mehrheit prächtig vorwärts zu kommen. Andrerseits die alten Koalitionsgruppen, die Kossuth-, Antisemiten- und Volkspartei — andrerseits die Justhpartei, die Nationalitäten und Demokraten! Er hat Gesinnungen für Verräter und Minister, die wie Hieronymi zu Tisza oder wie Lukacs und Szebely zu der Wahlreform stehen. Doch was er für seine Stärke hält, das eben macht seine Schwäche aus. Ein großes, schicksalsvolles Ringen müßten diese Wahlen sein, ein rettender Kampf; sie sind zu einem trivialen Streit um den Machtposten geworden.

Ungarn seufzt schwer unter dem Joch der Adelsherrschaft. 1945 Grundbesitzern gehört mehr als ein Drittel der gesamten Bodenfläche. Ihrer Allmacht ist es zu danken, daß der Analphabetismus noch immer jenseits der Leitha waltet, daß sogar die Weizenerträge von 1886 bis 1905 von 16,3 Hektolitern auf 14,9 Hektoliter pro Hektar gesunken sind und die Viehzucht zurückgeht. Die extensive Wirtschaft drückt Ungarns Reichtum herab, aber die intensive würde intelligentere Arbeitskräfte und höhere Löhne erfordern. Das ist das Uebel aller Uebel. Die blanke Ausbeutung schafft weniger Anstrengung und trägt dem Latifundienbesitzer dasselbe. So kommt es, daß Ungarn nicht nur hinter Holland und Dänemark, sondern auch hinter Deutschland in den Ackererträgnissen weit zurückbleibt, obwohl es eins der fruchtbarsten Länder Europas ist. Der Bauer geht zugrunde, wandert aus, aber der Grundbesitzer holt die Abgänge ein durch Hungerlöhne und hindert mit allen Mitteln die Aufklärung und Erziehung des Volkes. Dieses höchste Kulturproblem steht zugleich mit dem Wahlrechtsproblem zur Entscheidung, wenn eine Regierung kommt, die die Not des Landes erkennt. Khuen aber hat weder den Willen noch die Kraft, der feudalen Hydra die Köpfe abzuschlagen.

## Der klerikal-konservative Block.

Auf einer großen Zentrumsversammlung in Frankfurt a. M. wurde soeben recht eindringlich bestätigt, wohin der politische Kurs in Deutschland geht. Das Zentrum bekennt sich offen zum Bund mit den Konservativen. Der Landtagsabgeordnete Herold erklärte, seine Partei wolle **„Schulter an Schulter mit den Konservativen"** kämpfen, und zwar für die „höchsten idealen Güter". Diese idealen Güter aber, das ist das Christentum, wie es das Zentrum meint, d. h. der schlimmste Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken. Herr Herold gab die Parole aus: „In Wahrheit gilt der Kampf gegen das Zentrum dem Christentum. Es ist der Kampf nicht zwischen Katholizismus und Protestantismus, sondern der Kampf zwischen Glauben und Unglauben." Man sieht, in welcher Art das Zentrum seine getreuen Schäflein zu bearbeiten gedenkt. Alle die reaktionären Streiche der Zentrumspolitik, von den Steuergesetzen bis zum Wahlrechtsverrat, sollen vergessen gemacht werden durch die Parole, daß der Glaube in Gefahr sei.

Der Vorsitzende der Veranstaltung, Herr v. Brentano, wies im Schlußwort auf die kommenden Reichstagswahlen hin, die einen bisher unerhörten Kampf bringen werden. **„Die Zeit, sagte er, ist ganz nahe, wo eine einige große Rechte einer großen Linken gegenüberstehen wird. Der Feind ist der volks- und vaterlandsfeindliche Radikalismus."** Also auch dieselbe elende Phrase von der Vaterlandsfeindlichkeit, mit der das Zentrum selbst so oft und noch bei den Wahlen von 1907 von den „Nationalen" bekämpft wurde, wird nun von ihm selbst anzuwenden versucht gegen seine Gegner. Kein Mittel ist dieser Partei zu erbärmlich.

Sehr bemerkenswert ist diese Ankündigung, die zugleich ein Zugeständnis ist, daß „eine einige große Rechte" von Konservativen und Zentrum ganz nahe sei und bei den nächsten Reichstagswahlen deutlichst in die Erscheinung treten werde. Bisher hat das Zentrum häufig und gern erklärt, daß es sich nur zufällig und in dieser oder jener Einzelfrage mit den Konservativen zusammengefunden habe. Jetzt muß es seine innere Zugehörigkeit zum Konservativismus und sein förmliches Bündnis mit ihm zugestehen.

Damit wird die politische Situation weiter geklärt. Wie aber stehen nun diejenigen sogenannten „Liberalen" da, die in Fühlung und Anschluß an die Konservativen Politik machen wollen, an dieselben Konservativen, die mit dem Zentrum verbündet sind!

## Internationaler Wohnungskongreß.

Aus Wien wird uns vom 30. Mai berichtet:

hg. Hier hat sich unter sehr zahlreicher Beteiligung der internationale Wohnungskongreß versammelt. Viele Regierungen haben Vertreter entsandt. Nach den Begrüßungsreden kam es bei Beratung über Kommunale Wohnungspolitik zum einem Streit zwischen denjenigen, die die stärkere Betätigung der Gemeinden im Wohnungswesen befürworten, und den Vertretern der privaten Baudetätigung.

Unter anderem liegt dem Kongreß ein von Dr. Altenrath-Berlin, Dezernent der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, über die Fortschritte auf dem Gebiete des Wohnungswesens in Deutschland in den letzten fünf Jahren erstattetes Referat vor, das zu dem Schlußergebnis kommt, daß allerdings in Deutschland eine nicht geringe Zahl glücklicher Ansätze zur Besserung und Förderung der Wohnungsverhältnisse zu verzeichnen ist. **Alles das ist aber noch ungeheuer weit davon entfernt, sich zu einer umfassenden, planmäßigen, ineinander greifenden Wohnungsreform zusammenzuschließen.** Die reformatorischen Bestrebungen auf dem Gebiete der Stadterweiterung, der Bauordnung, des Bebauungsplans, der kommunalen Bodenpolitik, der Verkehrsförderung im Sinne der Wohnungsreform sind **nur vereinzelt und noch wenig zielbewußt.** Die Wohnungsaufsicht ist nur in ganz kleinen Teilen Deutschlands wirklich durchgeführt, in anderen im Werden begriffen, im größeren Teile aber überhaupt noch nicht in Angriff genommen. Die gemeinnützige Bautätigkeit ist zwar in Fluß gekommen, aber zu tiefer greifenden Wirkungen noch nicht gelangt, auch zu einem planmäßigen Vorwärtsschreiten noch nicht durchgedrungen. Eine großzügige Kreditförderung ist hier einstweilen noch nicht gesichert. Die Lösung der Kreditfrage für den Kleinwohnungsbau überhaupt ist noch gar nicht in Angriff genommen. So ist der Weg zu einer Gesundung der Wohnungsverhältnisse noch weit. Die Möglichkeit zu einem planmäßigen Vorwärtsschreiten würde vielleicht gegeben sein, wenn in allen Landesteilen, Provinzen oder Bundesstaaten, Organe geschaffen würden, die, mit behördlicher Autorität ausgestattet, die freiwilligen Kräfte um sich scharen könnten und so, ein Mittelweg zwischen behördlicher Instanz und freier Organisation, vom Staate gefördert, von Gemeinden und Kommunalverbänden unterstützt, leitend und organisierend die Reform in die Hand nehmen würden.

Die Beratung selbst leitete ein Generalreferat des Oberbürgermeisters Dr. v. Wagner-Ulm ein. Er führte aus: Noch vor einem Jahrzehnt war man uneinig, ob die öffentlichen Gewalten auf dem Gebiete des Arbeiterwohnungsbaues eingreifen müßten oder nicht. Jetzt aber ist die Frage unbestritten, und es handelt sich nur noch darum, wie die Stadt sich betätigen soll. Wir sind heute so weit, daß auf unserer Tagung die Frage der kommunalen Wohnungspolitik bereits einen breiten Raum in den Verhandlungen einnimmt. Wenn die Gemeinden eine gesunde Wohnungspolitik treiben wollen, so ist unerläßliche Voraussetzung die Wohnungsinspektion, die vernünftige Erschließung von Bauland und die Erwerbung von Gemeindegrundeigentum. In Deutschland haben die wohnungsreformerischen Gedanken schon in vielen Gemeinden Wurzel gefaßt, aber trotzdem befinden wir uns **noch im Anfang einer gesunden Wohnungsreform.** Die Erkenntnis bricht sich immer mehr Bahn, daß **ohne Erwerbung größeren Gemeindegrundeigentums** eine durchgreifende Arbeiterwohnungsfürsorge **nicht möglich ist.** Bricht sich immer mehr die Ueberzeugung Bahn, daß die Gemeinden möglichst viel Bodenflächen zu erwerben suchen müssen, dann wird die Gemeinde auch ganz allgemein wirtschaftliche und finanzielle Vorteile davon haben. Der Vorteil der Städte ist es, daß sie dabei Herrin ihrer Gemarkungen sein können, daß sie Bauordnungen erlassen können und Bauland erschließen können. Redner spricht sich dann eingehend für das Arbeitereigenhaus aus und tritt der Behauptung entgegen, daß die Arbeiter lieber in Mietskasernen wohnten. Von einer Seite sei kürzlich sogar die Behauptung aufgestellt worden, im 5. Stock wohne es sich gesünder als unten. (Heiterkeit.) Dann müßte man das Bewohnen vom ersten bis vierten Stock überhaupt verbieten. (Heiterkeit.) Redner verweist darauf, daß in der Stadt Ulm die Sterblichkeit in der Altstadt 15 bis 16 Proz. betrage, in den neuen Arbeitervierteln nur 5 bis 6 Proz. (Hört, hört!) Das beweist, von welch weittragender Bedeutung die Erbauung gesunder Wohnungen ist. Das Ideal der Gemeindebauweise wird das Arbeitereigenhaus sein. Eine nach sozialen und hygienischen Grundsätzen durchgeführte Wohnungspolitik tut uns dringend not. (Beifall.) Die von der Gemeinde erstellten Gebäude müssen im Wege des Erbbaurechts, des Wiederkaufsrechts und der Erbpacht der Spekulation dauernd entzogen bleiben. Sofern die Gemeinde den Regiebau von Kleinwohnungen selbst betreibt, hat sie gemeinnützige Vereine und Baugenossenschaften zu unterstützen. Die Besteuerung des Konjunkturgewinns der Liegenschaften und die Steuer auf unverdienten Wertzuwachs ist das Vorrecht der Gemeinden. (Beifall.)

In der Debatte erhielt als erster Redner das Wort Oberbürgermeister Marx-Düsseldorf: Unentbehrlich für die Lösung der Frage des Wohnungsbaues ist die private Bautätigkeit. Jede Belastung des Verkehrs muß notgedrungen die Bautätigkeit vermindern. Ich bin darum zwar ein Freund der Bodenbesteuerung, aber niemals der Bodenverkehrsbesteuerung. (Beifall eines Teiles der Versammlung.) Diese wird wohnungspolitisch niemals von Vorteil sein können. Von diesem Gesichtspunkt verwerfe ich nicht nur die Umsatzsteuer, sondern auch die Wertzuwachssteuer. (Beifall eines Teiles der Versammlung.) Schon heute ist die Klage über die Abwanderung des Kapitals vom Immobilienbesitz zu den Industriepapieren allgemein. Schon heute wird es immer schwieriger, Hypotheken zu angemessenen Bedingungen zu erhalten. Die Wertzuwachssteuer mit der Einschränkung der Gewinnchancen wird die Wage der Entscheidung für den Kapitalisten noch mehr zuungunsten der Anlage in Haus- und Grundbesitz sinken lassen. Redner wendet sich dann gegen die völlige Kommunalisierung des Wohnungsbaues. Er sei auch dafür, daß durch Wohnungsbauten der Gemeinden den gemeinnützigen Baugenossenschaften Anregungen und Muster gegeben werden, die Hauptaufgabe der kommunalen Wohnungspolitik sei aber, den privaten Häuserbau materiell zu fördern und individuell zu ermuntern. Sein aufrichtiger Wunsch sei, daß die Verhandlungen des Kongresses unter der Parole stehen möchten: Nicht gegen den Privatwohnungsbau, sondern mit ihm! (Stürmischer Beifall eines Teiles der Versammlung.)

Justizrat Dr. Baumert-Spandau, Vorsitzender des Verbandes der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine: Die vom Referenten geforderte Unveräußerlichkeit des Arbeitereigenhauses steht im Widerspruch mit dem Verlangen, dem kleinen Mann ein Eigenhaus zu schaffen. Wenn aus Amerika gemeldet werde, daß dort die Wohnungsverhältnisse günstig sind, so mag das vielleicht an dem amerikanischen Heimstättengesetz liegen. Es sei sehr bedauerlich, daß die preußische Regierung die Absicht habe, den zweiten Abschnitt des Reichsgesetzes zur Sicherung der Bauforderungen in Kraft zu setzen. Die Wertzuwachssteuer bringe zwar Einnahmen, aber sie werde niemals zu einer Verbesserung des Wohnungswesens führen, namentlich nicht, wenn sie sich auch auf Neubauten erstreckt, weil das dann abschrecken würde vom Bauen. (Zustimmung eines Teiles der Versammlung.)

**Dr. Hansen-Christiania teilt mit, daß sich bei ihnen die Miets-**


SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100531/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ausfallversicherung bewährt habe in Form einer günstigen Beeinflussung der Mietsverhältnisse.

**Pohlmann**-Hohenalpe: Die Haus- und Familienväter würden alle technischen Forderungen der Neuzeit dafür hingeben, wenn sie in der Nähe der Städte für ihre Familie ein gesundes eigenes Heim hätten. Es ist unrichtig, daß bei einer Bodenbesteuerung die Grundwerte teurer werden. Dann müßten die Länder, die eine hohe Umsatzsteuer haben, die teuersten Bodenpreise haben. Belgien und Frankreich haben die höchste Umsatzsteuer und doch hat Paris billigere Bodenpreise als Berlin.

Hierauf wird die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

# Deutsches Reich.

### Die verkrachten Blockgeschwister

haben sich nunmehr im Gefeilsche über die preußische Wahlrechtsfrage in eine so tiefe Verärgerung hineingeredet, daß sie sich für die nächste Reichstagswahl jede gegenseitige Hilfe heute schon bestimmt absagen. Auf der badischen Bündlerparade in Karlsruhe wurde unter der Führung des Abgeordneten Dr. Diederich Hahn der Hansabund scharf angegriffen und versichert, daß die Nationalliberalen in ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratie auf die Hilfe der Bündler unter keinen Umständen rechnen können. — Von drüben wiederum wird gemeldet, daß nun auch in Hessen ein gemeinsames Vorgehen aller Liberalen bei der nächsten Reichstagswahl geplant ist. Es wird betont, daß der Kampf der Liberalen nicht nur dem Zentrum und den Konservativen mit ihren antisemitischen Anhängseln, sondern auch dem Bund der Landwirte gelte, ganz gleich, unter welcher parteipolitischer Flagge er auftrete. Für Alzey-Bingen zwar hatten bei der Nachwahl die nationalliberalen Mitglieder des Bundes der Landwirte mit dem Zentrum schon ein Abkommen für die nächste Reichstagswahl getroffen, das sich gegen die Fortschrittliche Volkspartei richtet. Die Berliner Parteileitung der Nationalliberalen soll nun jenes Abkommen aufs ernstlichste mißbilligt haben und will ihre Ansicht ev. in einem Wahlaufrufe bekannt geben.

Angesichts dieses Kampfes im bürgerlichen Lager erhebt die sogenannte unabhängige, mittelparteiliche Presse ein Lamento über's andere. So schreibt die Tägl. Rundschau:

„Es wird für alle die, welche nicht auf ein Parteidogma oder auf die persönliche Politik eines Parteiführers blind eingeschworen sind, die Aufgabe kommender Tage sein, gegen eine solche Politik des Hasses und der Zersetzung der bürgerlichen Kräfte Front zu machen und gegenüber den Entzweiungen des Tages oder auch des Jahres die große dauernde Interessengemeinschaft des nationalen Bürgertums zu betonen und zur Geltung zu bringen. Es wird dies um so mehr wichtige Aufgabe einer unabhängigen nationalen Presse sein, als man nicht hoffen darf, daß die Regierung künftig die erdrückende, klärende, führende Kraft bewähren wird, die sie bis dahin hat vermissen lassen."

Worauf die Kreuzzeitung höhnisch antwortet:

„Es stände traurig um Deutschland, wenn die Vertretung der großen dauernden Interessengemeinschaft des nationalen Bürgertums allein der „unabhängigen nationalen Presse" anvertraut wäre. . . . Der Kampf um die Macht gebietet, grundsätzliche Konzessionen nur da zu machen, wo sie erwidert werden. Und der Nationalliberalismus hat bewiesen, daß er solche nur nach links und immer wieder nach links zu machen entschlossen ist. So lange ist ein Zusammengehen der Rechten mit ihm vollkommen ausgeschlossen."

Wie tief soll denn der Nationalliberalismus eigentlich noch sinken, um dem konservativen Bruder bündnisfähig zu werden?

### Die Rache der Geschlagenen.

Der Patriotische Wahlverein des Kreises Oletzko macht der ostpreußischen liberalen Presse folgende Mitteilung über einen Boykottbeschluß des Bundes der Landwirte gegen nationalliberale Wähler:

„Kurze Zeit nach der Reichstagsersatzwahl Oletzko-Lyck-Johannesburg wurde vom Vorstand und den Vertrauensmännern des Bundes der Landwirte für den Kreis Oletzko in dem Ruhnauschen Lokal in Marggrabowa eine gemeinsame Sitzung abgehalten, in welcher hauptsächlich beraten werden sollte, was nun zu geschehen hätte, um den Wahlkreis wieder zu erobern. Den Vorsitz soll hierbei Landrat Brämer geführt haben. U. a. wurde hier von Herrn Rittergutsbesitzer Gruba aus Röbel der Antrag eingebracht, **alle nationalliberal gesinnten Geschäftsleute zu boykottieren.** Dieser Antrag wurde angenommen und die Namen der nationalliberalen Kaufleute und Handwerker wurden bekanntgegeben. Bemerkt wird noch, daß Herr Landrat Brämer für die Dauer der Verhandlungen über diesen Gegenstand den Vorsitz an Herrn Rittergutsbesitzer Tolsdorff aus Billstein abgegeben und den Sitzungssaal verlassen haben soll. Die hiesige Geschäftswelt wird diese Angelegenheit, wie verlautet, wegen Geschäftsschädigung verfolgen."

Die Kreuzzeitung hatte in ihrer Pfingstnummer versichert, daß sie nichts dabei finde, wenn man Anhänger des Hansabundes boykottiere; die Agrarier handeln dabei in Notwehr. Dem organisierten Boykott aber rede sie unter keinen Umständen das Wort. Hier hat sie den organisierten Boykott, gegen den natürlich weder sie noch Oertels edles Bündlerorgan etwas einzuwenden hat.

### Deutsche Bank kontra preußische Finanzpolitik.

Das preußische Herrenhaus verhandelte am Montag über den Etat des Finanzministeriums, und der Tag war für Herrn v. Rheinbaben kein angenehmer. Er mußte förmlich Spießruten laufen. Das Groteske an der Sache ist, daß Herr v. Rheinbaben diesen Unglückstag selbst veranlaßt hat. Am Freitag voriger Woche hatte der Direktor der Deutschen Bank, Herr v. Gwinner, die Generaldebatte des Etats zu einer, ob zutreffend oder nicht, mag dahingestellt bleiben, aber jedenfalls sachlichen Kritik an der Rheinbabenschen Finanzpolitik benutzt. Darauf hatte sich Herr v. Rheinbaben sofort erhoben, um den unangenehmen Kritiker im überhebenden Tone herunterzumachen und ihm Unkenntnis und dergleichen an den Kopf zu werfen. Man kann es Herrn v. Gwinner nicht verdenken, wenn er so etwas nicht auf sich sitzen läßt. Und er ergriff denn auch die erste Gelegenheit, die sich ihm beim Etat des Finanzministeriums bot, um Herrn v. Rheinbaben eine Antwort zu geben, die dieser sich sicher nicht hinter den Spiegel stecken wird.

Herr v. Gwinner, dem zweifellos auf dem Gebiete des Finanzwesens die Sachkenntnis nicht abgesprochen werden kann und der übrigens beim letzten Ministerrücktritt im Reich für den Posten eines Schatzsekretärs ausersehen war, ließ dem Vorwitzigen auf der Ministerbank nichts geschenkt. Der Kernpunkt seiner Ausführungen, die ihre Spitze wiederholt auch direkt gegen die Person des Herrn v. Rheinbaben richteten, war der, daß der preußischen Finanzverwaltung jede finanzwissenschaftliche Einsicht fehlt. Diese Finanzverwaltung mag genügt haben für die Zeit vor 30 Jahren, wo es nur Steuern und Zölle zu erheben galt, aber nicht für heute, wo Preußen mit seinen Eisenbahnen Besitz vom gewaltigsten Betriebe der Welt ergriffen hat. Die technische Verwaltung dieses gewaltigen Unternehmens pries Herr v. Gwinner zwar in den höchsten Tönen, und nicht nur wir Sozialdemokraten werden dahinter ein großes Fragezeichen machen. Aber die finanzielle Verwaltung ist nach der Ansicht des Herrn v. Gwinner unter aller Kritik. Zum Beweise dafür bezog er sich auf die Finanzpolitik der privaten Eisenbahn-Gesellschaften anderer Staaten und vor allem auf die absolut unfähige Art, die sich bei uns auch bei den wichtigsten Maßnahmen der Finanzverwaltung zeige. Sie habe es fertig gebracht, das Miquelsche Erbe so herunterzuwirtschaften, daß Preußens Finanzen trotz der hohen Einnahmen aus den Eisenbahnen heute beinahe so schlecht seien wie die Finanzen des Reiches. Die ganze Lauge seines Spottes goß Herr v. Gwinner über den höchst betrübt dasitzenden Herrn v. Rheinbaben aus, als er dessen gänzlich verkehrte Beurteilung der jeweiligen wirtschaftlichen Konjunktur schilderte. Besserung aus den gegenwärtigen „verstrubbelten" Etatsverhältnissen erhofft Herr v. Gwinner von der Aufnahme besonderer Eisenbahnanleihen an Stelle der allgemeinen Defizitanleihen.

Herr v. Rheinbaben machte sich die Erwiderung leichter, als es selbst einem preußischen Minister erlaubt sein dürfte. Nach bekannten Vorbildern nahm er Anstoß an der Form, die der parlamentarisch noch ungeschulte Herr v. Gwinner gewählt hatte. Als er dann mit einem zwar ganz inhaltlosen, dafür aber mit um so größerem Pathos vorgetragenen Satz sagte, er müsse nicht nur für seine Person, sondern auch für seine treuen Mitarbeiter die Angriffe des Vorredners zurückweisen, da täuschte ihn seine Erwartung nicht mal, die Lords überschütteten ihn förmlich mit Beifall. Hilfe erstand ihm in dem Magdeburger Oberbürgermeister Lentze, der die Zulässigkeit jedes Vergleichs eines Staatsbetriebes mit einem Privatbetriebe ablehnte, und vor allem in Herrn v. Buch, einem Stockkonservativen, der gleichfalls unter lebhaftem Beifall im schnarrenden Kriegervereinston den Minister aufforderte, an den bewährten alten preußischen Grundsätzen festzuhalten. Herr v. Gwinner griff wiederholt in die Debatte ein und wehrte sich kräftig. Der Etat des Finanzministeriums wurde schließlich bewilligt.

### Die neue Militärvorlage.

Mit dem 31. März 1911 läuft das jetzt geltende Militärgesetz ab. Der Kriegsminister hat zwar bestritten, daß das neue Militärgesetz eine wesentliche Vermehrung der Friedenspräsenz des Heeres mit sich bringen werde, es ist aber eine Tatsache, daß man sich heute schon in maßgebenden Kreisen über den Umfang der Heeresvermehrung klar ist. Wie von sozialdemokratischer Seite bei der letzten Beratung des Militäretats angedeutet wurde, trägt man sich mit dem Gedanken, ein neues Armeekorps aufzustellen. Die Ableugnung offizieller Kreise will nichts besagen, denn noch bei jeder neuen Militärvorlage hat zuerst ein Dementi das andere gejagt, bis sich dann schließlich herausstellte, daß die in der Oeffentlichkeit genannten Zahlen schließlich doch im wesentlichen zutreffend waren. Allerdings kommt der Kriegsminister diesmal in eine schiefe Lage. Man dürfte es nämlich in Regierungskreisen durchaus nicht für opportun halten, vor den Reichstagsneuwahlen mit einer Militärvorlage zu kommen. Eine neue Militärvorlage würde natürlich neue Steuern bedingen. Daraus erklärt es sich, daß jetzt in einer anscheinend offiziösen Note in der bürgerlichen Presse darauf hingewiesen wird, daß durchaus kein Zwang besteht, mit dem 31. März 1911 ein neues Militärgesetz zu bringen; vielmehr sei es sehr leicht möglich, daß sich die Regierung mit einer Verlängerung des jetzt geltenden Militärgesetzes zunächst auf die Dauer eines Jahres begnügen wird. So wird die Sache wohl auch kommen. Sind dann die Neuwahlen zum Reichstage vorüber, dann wird Kriegsminister v. Heeringen mit seinen Plänen offen herausrücken.

### Nachwahlen.

Abg. Detto, Vertreter des Wahlkreises Frankfurt a. O.-Lebus, ist am Montag gestorben; er wurde in der Stichwahl mit 17 805 gegen 12 196 sozialdemokratische Stimmen gewählt. Der Verstorbene gehörte der nationalliberalen Fraktion an. Der Kreis war bereits einmal kurze Zeit durch Dr. Heinrich Braun sozialdemokratisch vertreten.

**Zur Nachwahl in Cannstadt-Ludwigsburg** ist anstelle des früheren Abgeordneten Hieber, dessen Mandat durch seine Beförderung erlosch, von den Nationalliberalen der Rechtsanwalt Friedrich List aus Reutlingen als Kandidat aufgestellt worden. Die Fortschrittliche Volkspartei tüftelt noch unentschlossen, ob sie für List eintreten oder einen eigenen Kandidaten aufstellen soll. Bei der letzten Wahl erhielt Hieber 18 787 Stimmen, Genosse Keil 15 488. Die Entscheidung wird, falls es zur Stichwahl kommen sollte, bei den Bauernbündlern liegen, die einen eigenen Kandidaten aufstellen werden.

**Die Antisemiten in Marburg** haben beschlossen, für die nächste Reichstagswahl den Landwirt Rupp als Kandidaten aufzustellen. Der Kreis wird jetzt vom Geschäftsführer des Deutschen Bauernbundes, Dr. Böhme, im Reichstag vertreten, der anstelle des Herrn v. Gerlach gewählt wurde. Dr. Böhme hat den Antisemiten den Rücken gekehrt, als ihm beim Deutschen Bauernbund eine günstige Brotstelle eröffnet wurde.

### Kröcherkrach.

Vor einigen Tagen verbreitete die Korrespondenz des Bauernbundes die seltsame Nachricht, daß eine Vertrauensmännerversammlung des Bundes der Landwirte im Kreise Gardelegen-Salzwedel beschlossen habe, von einer Wiederaufstellung des Abgeordnetenhauspräsidenten Jordan v. Kröcher bei den nächsten Wahlen Abstand zu nehmen. Dieser überraschenden Nachricht wird jetzt vom Organ des Bundes der Landwirte, der Deutschen Tageszeitung, ein formelles Dementi entgegengesetzt, das seinem Inhalt nach weit mehr eine Bestätigung als eine Ableugnung ist. Die Deutsche Tageszeitung beschränkt sich nämlich darauf, festzustellen, daß es sich nicht um eine Vertrauensmännerversammlung, sondern um eine Versammlung der Hauptgruppenvorsitzenden und deren Stellvertreter gehandelt hat. Diese Versammlung hat die nächsten Reichstagswahlen unverbindlich besprochen und keinen Beschluß gefaßt, wozu sie auch gar nicht berechtigt gewesen wäre.

Also die Versammlung der Hauptgruppenvorsitzenden des Agrarierbundes im Kreise Gardelegen-Salzwedel hat den Wunsch geäußert, daß der Kreis von einer neuen Reichstagskandidatur des Herrn v. Kröcher verschont bleiben möge. Herr v. Kröcher mit seinen Polizeileutnantsmanieren hat sich als Reichstagskandidat selbst bei agrarisch-konservativen Wählern unmöglich gemacht. Das ist der klare Sinn des offiziellen Dementis.

### Zusammenstöße mit der Polizei in Dortmund.

An den drei letzten Abenden der vorigen Woche ist es in Dortmund aus Anlaß der Aussperrung bei der Zigarrenfirma Hannemann zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Ueber die Firma ist seit der Aussperrung der Boykott verhängt. Es blieb aber alles ruhig, solange die Polizei die ausgestellten Posten unbehelligt ließ. Dies ist seit Donnerstag abend anders geworden, wo die Polizei versuchte, die Posten abzuschieben. Das erregte Aufsehen und bald kam es zu großen Ansammlungen. Die Polizei versuchte die Menge zu zerstreuen, wobei sogar Polizeihunde zur Verwendung kamen. Die Plänkeleien zogen sich vom Steinplatz, der durch frühere Polizeischlachten historische Bedeutung erlangt hat, bis zum Wall. Die flüchtende Menge drang hier ins Olympia-Theater, wo gerade Vorstellung war, die Hunde hinterdrein. Scharen die Vorstellung stark besucht gewesen, die Folgen wären nicht abzusehen. Es entstand eine Panik, weil die Theaterbesucher glaubten, es seien tolle Hunde ins Theater eingedrungen.

Freitag abend gab es abermals Ansammlungen. Mehr an 4000 Menschen hatten sich auf dem Steinplatz eingefunden. Zum Zerstreuen der Menge wurden jetzt auch Berittene herangezogen. 9 Uhr abends wurde die Schließung der Wirtschaften angeordnet. Das Erscheinen der Berittenen rief auch den Janhagel auf den Plan, der die Beamten mit Steinen, Blechbüchsen, faulen Apfeln und Apfelsinen bombardierte. Der Firma Hannemann wurden vier große Schaufenster zertrümmert. Die Plänkeleien zogen sich wieder 3—4 Stunden hin. Mehrere Personen letzte mit schweren Wunden wurden festgestellt.

Sonnabend abend war, wie bereits gestern gemeldet, der Tumult noch wüster. Gegen die Massen waren 30 Schutzleute zu Fuß, 7 Berittene und die Hundemeute aufgeboten. Die Vorstellungen wurden wieder frühzeitig geschlossen. Bis nach 12 Uhr war das Vorgehen der Polizei ohne jeden Erfolg. Es ist auch geschossen worden, doch weiß man nicht, von welcher Seite. Viele Verhaftungen sind vorgenommen worden. Einem jungen Menschen war von einer Hundebestie ein 30 Zentimeter langes Stück Fleisch aus dem Oberschenkel gerissen worden! Der junge Mann wurde von Passanten zum Arzt getragen.

Die Organisation verurteilt die Vorkommnisse. Die Ausschreitungen, die auf das Konto des Janhagels zu setzen sind, wären aber sicher vermieden worden, wenn die Polizei sich nicht in den wirtschaftlichen Kampf gemischt hätte.

**Bierboykott.** In Nürnberg wurde in sechs von der sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften einberufenen sehr zahlreich besuchten Versammlungen als Protest gegen die ungerechte Erhöhung der Bierpreise beschlossen, vom 1. Juni an den strengsten Bierboykott einzutreten. Der Beschluß wurde fast nahezu einstimmig gefaßt.

**Kleine politische Nachrichten.** Umfangreiche Unterschlagungen wurden beim Militärfiskus in Berlin und Holland aufgedeckt. Ganze Waggonladungen von Ausrüstungsgegenständen sind gestohlen worden. Reithosen, Stiefel, Wäschestücke, Betten, Lebensmittel usw. wurden beschlagnahmt. Ueber 50 Militär- und Zivilpersonen kommen als Diebe und Hehler in Betracht. Mehrere Verhaftungen wurden bereits vorgenommen. — In Barcelona wurden wiederum zwei Bomben gefunden. Sie wurden in einem sofort herbeigeholten Panzerwagen nach dem Schießplatz befördert. Unterwegs aber explodierten sie bereits. Die Wirkung der Explosion war so stark, daß der Wagen völlig zerstört wurde. Mehrere Personen wurden verhaftet. — Mehrere bewaffnete albanesische Banden sind von der Türkei kommend in Serbien eingefallen und haben die serbischen Dörfer Tatschowatz, Babitza und Bajewitsch angriffen. — Der amerikanische Konsul berichtet, daß ein ernstes Gefecht in der Nähe von Bluefields stattgefunden habe. General Estrada machte 200 Mann Regierungstruppen zu Gefangenen.

# Ausland.

## Frankreich.

### Eine sozialistische Riesendemonstration.

**Paris**, 30. Mai. Die alljährliche Gedenkfeier der sozialistischen und revolutionären Arbeiterverbände an der Mauer der Kommunekämpfer sollte im Mai d. J. eine besondere Bedeutung erhalten. Die sozialistischen Vereinigungen des Seinedepartements hatten aufgefordert, durch eine gewaltige Manifestation das Andenken der Kommune zu ehren und damit zugleich gegen die polizeiliche Vergewaltigung zu protestieren, die am vorigen Sonntag eine Manifestation auf dem Kirchhof Mont-Parnasse unterdrückt hatte. Die politischen Leitungen der sozialistischen Parteien waren bemüht, diese Demonstration so ausdrucksvoll wie möglich zu gestalten.

Die Humanité forderte ihre Gesinnungsgenossen auf, sich jeder Gewalttat zu enthalten und gute Ordnung zu wahren. Die Regierung hatte erklärt, daß auf dem Kirchhofe jede Manifestation gestattet sei, daß sie sich aber in den Straßen nicht fortsetzen dürfe. Die roten Fahnen müßten vor dem Verlassen des Kirchhofs verhüllt werden.

Die sozialistische Partei hat glänzende Disziplin gehabt, man muß die ruhige Würde der ganzen Demonstration rückhaltlos anerkennen. Ja, die gestrige Manifestation ist als ein Ereignis der Geschichte der Volksaufzüge in Frankreich zu bezeichnen. Ohne mehr als zwanzigtausend Menschen an der Demonstration teilnahmen, wurde keinen Augenblick die Ruhe gestört, keine Verhaftung ist erfolgt, nicht einmal zu einem Eingreifen der Polizei, um den Zug aufzuhalten oder zu beschleunigen, ist es gekommen. Das Verdienst hierfür gebührt den Leitern der sozialistischen Partei, die versprochen hatten, für gute Ordnung zu sorgen, und die ihr Wort in vollem Umfange hielten. Die Disziplin der Menschenmasse war geradezu erstaunlich. Die Scharen folgten dem leisesten Wink ihrer Vertrauensmänner. Aber auch die Polizei darf sich rühmen, zu dem Frieden durch Besonnenheit beigetragen zu haben. Nirgends wurden Absperrungen versucht. Nur der Weg auf den Kirchhof und zum Kirchhof hinaus war durch Spalier des Ueberwachungsdienstes bezeichnet. Die Bedeutung dieser friedlichen Demonstration wird von den Zeitungen aller Parteien hervorgehoben.

### Das neue Programm.

**Paris**, 30. Mai. Die Minister hielten unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Briand einen Kabinettsrat ab, in dem das von der Regierung der neuen Kammer zu unterbreitende Programm definitiv festgesetzt wurde. Der Text wird allerdings erst nachdem die Bewilligung des Präsidenten der Republik gefunden hat, offiziell veröffentlicht werden. Es steht jedoch nach den im Kabinettsrat gemachten Mitteilungen fest, daß sich die Kammer noch vor dem Beginn der Herbstferien mit der Erledigung von drei Fragen befassen wird: Der Reform des Wahlrechts, der Erledigung des Marineprogramms und der Frage des Koalitionsrechts der Staatsbeamten. Die Frage der Verwaltungsreform wird von der Wahlrechtsfrage getrennt

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100531/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ihre Verhandlung bis zum Herbst vertagt. Zur Reform des Wahlrechts hat sich die Regierung entschlossen, die Listenwahl vorzuschlagen in Verbindung mit einer Berücksichtigung der Minderheit. Die einzelnen Departements mit geringerer Bevölkerung sollen in einen einzigen Wahlkreis zusammengelegt werden. Die Gebieten sollen in Zukunft aller sechs Jahre gewählt werden, soll schon aller zwei Jahre ein Drittel der Kammer erneuert werden.

## Balkan.

### Oesterreichisch-serbischer Grenzstreit.

**Belgrad**, 30. Mai. An dem Drinaflusse, der die Grenze zwischen Serbien und Bosnien bildet, befinden sich mehrere serbische Inseln. Auf diesen Inseln befinden sich bosnische Besitzungen. Die Verwaltung dieser Inseln besteht aus einer gemischten serbischen Kommission. Diese regelt auch die serbischen und bosnischen Eigentumsrechte. Nun die Verwaltung dieser Inseln in dieser Weise geregelt wurde, hatten die österreichischen Behörden bereits einmal diese Inseln besetzt, auf serbischen Protest jedoch wieder freigegeben. Jetzt haben die österreichischen Behörden diese Inseln wiederum okkupiert, was große Erregung bei der serbischen Bevölkerung hervorgerufen hat. Man ist auf den Inseln allgemein gespannt, wie diese Affäre ausgehen wird.

## Rußland.

### Die Semstwo-Vorlage und echtrussische Rüpeleien.

**Petersburg**, 30. Mai. Die Reichsduma hat mit 182 gegen 148 Stimmen Artikel 3 der Gesetzesvorlage auf Einführung von Semstwos für die sechs westlichen Gouvernements angenommen, wodurch das Ueberwiegen der Deputierten russischer Herkunft in den Semstwos erreicht wird. Während der Debatte kam es zu einem Zwischenfall. Der Deputierte Purischkewitsch gebrauchte gegen die Fürsprecher der Polen beleidigende Ausdrücke und rief trotz eines Ordnungsrufes, zu dem Führer der Kadetten Miljukow gewendet, er werde ein Wasserglas gegen ihn schleudern. Er ließ die Tat den Worten folgen. Das Glas fiel in den vorderen Bänken nieder und zerbrach. Es entstand ein großer Lärm. Die Mitglieder der Opposition sprangen erregt von den Plätzen auf. Der Präsident mahnte zur Ruhe und schlug vor, Purischkewitsch für 15 Tage auszuschließen. Dieser behauptete, er durch Miljukow herausgefordert worden; er bedauere, daß das Glas sein Ziel verfehlt habe. In Anbetracht der bevorstehenden Debatten über Finnland hat dann Purischkewitsch um Entschuldigung ersuchte, die Strafe auf die Hälfte herabzusetzen. Seine Ausschließung für 7 Sitzungen wurde einstimmig angenommen.

### Garins Augiasarbeit.

**Petersburg**, 30. Mai. Die Revision des Senators Garin in Moskau ist beendet. Der Staat ist durch die Betrügereien von Beamten um 50 Millionen Rubel geschädigt worden. Die Revisionskosten betragen 60 000 Rubel.

## Asien.

### Vom Dalai Lama.

**Petersburg**, 31. Mai. Der Dalai Lama wird chinesischen Blättern zufolge demnächst nach Tibet zurückkehren. In letzter Zeit sollen Unterhandlungen zwischen dem Bevollmächtigten des Dalai Lama und der chinesischen Regierung stattgefunden haben, die damit endigten, daß die chinesische Regierung in die Rückkehr des Dalai Lama nach dem Tibet einwilligt, jedoch unter der Bedingung, daß der Dalai Lama sich jeder Einmischung in politische Angelegenheiten enthält und ausschließlich als Oberhaupt der tibetanischen Religionsgemeinschaft auftritt. Diese Bedingung wird durch ein besonderes Edikt bekanntgegeben werden. Der Dalai Lama hält sich zurzeit noch in Indien auf.

## Afrika.

### Das vereinigte Südafrika.

**Kapstadt**, 30. Mai. Das erste Kabinett der Südafrikanischen Union ist nunmehr unter General Botha als Ministerpräsident gebildet worden und die Südafrikanische Union tritt damit ins Leben. Der neue Bundesstaat vereinigt sich die Kapkolonie, Natal, Transvaal und die Oranjefluß-Kolonie. Er ist aber ausdrücklich bereit, auch Rhodesien in sich aufzunehmen. Das neue politische Staatswesen umfaßt ein Territorium etwa in der Größe von Deutschland und Oesterreich-Ungarn mit 5 338 000 Einwohnern, von denen 1 118 000 Weiße sind. Lord Gladstone, der Gouverneur dieses großen Staatengebildes und Vertreter der englischen Regierung, hatte den General Louis Botha mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt, in dem die hervorragendsten Staatsmänner der vier ehemaligen Kolonien vertreten sind. Ueber die Zukunft der Südafrikanischen Union hat sich General Botha, der künftige Ministerpräsident, bei der feierlichen Eröffnung der Eisenbahnlinie Pretoria—Lydenburg ausgesprochen. Er wies darauf hin, daß er an einer durch die Kämpfe zwischen Briten und Buren geweihten Stätte stehe. Diese Kämpfe aber müßten ein für allemal der Vergangenheit angehören. Die Union, die die südafrikanischen Kolonien einzugehen im Begriffe seien, sei eine reife Frucht, emporgewachsen auf einem mit Blut und Tränen gedüngten Felde. Auf diesem Felde aber müsse der Gegensatz begraben werden. Auch eine Flaggenfrage existiere nicht mehr, denn es gebe keine Interessenunterschiede mehr zwischen Briten und Buren, beide Teile genössen die gleichen Rechte unter dem Schutze der britischen Flagge. Jede Seite müßte hinfort die andre und deren Traditionen aufmerksam achten. Bei künftigen Wahlen dürfte auch die Rassenfrage nicht mehr die Losung bilden, sondern die gemeinsamen Interessen und Ideale des großen neuen Gemeinwesens.

Die Südafrikanische Union ist ein Staatengebilde, mit dem die besiegten Buren doch noch zu Siegern über England geworden sind und sich die Freiheit der Selbstverwaltung gesichert haben.

# Reichsversicherungsordnung.

Die Reichstagskommission zur Vorberatung der Reichsversicherungsordnung setzte am Montag die Beratung der Versicherungsämter fort. Ein Redner der Volkspartei führte aus, seine Partei wolle wohl für Sozialpolitik, aber nicht für alles, was unter der Flagge Sozialpolitik segelt. Sie habe das Streben nach Vereinheitlichung nicht in allen Phasen unterstützt. Die Teilung der Versicherung in drei Zweige habe den Vorteil, daß sie den Zweck besser erfülle. Eine Vereinfachung und Verbilligung müsse erstrebt werden. Durch die Versicherungsämter wird jedoch die Versicherung nicht verbilligt, sondern verteuert.

Staatssekretär Delbrück erklärte, er habe die Versicherungsämter nicht preisgegeben. Er habe nur festgestellt, daß die Gegner der Versicherungsämter sagen, daß die Versicherungsämter eine größere Bedeutung und Selbständigkeit haben sollen als die Regierung bewilligen will. Die Regierung wolle nur eine Konzentration der Aufsicht und eine Erweiterung der Tätigkeit der unteren Instanz.

Ein Zentrumsredner erklärt sich mit den Ausführungen des Staatssekretärs einverstanden und ist im Prinzip für die Aemter. Er bezweifelt aber, daß sie sich so billig stellen werden. In Bayern wird es schwer sein, die Aemter einzuführen, weil dort Orte mit 2000 Einwohnern ganz selbständig sind. Sollen die Bezirksämter machen? Die kleinen Gewerbtreibenden haben schon so viel zu zahlen, daß sie nicht mehr leisten können. Die Versicherung wird noch durch die Halbierung der Beiträge der Krankenversicherung und der Hinterbliebenenversicherung.

Ein bayrischer Bundesratsbevollmächtigter teilt mit, Bayern werde die Versicherungsämter an die bestehenden Behörden angliedern. Bekommen die Aemter viel zu tun, dann wird auch in kleinen Orten ein Versicherungsamt eingerichtet werden, sonst werden die Bezirksämter es mit übernehmen. Sie müssen zu den Kosten mit beitragen. Mittlere Beamte können den Posten eines Amtmanns nicht ausfüllen, es müssen Juristen sein. Die Kosten darf man nicht den Bundesstaaten aufbürden. Bayern wird entschieden gegen die Ueberwälzung der Kosten protestieren. Die Landesversicherungsämter müssen bestehen bleiben.

Der württembergische Bundesbevollmächtigte teilt mit, die württembergische Regierung lege Wert darauf, daß es den Bundesstaaten überlassen bleibt zu entscheiden, ob die Versicherungsämter an Staats- oder Gemeindebehörden angegliedert werden. In Württemberg wird man die Versicherungsämter an die Staatsbehörden angliedern, aber in den größeren Städten wird man sie als selbständige Staatsämter organisieren. In Württemberg sind die Beamten der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und der Versicherungsanstalten Staatsbeamte. Diese kann man nicht unter einen Gemeindebeamten stellen.

Ein anderer Redner teilte mit, in Sachsen seien 28 Amtshauptmannschaften und fünf Großstädte. Man wird in Erwägung ziehen müssen, daß die Städte mit mehr als 20 000 Einwohnern selbständige Versicherungsämter erhalten. In einer Reihe Amtshauptmannschaften wird man die Arbeit mit dem vorhandenen Personal bewältigen können, in 10 oder 20 Bezirken wird man neue Amtmänner anstellen müssen. Die Kosten werden 200 000 bis 250 000 M. betragen.

Ein Zentrumsredner machte geltend, wenn die Gemeinden und der Staat die Kosten zu tragen haben werden, dann werden diese schon dafür sorgen, daß die Kosten nicht so sehr anschwellen.

v. Gamp (Reichsp.) tritt für seinen Antrag ein, daß die Landesgesetzgebung die Frage regelt. Nicht die Großindustriellen, sondern die Kleinhandwerker sind die schroffsten Gegner. Die Gegnerschaft wird verstärkt, wenn die Kosten erhöht werden.

Der württembergische Bundesbevollmächtigte protestiert dagegen, daß die Organisation der Landesbehörden nur Bayern überlassen wird.

Ein Redner der konservativen Partei erklärt, den Polizeibehörden dürfe die Unfalluntersuchung nicht genommen werden. Die Polizei müsse gleich mit untersuchen, ob kriminell einzuschreiten ist. Er hält es für verderblich, wenn eine weitere Instanz eingeschoben wird. Das Reichsversicherungsamt muß Rekursinstanz bleiben. Das Reichsversicherungsamt muß auf andrem Wege entlastet werden. Ganze Gruppen, wo es sich um niedrige Objekte handelt, müssen dem Reichsversicherungsamt entzogen werden.

Staatssekretär Delbrück erklärte, man könnte erwägen, daß in allen Unfall- und Invalidensachen, bevor die Rentenfestsetzung erfolgt, die Versicherungsämter begutachten sollen. Man ist aber davon abgekommen, weil die Berufsgenossenschaften so entscheiden, daß nur gegen 14 Proz. Berufung eingelegt wird. Um aber eine Instanz, bei der Arbeiter und Unternehmer mitwirken, für die Unfallverletzten zu schaffen, hat man das Versicherungsamt als Spruchinstanz in Aussicht genommen.

Genosse Hoch führte aus, im Versicherungsamt müsse ein Leiter sein, der der schwierigen Aufgabe der Rechtsprechung gewachsen ist. Es muß eine gute Lokalinstanz geschaffen werden. In der Lokalinstanz ist schnell das Beweismaterial zu beschaffen. In der Lokalinstanz hat man auch rasch einen Arzt zur Stelle, der das Vertrauen des Verletzten besitzt. Die Schiedsgerichte hat man oft so unpraktisch eingerichtet, wie es schlimmer nicht mehr sein kann. Die Arbeiter des Industriebezirks in Frankfurt a. M. müssen nach Kassel. Jetzt hat man Besserung zu schaffen gesucht, indem man eine Filiale nach Fulda gelegt hat. Dort sind aber nur so selten Termine, daß dadurch die Sache verschleppt wird. Wenn ein Redner erklärte, daß der Termin bei der unteren Verwaltungsbehörde sich so abspielt, daß der Vorsitzende vorträgt und die Beisitzer zustimmen, obgleich sie die Sache nicht verstanden haben, so trägt in einem solchen Falle der Vorsitzende die Schuld. Er soll die Beisitzer aufklären.

Die Weiterberatung wurde auf Dienstag vertagt.

# Volkswirtschaft.

### Der Braunkohlenbergbau in Sachsen.

wc. Schon wiederholt ist darauf hingewiesen worden, daß der Braunkohlenbergbau im Laufe der letzten Jahre ungleich größere Fortschritte gemacht hat als der Steinkohlenbergbau. Die Kohlenversorgung Deutschlands ist ja in erster Linie von der einheimischen Förderung abhängig, und diese kommt, wenn man die Entwicklung des Steinkohlen- und Braunkohlenbergbaues in Deutschland vergleicht, eigentlich allein in Betracht, während die Versorgung als Gradmesser für das Anwachsen des Konsums ausschlaggebend ist. Setzt man die Fördermenge von Steinkohle und Braunkohle im gesamten Deutschen Reich für das Jahr 1907 gleich 100, so ergibt sich für beide Kohlenarten folgende Entwicklung des Abbaues:

| | 1907 | 1908 | 1909 |
|---|---|---|---|
| Steinkohle | 100 | 103,76 | 104,00 |
| Braunkohle | 100 | 106,63 | 108,83 |

Der Wettbewerb zwischen Steinkohle und Braunkohle hat insofern eine Verschärfung erfahren, als nicht nur für Hausbrandzwecke die Braunkohle immer mehr in Betracht kommt, sondern auch für industrielle Zwecke. Zwar ist bei längerem Transportwege für den Verbrauch der industriellen Betriebe zurzeit die Braunkohle noch nicht zum Wettbewerbe befähigt, aber wohl ist sie ein immer mehr in Aufnahme kommender Kraftspender für die industriellen Betriebe, die in den Gegenden mit Braunkohlenförderung liegen. Wie sich die Industrie in den Hauptfördergebieten für Steinkohle zusammengedrängt hat, so folgen heute bereits industrielle Unternehmungen und Elektrizitätswerke den Fundstätten der Braunkohle, um hier die Vorteile eines billigen Rohstoffes für die Erzeugung ihres Kraftbedarfes zu genießen. Betrachtet man die Entwicklung des Braunkohlenbergbaues in Deutschland, so ergibt sich, daß der Braunkohlenbergbau in Sachsen im laufenden Jahre auf eine bedeutend günstigere Entwicklung zurückblickt als in den übrigen deutschen Erzeugungsgebieten. Für die Braunkohlengewinnung in den nachstehenden Erzeugungsgebieten ergeben sich nämlich, wenn die vorjährige Produktion gleich 100 gesetzt wird, folgende Indexziffern:

| | April | | Januar-April | |
|---|---|---|---|---|
| | 1909 | 1910 | 1909 | 1910 |
| Deutsches Reich | 100 | 112,44 | 100 | 99,79 |
| Preußen | 100 | 110,27 | 100 | 98,28 |
| Sachsen | 100 | 130,92 | 100 | 112,51 |

Die Gesamtförderung von Braunkohle in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres blieb trotz einer erheblichen Steigerung der Braunkohlengewinnung im April um 624 665 Tonnen noch etwas hinter derjenigen des Vorjahres zurück, und zwar um 43 757 Tonnen. Unter allen Erzeugungsgebieten hat allein das Königreich Sachsen eine Steigerung der Braunkohlenförderung um 12,51 Prozent aufzuweisen. Auch im Monat April, in dem in allen Erzeugungsgebieten gegenüber dem Vorjahre wieder die Braunkohlengewinnung Fortschritte aufweist, ist die Steigerung der Produktion im Königreich Sachsen bedeutend stärker als in den übrigen Erzeugungsgebieten gewesen. Gegenüber dem Vorjahre ist im Braunkohlenbergbau des Königreichs Sachsen eine Steigerung um 30,92 Prozent eingetreten. Der Rückgang der gesamten Braunkohlenförderung im ersten Drittel des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahre resultiert daraus, daß der Schwerpunkt des Braunkohlenverbrauchs heute noch ganz erheblich in dem Bedarf für Hausbrandzwecke liegt. Demgegenüber hat die Steinkohlenförderung in den Monaten Januar bis April bereits gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung um 804 000 Tonnen zu verzeichnen. Die milde Witterung im letzten Winter hat somit dazu geführt, daß im Wettbewerb zwischen Braunkohle und Steinkohle der Aufschwung der Braunkohlenförderung eine Unterbrechung erfahren hat. Die Zunahme der Braunkohlenförderung im Königreich Sachsen, die gegenüber der gesamten deutschen Braunkohlenproduktion ihre steigende Tendenz nicht nur bewahrt, sondern auch den Grad der Steigerung intensiver gestaltet hat, läßt unbedingt den Schluß zu, daß diese Produktionssteigerung dem industriellen Verbrauch von Braunkohle und seiner Steigerung zugeschrieben werden muß.

### Dresdner Polizeibericht vom 31. Mai.

Der in der Nacht vom Sonntag zum Montag aus dem Friedrichstädter Krankenhause entsprungene Einbrecher Chares ist heute vormittag in der Nähe von Herzogswalde durch die Landgendarmerie festgenommen und ins Stadtkrankenhaus zu Wilsdruff übergeführt worden.

Gestern nachmittag verschied eine seit 26 Jahren in der Glasfabrik von Siemens als Flaschensortiererin tätige, 61 Jahre alte Frau während der Ausübung ihres Berufs infolge innerer Krankheit.

Ende vorigen Monats ist bei einem hiesigen Herrn ein Unbekannter, angeblich Kunstmaler G. v. Janik aus Warschau, 19 Jahre alt, erschienen, hat angegeben, er werde von einem bekannten Arzte geschickt, und hat, um sich Farben kaufen zu können, Skizzen zum Kaufe angeboten. Er hat es verstanden, sich bei dem betreffenden Herrn Beköstigung auf längere Zeit, verschiedene Geldbeträge und einen schwarzen Gehrockanzug zu erschwindeln. Auch seine Logiswirtin hat er um die Mietsschuld sowie ein Abzahlungsgeschäft um ein Paar Schuhe betrogen. Vor diesem Schwindler wird hierdurch gewarnt. Wahrnehmungen über die Persönlichkeit des Täters werden an die Kriminalabteilung erbeten.

Gestern nachmittag gegen 1 Uhr wurde an der Ecke der Elias- und Dürerstraße ein fünfjähriger Knabe von einem Radfahrer umgerissen und dabei am Kopfe und an den Beinen verletzt. Der Radfahrer, der ebenfalls zu Boden stürzte, sprang sogleich wieder auf und fuhr schleunigst davon, weshalb eine Feststellung seiner Persönlichkeit nicht möglich war.

**Aus Kopenhagen** wird gemeldet: Ein Herr und eine Dame, die sich in einem hiesigen Hotel als Kaufmann Max Winter jun. und Frau aus Dresden eingetragen hatten, wurden mit Schußverletzungen in ihrem Zimmer aufgefunden und nach dem Krankenhause gebracht. Anscheinend liegt ein Selbstmordversuch vor.

**Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden**
für den 1. Juni 1910.
Westliche Winde; wolkig, kühl; zeitweise Regen.

# Letzte Telegramme.

### Bauarbeiteraussperrung.

**Berlin**, 31. Mai. (Privattelegramm.) Zur Bauarbeiter-Aussperrung wird authentisch gemeldet, daß die für Dienstag in Aussicht genommenen Verhandlungen unter Leitung der Unparteiischen nicht stattfinden. Die Unparteiischen haben am Montag die Streitpunkte zusammengestellt.

### Beendeter Bergarbeiterstreik.

**Mons** (Belgien), 31. Mai. Der Ausstand der Bergarbeiter, der seit fünf Wochen dauert, ist nunmehr beendet und die Arbeit in allen Gruben gestern morgen wieder aufgenommen worden, nachdem der Nationalkongreß sich gegen den Ausstand ausgesprochen hat.

### Werftarbeiterstreik.

**Paris**, 31. Mai. Auf den Werften des Cherbourger Arsenals sind 200 Arbeiter wegen verweigerter Lohnerhöhung in den Ausstand getreten.

### Der Streik auf der französischen Südbahn.

**Paris**, 31. Mai. Ueber die Situation schreibt der Temps: „Der Streik ist auf dem Gebiete der Südbahn allgemein geworden. Die Züge gehen nicht ab und kommen nicht an. Die Betriebsdirektoren berieten mit dem Präfekten. Es wurde beschlossen, dem Streikkomitee mitzuteilen, daß die meisten der aufgestellten Forderungen nur durch den Minister der öffentlichen Arbeiten geregelt werden könnten." Inzwischen haben Zeitungen von Nizza einen Automobildienst zwischen den Ortschaften der Bezirke von Grasse und von Puget-Themers organisiert. Hunderte von Säcken mit Orangeblüten lagern auf dem Bahnhofe, weil sie nicht befördert werden können. Die Gärtner und die Fabrikanten werden dadurch in gleicher Weise geschädigt. Einige Eisenbahnstrecken in der Umgebung von Nizza werden von Feldhütern bewacht. Für den Postverkehr in den vom Streik berührten Stationen wurden von der Regierung besondere Vereinbarungen getroffen.

**Paris**, 31 Mai. Infolge des Ausstandes der Südbahnbediensteten sind auf Ansuchen des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten Soldaten des 15. Genieregiments aus Versailles nach Nizza entsandt worden, um den Dienst auf den Strecken der Südbahnlinie zu versehen.

### Das französische Programm.

**Paris**, 31. Mai. Das bisher lediglich in den Hauptzügen bekannte Programm der Regierung wird von der Presse bereits eifrig erörtert. Die République française schreibt, daß sich in der neuen Kammer keine Mehrheit finden werde, die gleich zu Beginn für die Verkürzung der Mandatsdauer stimmen würde. Die Regierung sollte diese Frage, die keineswegs mit dem Verhältniswahlsystem unverknüpft sei, in einem besonderen Gesetze behandeln. Der Eclair sagt: Unter den verschiedenen Vorschlägen der Regierung wird derjenige, der die Drittelung der Kammer umfaßt, die Bevölkerung am meisten beschäftigen. Eine von einem Berichterstatter bei Deputierten verschiedener Parteirichtungen gehaltene Umfrage ergab, daß die Anschauungen über den Wahlrechtsentwurf vorläufig noch ziemlich stark auseinandergehen.

**Erfurt**, 31. Mai. Der Glasbläser Lutz aus Friedersdorf, der im September 1908 im Forst bei Gehren den Forstaufseher Walther erschossen hatte und deshalb vom Schwurgericht zu Erfurt dreimal zum Tode verurteilt worden war, ist heute früh 6½ Uhr auf dem hiesigen Gefängnishofe durch den Scharfrichter Engelhardt aus Magdeburg hingerichtet worden.

**Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100531/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Unseren werten Abonnenten in den Ortschaften **Briesnitz, Leutewitz, Cunewitz** und **Ockerwitz** zur Kenntnis, daß vom 1. Juni an die Verbreitung unserer Zeitung dem Genossen

**Ernst Melde, Briesnitz**
**Wettinerstrasse 4, 1. Etage**

übertragen worden ist.

Sollten bei Feststellung der Abonnentenliste Leser unserer Zeitung übergangen worden sein, so ersuchen wir, ihre werten Adressen bei Obengenanntem oder beim Genossen **Robert Schindler, Briesnitz, Gottfried-Keller-Straße 7,** abzugeben, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt.

**Die Expedition der Dresdner Volkszeitung.**

---

# Cotta!

Die Leser der **Dresdner Volkszeitung** im Verbreitungsbezirk des Kolporteurs **Kunath**, bei denen eine Umfrage zwecks Feststellung der Abonnentenliste nicht gehalten worden ist, wollen ihre Adressen beim Genossen Kolporteur **Naumann**, Altcotta 8, 1., oder Genossen **Wellhöfer**, Konsum-Verkaufsstelle, Gottfried-Keller-Str. 6, abgeben, damit eine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung nicht eintritt.

**Die Bezirksverwaltung.**

---

# Achtung! Tharandt.

Die **Zeitungs-Kolportage** übernimmt am 1. Juni der Genosse

**Ernst Kaden, Tharandt, Spitzer Weg 13.**

Von ihm ist auch alle Parteiliteratur zu beziehen.

**Die Expedition der Volkszeitung.**

---

# Freie Turner Reick und Umg.

Sonntag den 5. Juni im **Gasthof Reick**

## Sommer-Fest

Von 4 Uhr an: **Feiner Ball.**

Es ladet freundlichst ein **Wilh. Thomas Der Turnrat.**

---

# Bekanntmachung

Die Zweiggeschäftsstelle der unterzeichneten Kasse

**Vorstadt Plauen, Nöthnitzer Str. 2, 1. (Stadthaus)**

ist **vom 6. Juni d. J. an** nur vormittags von 8—12 Uhr geöffnet.

Dresden, am 31. Mai 1910.

**Der Vorstand der Ortskrankenkasse**
Julius Fräßdorf, Vorsitzender.

---

**FLORA-VARIÉTÉ 1. RANGES.**
Augsburger Str. **Hammers Hotel** Blasewitzer Str.

Ab 1. Juni, täglich abends 8 Uhr, das **neue** grossartige

**Spezialitäten-Programm!**

**Les Original Mignons, intern. Miniatur-Tanz-Duett (Apachen-Tanz), lebendes Meißner Porzellan. — Mde. Vandrey, die nackte Schönheit** und das übrige reichhaltige Programm.

Sonntags zwei Vorstellungen: 4 Uhr und 8 Uhr.
Preise der Plätze: Loge 2 M., Sperrsitz 1.50 M., 1. Platz 1 M., 2. Platz 60 Pf., 3. Platz 30 Pf.

---

# Peuckert's Restaurant früher Petzold

**Großenhainer Straße 26.**

**Morgen Mittwoch, abends von 7 Uhr an**

## Gr. Garten-Frei-Konzert.

Hierzu ladet ergebenst ein **Franz Peuckert.**

NB. Empfehle meine Lokalitäten und meinen **schattigen Lindengarten** zur freundlichen Benutzung.

---

**Restaurant-Uebernahme!**

Hierdurch werten Nachbarn, Freunden und Bekannten zur gefälligen Nachricht, daß wir am 1. Juni das

## Restaurant zum alten Posthorn

**Wachsbleichstraße 9**

übernehmen werden. Es wird unser eifrigstes Bestreben sein, die uns beehrenden Gäste mit nur **guten Speisen und Getränken** zu billigsten Preisen zu bedienen und sichern aufmerksamste Bedienung zu.

Hochachtungsvoll **Robert Opitz** und **Frau.**

---

**Watzkes Ball-Etablissement, Dr.-Mickten.**

**Sonntags feiner Residenz-Ball.**

Empfehle meinen freundl. kleinen Saal als Vereinszimmer, zur Abhaltung von Hochzeiten, Familien- u. Vereinsfestlichkeiten. Raum bis 120 Personen.

Achtungsvoll **Watzke.**

---

# Konsumverein Pieschen.
# Konsumverein Striesen.

Ab Mittwoch den 1. Juni wird der Preis des Brotes in unseren sämtlichen Verkaufsstellen weiter

**um 1 Pf. pro Kilo ermäßigt.**

---

# Plauenscher Grund!

**Achtung! Hausfrauen! Achtung!**

kauft euren Bedarf an **Emaille** und **Küchengeräten** nur bei einheimischen Geschäftsleuten, **die nicht morgen über alle Berge sind,** und die für die Güte ihrer Ware noch lange einstehen müssen. Jede intelligente und praktische Hausfrau muß sich doch sagen, daß eine wirklich gute Ware — die allein im Gebrauch auch die wirklich billigste ist — **unmöglich verschleudert werden kann.** Für schlechte, nicht garantierte Ware ist auch der **niedrigste Schleuderpreis** noch weggeworfenes Geld. Das merkt aber die Hereingefallene gewöhnlich erst, wenn sie den Gegenstand zu Hause in Gebrauch nimmt, vielleicht nach Wochen erst, also wenn es zu spät ist und sie sich zu spät ihres „klugen" Einkaufes schämt.

**Mehrere Hausfrauen.**

---

# Gasthof Alt-Naußlitz

**Saalhausener Strasse 55.**

Von jetzt an jeden **Mittwoch,** von abends 7 Uhr an, und jeden **Sonntag,** von nachmittags 4 Uhr an **Garten-Freikonzert.**

Hierzu laden ergebenst ein **Franz Kretschmar und Frau.**

---

**Gustav Alberts Herren- u. Knaben-Luftbad**

ca. 1000 Quadratmeter groß. **Kegelbahn, Turngeräte** usw.

**Wieder-Eröffnung am 1. Juni**

**Vorstadt Naußlitz,** Saalhausener Straße. Straßenbahn-Linie 7, Haltestelle: Südstraße. — Tageshillett: Herren **20** Pf., Knaben **10** Pf.

---

**Gasthof Lungkwitz** bei **Kreischa** empfiehlt sich geneigter Beachtung.

---

**Kino-Metropol-Theater. Radeberg Oberstr. 10.**

Programm vom **31. Mai bis mit 6. Juni:**

1. Belgiens Radfahrertruppe, hochaktuell. 2. Eifersucht, gr. Drama. 3. Im Banne süßer Töne, tolle Burleske. 4. Tonbild: „Madame Inkognito". 5. Lehmann, der Luftikus, oder: Wie man Saltomortale lernt, komisch. 6. Bootsrennen zwischen Studenten in Oxford, hervorragende Naturaufnahme. 7. Treu bis in den Tod, ein Beweis, daß ein Tier oft treuer ist als der Mensch. 8. Max Lockes Attentat, tragikomisch. 9. Das Leichenbegängnis König Eduards.

Es ladet ergebenst ein **Eugen Borkert.**

---

**Möbel** aller Art kauft man am vorteilhaftesten bei **Curt Wilkerling**
**Pieschen, Hohestr. 2. Auch auf Erfindung.**

---

**Paul Kaden** Wäsche u. Manufakturwaren
Spezialität: **Turnbekleidung**
**Pieschen, Torgauer Strasse 33.**

---

# Fahrräder

nur **45, 55, 65, 75—165** M.
**Damenräder 60, 75—185** M.
**Gebr. Räder** 10, 15, 20—60 M.
**5000 Fahrradmäntel**
a **1.75, 2.25,** 3.— und 3.75 M.
**Gebirgsreifen 3.75,** 4.50, 5, 6.50, 8.50, 11 M.
**Schläuche, 1.90,** 2.50, 3.—, 3.75, 4.50, 5.50 M.
**Oellaternen,** —.85, 1.25 b. 6.50 M.
**Azetylenlat.,** 1.25, 2 bis 10 M.
**Pedale,** Paar 1.50, 1.75 b. 6.50 M.
**Luftpumpen,** 0.35, 0.65 b. 1.75 M.
**Fußpumpen,** 0.75, 1 b. 3.75 M.
**Gamaschen,** 0.45, 0.60, 1 b. 8 M.
**Gepäckträger,** 0.85, 0.85 b. 3.25 M.
**Rucksäcke,** 0.50, 0.75, 1 b. 5 M.
**Wettermäntel,** 3.85 bis 12 M.
**Lenkstangen** von 2.25 bis 5 M.
**Netze** f. Damenräd. 0.45 b. 3.50 M.
**Glocken,** 0.15, 0.30, 0.50 b. 1.50 M.
**Rotschüsser, Paar 4.75, 1 s. 1.25 M.**
**Fahrradständer,** 0.45 u. 0.75 M.
**Karbid,** kg **30** und **35** Pf.
**Freil. Hinterrad, 12, 14, 16** M.
**Rollschuhe,** 1.75, 1.90, mit Kugellager v. **8.50** M. an.

**Stirl, Wettinerstr. 49. Ziegelstr. 10.**

---

**Gute, getragene Herren- und Damenkleider,**
**Frack- und Gehrock-Anzüge** verkauft und verleiht billigst
**E. Näther, Frauenstr. 10** früher Gr. Brüdergasse 1.

---

**Gewissen- haft repar. Uhren**
Feder 75 Pf., Reinigen 1 M. **nur Drehgasse 1a, 1. Etage.**

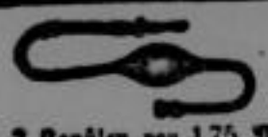
---

# Nur für Herren

welche Wert auf elegante Garderobe legen, bietet sich Gelegenheit **nur Breitestraße, zur billigen 12.** Maßanzüge v. Herrschaften, wenig getragen, **8, 12, 16** M. usw., Maßpaletots **8, 10, 15** M. usw., auch für starke Pers., ein Gelegenheitspost. in Musteranzügen für Burschen und Herren, große Auswahl in weiß u. bunt. Westen, schw. Rock-, Frack- u. Smoking-Anzügen, Radf.-Hosen, getrag. Herren-, Damen- u. Kinderschuhe v. **1.50** M. an, einz. Stoffhosen, Jacketts v. **2** M. an, Westen v. **40** Pf. an, Frack- und Gehrockverl., verkauft staun. bill. **Wähler, nur Breitestraße 12.** Kunden von auswärts Fahrtvergütung.

---

**Mutterspritzen**



mit 2 Kanülen von 1.75 M. an, Spülkannen, Leibbinden, Menstruationspulver, Vorfallbinden u. bugien.

**Frauen-Artikel**
Preisliste gratis. Auf Verl. 10 Pfg. Porto.
**Frau Heusinger**
**37 Am See 37,** Ecke Dippoldiswalder Platz.
**Man achte auf die Firma.**

---

**Herren-Wäsche**
**Krawatten, blaue Anzüge** kauft man am billigsten bei
**E. Köhler, Am See 13.**

---

**Handwagen** zu verkaufen **Potschappel,** Turnerstraße 19.

---

**H. Vogt**
empfiehlt sein
**Restaurant Rosenstraße 88.**

---

**Reichshallen**
Im Kabarett
**Alorinda-Ensemble**
Leitung: v. Bredow.

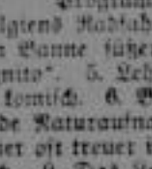
---

**Radeberg!!**
Wo gehen wir hin? Ins
**Kino Fata Morgana**
**Café Palmenhain.**
**Jeden Freitag: Programmwechsel.**

---

**Oliven-Oel** (garant. rein)
Pfund **1.10** M.
**Deutsches Tafelöl**
frisch eingetroffen, Pfund **75** Pf.
**10 Prozent Rabatt**
in bar oder in Marken.
**L. Körner,** Hans-Sachs-Straße 20.

---



und

**Goldwaren-Reparaturen**
billigst im **Volkshaus**
**Rinenbergstraße 6, 3. Etage.**

---

**Verlangen Sie sofort**
**Frauen-Tee**
**Paket 75 Pf.**
**Preislisten gratis!**
**R. Freisleben**
**Postplatz.**

---

Streichfertige u. trockene Farben, Lacke, Firnisse, Pinsel, Schablonen in großer Auswahl empfiehlt
**Adler-Drogerie, Potschappel**
Dresdner Straße 35, Ecke Pekerwitzer Straße.

---

**Berg- und Touristenstiefel**
**Militärstiefel u. -Schuhe** billig
**Rich. Nicolai,** Al. Kirchgasse 1.

---

**Kein Laden!**
**Reste**
**Teppiche u. Gardinen**
**Gardinen**
gr. Posten, haltbare Qualität, Mtr. von **30** Pf. bis **1** M.
**Abgepasste Fenster**
d. Fenst. v. **1.80** bis **8** M.
**Teppiche**
von **4.50** bis **120** M.
**Chaiselongquedecken**
in Filztuch und Plüsch
von **5** bis **18** M.
**Portieren**
Meterlg. von **3** bis **15** M.
**Tischdecken**
in Filztuch, Tuch u. Plüsch
von **90** Pf. bis **15** M.
**Sofa-Bezüge**
der ganze Bezug: 5—20 M.
**Schlafdecken**
von **80** Pf. bis **5** M.
**Kamelhaardecken**
von **8** bis **18** M.
**Steppdecken**
von **3** bis **15** M.
**Bett-Vorlagen**
von **90** Pf. bis **4** M.
**Läufer-Stoffe**
Meter **40** Pf. bis **3** M.
**Starers**
Teppiche, Portieren, Tisch-Decken
**Wilsdruffer Str. 1.**
**I. u. II. Etage.**
**Kein Laden.**

---

**Neu eröffnet**
**Nur für Herren.**
Herrschaftliche, wenig getragene **Maß-Anzüge** von **7.50, 11, 15** M. an usw., wie auch einzelne **Jacketts** u. Stoffhosen von **2** M. an, auch eine Partie von **35** Pf. an. Genau Hemden u. **Damen-Schuhe** v. **1.50** M. **Pimoler, nur Gr. Brüdergasse 1.** Kunden v. außerh. Fahrtvergütung.

---

**Achtung, Wurst!**
H. hausschl. Leberwurst, Pfd. ...
H. Sardellenwurst ... Pfd. ...
H. hausschl. Blutwurst, Pfd. ...
H. Mettwurst ... Pfd. ...
**Max Saupe,** Bautzner Strasse 11 III.

---

**12 Kabinett-Photographien** von 3 M. an liefert
**Photograph Rich. Jähne,**
Marienstraße Nr. 12
im Hause von Strisel & Spemann.

---

**24 Stück extratiefe Schüsseln**
mit Stange spottbillig zu verkaufen, bestgemalt, zu verkaufen, bestgemalt, lackierter **Liebig.** Gewerbehaus.

---

**Kinderwagen, Sportwagen**
staunend **billiger** als im Inserat **Lilienngasse 8, parterre.**

---

## Todes-Anzeige.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß am 29. Mai nachts 4½ Uhr, unsere herzensgute Schwester, Schwägerin und Tante

**Frau Amalie verw. Wenzel geb. Frauenlob**

im Alter von 53 Jahren sanft entschlafen ist.

**Burgk-Potschappel.** **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Die Beerdigung findet Mittwoch den 1. Juni, nachmittags 3½ Uhr, vom Trauerhause, Jochhöhe Nr. 10b, aus statt.

---

Für die Beteiligung an der Beerdigung unserer lieben Gattin, unserer guten, treusorgenden Mutter **Amalie Schubert** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten **herzlichsten Dank.**

Dresden-Pieschen. **Der tieftrauernde Gatte nebst Kindern.**

---

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Grötzsch, Dresden-Reustadt.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Robert Leuthold, Dresden-Mickten.
Druck und Verlag: Kaden u. Comp., Dresden.

# 1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 122. | Dresden, Dienstag den 31. Mai 1910. | 21. Jahrgang.


## Sächsische Angelegenheiten.

### Oswald Zimmermann †

An den Folgen eines Schlaganfalls, den er vor acht n erlitten, ist am Montag in Dresden der antisemitische stagsabgeordnete Oswald Zimmermann gestorben. Dresdner Arbeiterschaft hat mit ihm manchen Strauß fochten. Er war im politischen Kampfe ein beachtens- r Gegner, der vor allem die Gabe der volkstümlichen hsamkeit mitbrachte, die er in erster Linie und oft in gehässiger Weise gegen die Sozialdemokratie geltend te.

Als Vorsitzender und Führer der antisemitischen Reform- stand Zimmermann zwei Jahrzehnte mit im Vorder- e des politischen Kampfes. Sachsen und besonders Dresden neben Hessen sein besonderes Operationsgebiet. Bis 1890 er ein bescheidenes politisches Dasein. Zu dieser Zeit brachte ihn die antisemitische Flut hoch, die sich über en ergoß und 1893 dazu führte, daß fast alle früher rativ vertretenen sächsischen Reichstagswahlkreise anti- sche Vertreter erhielten, darunter auch die drei Dresdner. hier aus zog neben Hänichen und Klemm auch mermann, und zwar als Vertreter von Dresden-Altstadt, Reichstag. Die Freude hat nicht lange gewährt. Bald en die Antisemiten von Sozialdemokraten abgelöst.

Damals aber schwoll den Antisemiten unter Zimmer- s Leitung gewaltig der Kamm. Sie träumten und — und darin war Zimmermann allen andern weit — von einer antisemitischen Feste in Sachsen, von wo nicht nur die Juden und Sozialdemokraten vernichtet, n das ganze politische Leben umgewälzt werden sollte. Die emitische Partei wurde als das Bollwerk gepriesen, von aus der letzte Kampf zwischen Bürgertum und Sozial- kratie siegreich ausgefochten werden sollte; beinahe ver- ch sprach man von den „alten" bürgerlichen Parteien, ders von den liberalen. Die Hauptwaffe in diesem ie sollte das angekündigte „Tageblatt großen Stils", Deutsche Wacht, werden, deren Direktor Oswald mermann wurde. Erhebliche Geldsummen wurden mengebracht, Aktien ausgegeben und das Unternehmen scheinbar. Wenigstens für einige Monate schien es Bald aber krachte das antisemitische Bretterhaus in allen Nach wenigen Jahren war die Deutsche Wacht rott und in politischem Kampfe folgte Niederlage auf erlage. Bis auf Bautzen gingen in Sachsen alle anti- schen Reichstagsmandate verloren, nur die letzten Wahlen en wieder einige vorübergehende Erfolge, aber auch die n nur möglich mit Hilfe der übrigen bürgerlichen ien.

Seit länger als zehn Jahren war die antisemitische Partei sen nicht mehr imstande, auch nur ein Mandat aus eigner zu erringen. Seit dieser Zeit vegetierte sie nur schmählich Nur in einigen Stadtverordnetensälen sicherten ihren nern rückständige Wahlsysteme und engherzige Praktiken bei rgerrechtserwerbung noch eine kümmerliche Existenz. Tat- ch war mit dem Bankrott der Deutschen Wacht auch der tisemitischen Reformpartei vor sich gegangen. Auf die tönenden Phrasen hinausposaunten antisemitischen ftsträume war ein Katzenjammer gefolgt, der im hen Leben wohl einzig dasteht. Als politische Eintags- hatte die Sozialdemokratie die antisemitische Partei in Glanzzeit eingeschätzt, als solche hat sie sich auch alsbald en.

Ein Verdienst aber ist Zimmermann mit seiner Reform- nicht abzusprechen: Niemals ist die politische Verständ- keit, ja Verkommenheit des sächsischen Bürgertums so tage getreten als zu der Zeit, wo Zimmermanns kraft die erste Rolle im politischen Leben Sachsens und Ahlwardts verworrene Judenfresserei ihn ergänzte. sahen damals die Arbeiter, wie jämmerlich es mit litischen Einsicht des Bürgertums bestellt ist. Die Er- ns von der politischen Minderwertigkeit ihrer Gegner zu beigetragen, das Selbstvertrauen der organisierten erschaft zu stärken. So haben sie leichter vielleicht als manchen Kampf mit diesen bürgerlichen Scharen siegreich den, die sich später ebenso von der nationalen Phrase n ließen wie früher von der antisemitischen.

Kümmerliche Reste nur sind von der phrasengeschwollenen tischen Reformpartei in Sachsen übrig geblieben. ermann schien es sich zuletzt als Lebensaufgabe gestellt ben, diese mühsam zusammenzuhalten. Wieweit ihm lungen ist, wollen wir nicht untersuchen. Uns scheint s sei es noch der sympathischste Zug an seinem verfehlten hen Leben, daß er bis zuletzt zu dem versprengten Häuf- schalten und das sinkende Schiff nicht verlassen hat, ob- m anscheinend die Wege ins bündlerische oder konservative nicht ganz versperrt gewesen wären. Freilich unterschied seine Politik von der konservativen nur wenig, auch er häufig genug auffällig mit den Agrariern eigelt. Ging er doch schon so weit, die schlimmste erpolitik zu verteidigen, obwohl er vorgab, Mittel- vertreter zu sein. Bei allen politischen Wahlen hat ermann Hand in Hand mit den Konservativen und em operiert, nur mit deren Hilfe konnten die Anti- n gelegentlich noch einen kleinen Erfolg erringen. Die demokratie aber, die er oft mit recht unschönen, dema- en Mitteln vernichten wollte, steht stärker und sieges- denn je da, — jetzt, wo der Tod Zimmermanns nun ein an Enttäuschungen reiches Leben beschlossen, wohl auch das Ende der antisemitischen Partei in n herbeigeführt hat.

* * *

Der verstorbene Zimmermann war zuletzt Vertreter des Wahlkreises Zschopau-Marienberg. Dort wurde er Tode des Genossen Rosenow in der Stichwahl zum mal gewählt. Bei der letzten Wahl behielt er das Mit 14 732 gegen 11 281 Stimmen, die auf den Genossen Göhre entfielen, wurde er gewählt. Ein heißer Wahlkampf steht in Aussicht. Die Sozialdemokratie wird alles daran setzen, den Wahlkreis, den sie schon besessen, zurückzuerobern.

Auch im sächsischen Landtage hat Zimmermann mehrere Jahre eine allerdings bescheidene Rolle gespielt. Er vertrat den 10. ländlichen Wahlkreis; bei der letzten Wahl ließ er sich im Landkreise Zschopau-Marienberg aufstellen, unterlag aber auch da, während sein alter Wahlkreis in sozialdemokratischen Besitz überging.

---

### Die landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Am Montag hielt die Landesgenossenschaftskasse für Sachsen in Dresden ihre Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß das Jahr 1909 eine ruhige gleichmäßige Weiterentwicklung des Genossenschaftswesens gebracht hat. Der Umsatz stieg auf 95 155 275,24 M., das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 26 238 353,54 M., der Reingewinn beziffert sich auf 34 639,81 M., eine Summe, die seit Bestehen der Genossenschaft nur ein einziges Mal überschritten wurde. Der Zinsfuß für die Forderungen der Genossenschaft wurde vom 1. Juli 1909 von $4^1/_2$ auf $4^1/_4$ Prozent herabgesetzt, dagegen beträgt der Zinsfuß für die Guthaben der Genossenschafter $3^3/_4$ Prozent. Eine auffällige Erscheinung des Jahres 1909 war die außergewöhnlich umfangreiche Zuführung von Barmitteln seitens der Mitglieder der Genossenschaftskasse. Die Guthaben der Mitglieder sind von Ende 1908 bis Ende 1909 um rund $1^1/_2$ Millionen Mark gestiegen und stellen sich jetzt auf 5 499 136,57 M. Der Reservefonds stellt sich auf 56 340 M., der Betriebsfonds auf 51 000 M. Unter den Passiven befindet sich auch eine staatliche Beihilfe, die die Regierung bekanntlich den landwirtschaftlichen Genossenschaften in Höhe von 3 Millionen Mark zur Verfügung gestellt hat. Von diesem Darlehn waren bis Ende des Jahres 1908 2 886 300 M. ausgeliehen, im Laufe des Geschäftsjahres wurden weiter angerufen 421 000 M., dagegen an die Regierung zurückgezahlt 405 000 M., so daß sich Ende 1909 der Gesamtbetrag der staatlichen Beihilfe auf 2 902 500 M. stellte. Die Mitgliederzahl stieg im Laufe des Geschäftsjahres von 374 auf 406; es gehören der Landesgenossenschaftskasse an 236 Darlehns- und Sparkassenvereine, 83 Bezugs- und Absatz-, 19 Molkerei-, 20 Wasserleitungs-, 21 Weide-, 9 Dresch- und 13 sonstige Genossenschaften sowie 5 Einzelpersonen an. Das sind ungefähr 97 Prozent von den 413 Genossenschaften, die Ende 1909 dem Verbande der landwirtschaftlichen Genossenschaften Sachsens angehören.

### Eine Staatsrettung.

Dem verstorbenen Genossen Gunold in Kleinschönau, der am Sonnabend beerdigt wurde, hatte der Sozialdemokratische Verein einen Kranz mit roter Schleife gewidmet. Als der Totenbettmeister des Kleinschönauer Friedhofes die Schleife erblickte, verlangte er, daß sie entfernt werde. Um eine Störung der Beerdigungsfeierlichkeit zu vermeiden, an der zwar sie nicht schuld gewesen, die ihnen aber doch in die Schuhe geschoben worden wäre, fügten sich die Genossen der Anordnung. Es ist aber wichtig, festzustellen, wer der Urheber der Anordnung gewesen ist. Der Totenbettmeister erklärte, der Gendarm sei zu ihm gekommen und habe ihn aufgefordert, keine roten Schleifen zu dulden.

Kürzlich hat das Ministerium des Innern die Unterbehörden angewiesen, gegen rote Abzeichen auf Kleidern und rote Kranzschleifen nicht mehr vorzugehen. Der Gendarm hat es aber in diesem Falle wieder einmal besser gewußt wie der Minister, was im Interesse der Staatssicherheit nötig ist.

### Zur Langhammer-Affäre.

Der Vorstand des nationalliberalen Vereins Chemnitz hat in seiner letzten Sitzung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „Obwohl der Vorstand einstimmig der Ansicht ist, daß Herrn Langhammer durch den Beschluß der Fraktion vom 10. Mai, der sein Verhalten in der Tiag-Angelegenheit als nicht einwandfrei ansieht, Unrecht geschehen ist, hat er doch beschlossen, um seinen Mitgliedern ein klares Bild geben zu können, eine Kommission zu wählen, die dasselbe Material wie die Fraktion prüfen und der Mitgliederversammlung sobald als möglich Bericht erstatten wird." Die Langhammer-Affäre wird also noch nicht sogleich zur Ruhe kommen.

**Leipzig.** Eine Zählung der leerstehenden Wohnungen hat ergeben, daß am 1. November 1909 nur noch 1490 solcher Wohnungen vorhanden waren gegen 1557 zu derselben Zeit im Jahre 1908. Im ganzen waren am 1. November in Gesamt-Leipzig 126 550 Wohnungen vorhanden, es standen also 1,18 Proz. der vorhandenen Wohnungen leer gegen 1,25 Proz. im Jahre 1908 und 1,55 Proz. im Jahre 1907. — Aus diesen Zahlen ergibt sich bereits ein empfindlicher Wohnungsmangel.

**Chemnitz.** Im hiesigen Schlachthof ist gestern morgen die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Die kranken Schweine sind aus Pommern eingeführt. Die Abschlachtung sämtlicher Tiere hat bis morgen abend 6 Uhr stattzufinden, der Vieh- und Schlachthof ist sofort geschlossen worden.

---

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** In Döbeln vergifteten sich ein aus Oberfleinbach gebürtiges Dienstmädchen und ihr Geliebter, ein Stallschweizer in Neuhautzen, mit Bitterkleesalz. Das Mädchen ist tot. Der Stallschweizer konnte durch rechtzeitige ärztliche Hilfe gerettet werden. — In Reinsdorf bei Zwickau wurde ein fünfjähriger Knabe von dem ausschlagenden Pferde eines Gutsbesitzers, das dieser kurz vorher erst auf der Auktion erstanden hatte, so unglücklich getroffen, daß er kurz darauf starb. — Aus Wut darüber, daß ihn seine Frau verlassen hatte und nicht zu ihm zurückkehren wollte, zündete der 40jährige Maurer Friedrich Anton Trommer in Zschorlau sein Wohnhaus an, in dem auch noch andre Familien wohnten. Das Schwurgericht Zwickau verurteilte den Brandstifter zu 1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust. — In Neugersdorf ging der Fabrikarbeiter Gierlich auf den Friedhof, um das Grab der Seinigen zu gießen. Zu dem Zwecke holte er sich im Kirchteich Wasser. Beim Emschöpfen wurde ihm schwindlig. Er fiel hinein und konnte nur noch als Leiche herausgezogen werden. Ein Schlaganfall war die Todesursache. — Ein Eifersuchtsdrama spielte sich in Leipzig ab. Der Schlosser Robert Morgenstern unterhielt ein Liebesverhältnis mit der 21jährigen Verkäuferin Auguste Sieber, das diese jedoch nicht aufrecht erhalten wollte. Das Mädchen hatte vielmehr ein anderes Verhältnis angeknüpft. Als das Mädchen abends mit seinem Liebhaber in die Funkenburgstraße kam, trat ihm Morgenstern mit einem Revolver entgegen und feuerte vier Schüsse ab. Das Mädchen wurde durch drei Schüsse getroffen und schwer an der Brust, am Hals und am Unterleib verletzt. Morgenstern wurde gestellt und der Polizei übergeben. — Das Pferd eines von Burgstädt nach Taura verkehrenden Postwagens scheute vor einem in den Straßengraben gerutschten Wagen. Der Postillon Wolf stieg ab, um das Pferd vorüberzuführen. Er stolperte dabei über einen Sandhaufen und kam zu Fall. Beide Räder des Wagens gingen dem Unglücklichen nun über den Kopf und Hals, sodaß er infolge Bruchs der Wirbelsäule starb. — In der Nähe von Schirgiswalde ist der Bäckermeister Strohbach aus Bautzen auf einer Radtour schwer verunglückt. Außer sonstigen Verletzungen hat er eine schwere Gehirnerschütterung erlitten. — In Groß-Jössen bei Borna wurde der 22 Jahre alte Tagarbeiter Joseph Prohaska aus Lobstädt von der Lokomotive einer im Schachte befindlichen Kleinbahn gegen eine Böschung gedrückt. Der Mann erlitt außer einem Beckenbruch schwere Verletzungen, denen er erlegen ist.

---

## Stadt-Chronik.

### Gegensätze.

Königs Geburtstag. Die Alaunstraße auf beiden Seiten von Neugierigen flankiert. Polizisten an Polizisten in Extra-Uniform, die Brust mehr oder minder geschmückt mit Verdienstschnallen und Ordensauszeichnungen niederer Art an Bändern in schreienden Farben. Sie hielten „Ordnung". Vom Albertplatz her nahte Equipage um Equipage. Zuerst der Hof; vier- und sechsspännig, die Pferde mit gold- und silberstrotzenden Geschirren, die Lakaien in weißen Perücken und gelben, von Metallen glitzernden Livreen. Ausgesuchter Luxus innen und außen. Die männlichen Insassen, Hofstaat und Generalität, verschwinden fast unter der Ordenslast. So jagte Wagen um Wagen vorüber.

Ein Passant bahnt sich mühsam durch die Menge und biegt in die verkehrsstille Katharinenstraße ein. Kaum ist er um die Ecke gekommen, als er von einem kleinen, nackteinigen und dürftig bekleideten Mädchen angehalten wird; das magere und blasse Geschöpf hält dem Manne eine Streichholzschachtel zum Kauf hin. Der Mann bleibt stehen und fragt das kleine Geschöpf nach dem Grunde seines Hausierens. „Vater ist tot, Mutter arbeitet!" sagt die Kleine, „arbeitet von früh bis spät!" Der Passant will eine Probe aufs Exempel machen. „Hast du denn Hunger?" — „Ja," tönt es zurück. — „Dann werde ich dir beim Bäcker etwas kaufen; Geld gebe ich dir nicht!" Wenn der Mann anfangs glaubte, daß nunmehr der Tragödie Ende gekommen sei, so war er angenehm enttäuscht. Freudig kam das Kind mit und verzehrte voll Gier einige trockene Semmeln. „Aber Mutter arbeitet doch," meinte der Fremde, „verdient sie denn so wenig?" Ein Kopfnicken war die Antwort. „So zeige mir, wo deine Mutter wohnt."

In kurzer Zeit war das Ziel erreicht: eine kleine, aber saubere Wohnung im Hinterhause unter dem Dache. Ein Kind, noch kleiner als des Mannes Begleiterin, öffnete; hinter der rasselnden Nähmaschine saß eine furchtbar blasse und leidend aussehende Frau. In kurzer Zeit hatte sie dem Fremden ihr Schicksal erzählt. Der Ernährer ist vor Jahren gestorben und hatte sie mit vier kleinen Kindern zurückgelassen. Seitdem näht sie für ein hiesiges Konfektionshaus Kostümröcke — das Stück für 1 Mark. Acht bis zehn Stück kann sie bei angestrengtester Arbeit und mit Unterstützung der beiden ältesten zwölf und zehn Jahre alten Kinder zusammenbringen. Das achtjährige Mädchen geht auf den Streichholzhandel und ein fünfjähriges, durch Krankheit zurückgebliebenes Mädchen kann sich noch nicht nützlich machen. „Ich klage ja auch nicht," meinte die blasse Frau, „wenn ich nur gesund bleibe. Aber mit den Kindern, die mir helfen müssen, ist's ein Elend. Sie wollen hinaus ins Freie und das geht doch nicht. Ich kann's allein nicht schaffen." Als der Besucher ihr etwas vom Armenamt erzählte, fuhr die Frau auf. „Um alles in der Welt nicht, solange ich arbeiten kann, bettle ich nicht!"

Sinnend stieg der Besucher die Treppen hinunter. Draußen glitzerte die Sonne und im nahen Garten sangen die Vögel ihr Lied in den Mai hinaus. — Acht bis zehn Mark wöchentlich für eine ganze Familie — ob dafür wohl eine Lakaien-Perücke zu haben ist? — — —

---

### Folgen der Lässigkeit.

Wie notwendig es ist, daß Arbeiter sich darum kümmern, ob die Unternehmer die Beiträge für die Sozialversicherung leisten, lehrt eine Verhandlung vor dem Reichsgericht. Die Klägerin war verheiratet und besorgte in den Jahren 1883 bis 1903 die Reinigung der Geschäftsräume einer Bergwerks-Gesellschaft. Sie erhielt einen monatlichen Lohn von 16 M. Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung sind für sie nicht entrichtet worden. Infolgedessen wurde sie mit einem im Jahre 1907 erhobenen Anspruch auf Invalidenrente abgewiesen. In dem vorliegenden Rechtsstreit sucht sie Ersatz des ihr durch die Nichtzahlung der Versicherungsbeiträge entstandenen Schadens zu erlangen. Ihr gegen die Bergwerks-Gesellschaft erhobener Anspruch ist vom Landgericht wie auch vom Oberlandesgericht Breslau abgewiesen worden. Das Reichsgericht hat nunmehr im selben Sinne entschieden und deshalb die Revision der Klägerin zurückgewiesen. Hierzu heißt es in den Entscheidungsgründen: „Daß die durch die Gesetze gegebene Verpflichtung des Arbeitgebers, für die rechtzeitige Entrichtung der Versicherungsbeiträge zu sorgen, an sich nicht zu den durch den Dienstvertrag begründeten Pflichten gehört, hat das Reichsgericht in fester Rechtsprechung angenommen. Eine besondere Vereinbarung, durch welche die Beklagte die Fürsorge für die Entrichtung der Beiträge auch für die Klägerin übernommen hätte, ist nach der einwandfreien Feststellung des Berufungsgerichts auch nicht stillschweigend getroffen. Die Beklagte hatte allerdings diese


SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100531/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Hilfsarbeiten zur rein gewerblichen Arbeiter übernommen, nicht aber für die Klägerin, deren Tätigkeit eine völlig andere und derart untergeordnete war, daß Zweifel entstehen konnten, ob sie überhaupt eine versicherungspflichtige war. Nach den Bundesratsbeschlüssen (Reichs-Zentralblatt 1889 S. 309 bez. Reichs-Gesetzblatt 1899 S. 725) sind vorübergehende Dienstleistungen als eine die Versicherungspflicht begründende Beschäftigung nicht anzusehen, wenn sie von solchen Personen, die berufsmäßige Lohnarbeit überhaupt nicht verrichten, zwar in regelmäßiger Wiederkehr, aber nur nebenher und gegen ein geringfügiges Entgelt verrichtet werden. Ob die Voraussetzungen dieser Bestimmung vorliegen, ist, wie mit der Anleitung des Reichsversicherungsamtes anzunehmen ist, nach der Lage des Einzelfalles zu ermessen. Jedenfalls lag es unter den hier obwaltenden Umständen ganz besonders der Klägerin ob, für die Erfüllung der Beitragspflicht selbst zu sorgen. Sie wußte, wie das Berufungsgericht feststellt, daß die Beklagte keine Beiträge für sie entrichte, hat aber gleichwohl nichts getan, um sich den Anspruch auf die Alters- und Invalidenrente zu sichern. Ihr Verschulden muß danach nicht nur als ein dem der Beklagten gleiches, sondern als ein weitaus überwiegendes angesehen werden.

### Entsprungen

ist aus einer Zelle des Friedrichstädter Krankenhauses in der Nacht zum Montag der als schwerer Verbrecher bezeichnete Kaufmann Chares, wie wir gestern schon kurz meldeten. Heute wird dazu noch berichtet: Die Flucht des Verbrechers ist dadurch möglich geworden, daß sein Wärter die Tür zur Zelle nicht verschlossen hatte. Der Wärter schlief in einem Kabinett neben der Zelle und hat von der Flucht überhaupt nichts gemerkt, obgleich Chares die Bekleidung des Wärters an sich genommen hat und damit geflüchtet ist. Die Bekleidung besteht in grauer Drillichhose, weiß und blaugestreifter Jacke, bunten Schuhen mit Lederspitzen, blauer Mütze mit rotem Vorstoß. Der Entflohene hat sich der Fesseln, die er um die Hände trug, zu entledigen gewußt. Wie seinerzeit gemeldet, war Chares im Amtsgerichtsgebäude in Chemnitz, nachdem er dort beim Vorführen einen Beamten niedergeschlagen hatte, entkommen und am 9. Mai in der Nähe des Leihhauses in der Bartholomäistraße bez. Rosenstraße von einem Dresdner Kriminalgendarmen festgenommen worden. Chares hatte sich vor der Festnahme mit einem dolchartigen Messer den Bauch aufgeschlitzt, wahrscheinlich in der Absicht, nicht in das Untersuchungsgefängnis, sondern ins Krankenhaus eingeliefert zu werden, um von dort aus bei gegebener Gelegenheit zu entkommen. Das ist ihm nun auch geglückt. Nach den vorgefundenen Spuren ist Chares zunächst nach dem Garten hinaus geflüchtet, hat sich dann bei der Neptungruppe über die Mauer geschwungen und ist wahrscheinlich die Wachsbleichstraße entlang nach Cotta zu geflohen.

### Kandidatenschacher.

Wie bürgerliche Blätter melden, hat die Fortschrittliche Volkspartei die Absicht, im Reichstagswahlkreis Dresden-Neustadt den Abg. Dohrn, der Stettin im Reichstag vertritt, als Kandidaten aufzustellen, und die Nationalliberalen wollen diese Kandidatur angeblich unterstützen, wenn die Fortschrittler im Wahlkreis Dresden-Altstadt für die Nationalliberalen eintreten. Gleichzeitig teilt aber die Nationalzeitung mit, daß die Nationalliberalen in Dresden-Neustadt einen Handwerker als Kandidaten aufstellen wollen. Die Kandidatur des Abg. Dohrn-Stettin in Sachsen muß natürlich als völlig ausgeschlossen gelten, denn es ist sehr fraglich, ob Herr Dohrn überhaupt wieder kandidiert, und wenn schon, dann wird er sich sicher nicht in einem Wahlkreis aufstellen lassen, in dem er gar nicht bekannt ist. Dagegen hat die Aufstellung eines nationalliberalen Handwerkers sehr viel Wahrscheinlichkeit. Der umstrittene Wahlkreis wird zurzeit von unserem Genossen Naden im Reichstage vertreten, der das Mandat seit 1898 innehat. Bei der letzten Wahl haben die Gegner kein Mittel unversucht gelassen, den Kreis an sich zu reißen, trotz alledem gelang es unserem Genossen, im ersten Wahlgang zu siegen. Daß etwa ein Umschwung zugunsten des Liberalismus in Sachsen eingetreten wäre, glauben die Nationalliberalen schließlich selbst nicht, und schon der Umstand, daß sie einen Handwerksmeister aufstellen, deutet darauf hin, daß sie an einen Sieg nicht glauben. Denn nur, wenn die Nationalliberalen Wahlkreise als endgültig verloren ansehen, stellen sie Arbeiter und Handwerker als Kandidaten auf.

### Waldverbot.

Die Besitzer der Waldungen auf Hockendorfer Flur haben das Betreten dieser schönen Wälder jetzt ganz verboten. Man sieht, die berüchtigten Bestimmungen des Wald- und Forststrafgesetzes machen Schule. Um so mehr müßte das Publikum alles vermeiden, was solche Verbote rechtfertigen kann. Man schone Fluren und Wälder!

### Ortskrankenkasse Dresden.

Der Mitgliederstand bezifferte sich Ende des Monats Mai auf 118477, und zwar 67891 männliche und 50586 weibliche Versicherte. Anmeldungen erfolgten 23268, unter denen sich 3336 lediglich für die Invalidenversicherung befanden, Abmeldungen 21885, darunter 4531 für die Invalidenversicherung. — Gezahlt wurden: Krankengeld an Mitglieder 92788 M., Familienunterstützung (für in Heilanstalten untergebrachte Mitglieder) 3625 M., Wöchnerinnenunterstützung 7885 M. und Sterbegelder 5757 M. — In den Genesungsheimen der Kasse fanden 166 Pfleglinge in der Dauer bis zu 4 Wochen Aufnahme, während 124 Mitglieder nach zusammen 3686 Verpflegtagen die Anstalt verließen. Von diesen Genesenden sind vollständig erwerbsfähig 72 und gebessert 52 entlassen worden. — Die Zahl der beitragzahlenden Arbeitgeber betrug am Monatsschlusse 25063, und zwar 12801 für die Kranken- und Invalidenversicherung und 12262 lediglich für die Invalidenversicherung. An Beiträgen für die Krankenversicherung sind 314246 M. und für die Invalidenversicherung 144652 M. zu vereinnahmen, sowie für 143640 M. Beitragsmarken anzukaufen gewesen. Die Zahl der versicherungspflichtigen Personen für die letztere Versicherung betrug 128779, und zwar 68395 männliche und 60384 weibliche. In 296 Fällen waren Mitglieder wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften für erwerbsunfähige Kranke mit Ordnungsstrafen zu belegen.

### Der Parseval-Ballon,

der Anfang Juni nach Dresden kommt, ist im Auftrage der Münchner Parseval-Gesellschaft erbaut, um von München aus Passagierfahrten nach Oberammergau usw. zu unternehmen. Bevor er nach seinem Bestimmungsorte übergeführt wird, soll er Dresden einen Besuch abstatten. Das Schiff hat bei einer Länge von 73 Metern einen größten Durchmesser von 15 Metern, einen Rauminhalt von 6800 Kubikmetern. Die Hülle hat Fischform. Die Gondel ist ausgerüstet mit zwei Die Hülle hat Fischform. Beide Motoren treiben mittels R.-A.-G.-Motoren zu je 100 PS. Beide Motoren treiben mittels Kettenrad-Uebersetzung 2 Schrauben halbstarrer Bauart (System Parseval), die so eingerichtet sind, daß sie auch rückwärts wirken können. Die Gondel nimmt außer dem Bedienungspersonal von vier Mann noch zehn Passagiere auf. Die Steuerung wird ebenso wie bei den früheren Typen ausgeführt. Seitensteuerung durch ein an der vertikalen Stabilisierungsfläche angeordnetes Steuer, die Höhensteuerung durch Luftverteilung in den Ballonetts, die sich äußerst gut bisher bewährt hat und unter allen Umständen ein sicheres dynamisches Fahren selbst unter schwierigsten Verhältnissen gewährleistet. Die Eigengeschwindigkeit wird mindestens 15 Meter in der Sekunde betragen, was für ein nur Passagierfahrten dienendes Luftschiff eine sehr hohe Eigengeschwindigkeit bedeutet.

**Feststellung der Schlachtviehpreise.** Auf Einladung des Ministeriums des Innern hatten sich Freitag vormittag 11 Uhr Vertreter der Stadt- und der Schlachthofsverwaltungen von Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau und Plauen, des Landeskulturrates, des Statistischen Landesamts sowie der Fleischerinnung und des Vereins zur Wahrung der Interessen des Viehhandels zu Dresden im Ministerialgebäude eingefunden, um unter Leitung des Herrn Ministerialdirektors Geh. Rates Dr. Roscher über die Preisfeststellung beim Markthandel mit Schlachtvieh auf Grund des Reichsgesetzes vom 8. Februar 1909 zu beraten. Die in dem der Beratung zugrunde liegenden Entwurf einer Preisfeststellungsordnung geforderte Einführung des Verkaufes gegen Schlußschein wurde fallen gelassen, während die Aussprache über die übrigen Fragen des Entwurfs im wesentlichen eine Einigung ergab. Bezüglich der Festsetzung der Schlachtwertklassen sollen weitere Erörterungen stattfinden.

**Nicht baden in freier Elbe!** Unter Hinweis auf die unentgeltliche Benutzung der beiden städtischen Freibäder, welche sich beide am rechten Elbufer oberhalb der Marienbrücke am Palaisgarten befinden, wird vom Wohlfahrtspolizeiamt erneut in Erinnerung gebracht, daß alles Baden in freier Elbe außerhalb der Badeanstalten, im Weißeritzflusse, im Weißeritzmühlgraben sowie im Priesnitzbache innerhalb des Stadtbezirks verboten ist. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu fünfzig Mark oder entsprechender Haftstrafe geahndet werden. Sobald in den Badeanstalten infolge des Wasserstandes oder aus einem anderen Grunde zeitweilig nicht gebadet werden kann, wird auf den Bädern eine gelbe Fahne gehißt.

**Die Genossinnen von Löbtau und Cotta** haben für den 3. Juni, abends 8½ Uhr, von Löbtau aus einen Wanderabend nach Gorbitz bei Hoffmanns geplant. Die Genossinnen von Naußlitz und Wölfnitz sind hiermit eingeladen. Treffpunkt für letztere abends 9 Uhr in der Linde in Naußlitz. Auch die Genossinnen der Außenbezirke des 5. Kreises sind willkommen. Sammelpunkt 8½ Uhr im Schillingshof, Reisewitzer Straße.

**Vermischte Nachrichten.** Ein Grasbrand war am Sonntag am Bahndamm an der Riesaer Straße, vermutlich durch Funkenflug einer Lokomotive, entstanden, konnte aber vom Bahnpersonal bis zum Eintreffen der Feuerwehr gelöscht werden.

### Kaufmannsgericht.

Als der Reisende Homburg am 11. Mai erwerbsunfähig krank wurde, entließ ihn der Druckereiinhaber Glöß. H. fordert 250 M. Gehaltsentschädigung. Der Beklagte bestreitet, daß die Krankheit den Kläger gezwungen habe, sofort aufzuhören. Als Entlassungsgrund macht er aber noch geltend, der Kläger habe sich die Stellung durch unwahre Zusicherungen verschafft, indem er bei seinem Engagement angab, er habe einen Auftrag über 8000 M. bereits in der Tasche und habe im Jahre 70 000 M. Umsatz gemacht. Der Kläger hält die Behauptung, 70 000 M. Jahresumsatz gemacht zu haben, aufrecht und will sie belegen. Dann hätte er nicht gesagt, er habe den Auftrag von 8000 M. bereits in der Tasche, sondern er habe ihn so gut wie in der Tasche, er werde aber erst im Herbst perfekt. Tatsächlich hatte er auch fast sicher von einer Brauerei einen Auftrag in dieser Höhe erhalten. Der als Sachverständiger vornommene Arzt bestätigte, daß eine sofortige Einstellung der Arbeit notwendig war. Die Parteien vereinbarten, daß der Kläger weiter beschäftigt werden solle.

Den Vorwurf eines minderwertigen Menschen machte der Inhaber der Firma Tamm dem Buchhalter Krüger, weil dieser einige Fehler machte. Der Buchhalter empfand dies als schwere Beleidigung, legte die Arbeit sofort nieder und klagte wegen 300 M. Gehaltsentschädigungsforderung. Außerdem behauptet er, vom Prinzipal angerempelt worden zu sein. Ein über diese Anrempelung vernommener Zeuge bestätigte das nicht. In der Aeußerung erblickt das Gericht keine schwere Beleidigung, die ihn zur sofortigen Aufgabe der Stellung nötigte. Er muß deshalb seine Klage zurückziehen. (Vorsitzender: Stadtamtmann Dr. Häntzsche. Prinzipalsbeisitzer: Kaufleute Metzler und Krüger. Angestelltenbeisitzer: Buchhalter Tudack und Verkäufer Rätzsch.)

## Aus der Umgebung.

**Potschappel.** Wir erhalten folgende Zuschrift: Folgen der Aussperrung. Unter diesem Titel annonciert Kaufmann Maasch im Glück auf Speisekartoffeln und sagt da weiter: „Um den ausgesperrten Bauarbeitern und den durch die Aussperrung Betroffenen entgegen zu kommen, verkaufe ich usw." Der Preis für den Zentner Kartoffeln wird auf 1,90 M. festgesetzt, nicht um ein Geschäft zu machen, bewahre, nur um den Bauarbeitern in der Zeit der Aussperrung entgegen zu kommen. Am andern Tage lesen wir in demselben Blatte: „Speisekartoffeln, etwas schorfig, Zentner 1,80 M., empfiehlt Gustav Döring." Letzterer verkauft also minderwertige Kartoffeln sehr billig, billiger sogar als Maasch, der zwar den Bauarbeitern entgegenkommen will, jedenfalls zu diesem Preise wirklich preiswerte Ware aber nicht liefern kann. Daß Herr Maasch etwas verschenkt, glauben wir nicht, wir glauben vielmehr, daß Herr Maasch nach obigem Beispiel sogar noch ein Geschäft macht.

Es wird uns mitgeteilt, daß der Konsumverein Potschappel und Umgegend seinen von der Bauarbeiteraussperrung betroffenen Mitgliedern von dieser Woche an wöchentlich ein Brot als Naturalunterstützung gewähren will. Die Verwaltung will diese Unterstützung allen denjenigen zukommen lassen, die sich als wirklich konsumierende Mitglieder gezeigt haben.

Am Sonnabend nachmittag versuchte sich ein 19 Jahre alter Handarbeiter in Potschappel mit Salzsäure zu vergiften. Er wurde schwerverletzt nach der Diakonissenanstalt in Dresden gebracht.

**Potschappel.** Mittwoch den 1. Juni, abends 7 Uhr, findet im Sitzungssaale des Rathauses öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Tagesordnung: Mitteilungen; Abrechnung über Beschotterung der Coschützer Straße; Abänderung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe; Antrag der Gemeinde Niederpesterwitz auf Einverleibung dieses Ortes in den hiesigen Gemeindebezirk.

**Deuben.** In der letzten öffentlichen Gemeinderatssitzung wurde der Beitritt zum Verband deutscher Landgemeinden beschlossen. Der Wasserlieferungsvertrag mit der Sächsischen Gußstahlfabrik wurde bis zum Jahre 1918 verlängert. Einem Ansuchen der Gemeinde Döhlen wegen Kostenabgabe für den Ortsteil Neu-Döhlen soll möglichst stattgegeben werden und werden der Vorsitzende des Kollegiums sowie die Vorsitzenden des Finanz- und Bauausschusses beauftragt, mit der Gemeinde Döhlen in Verhandlung zu treten. Der Vorsitzende des Bauausschusses setzte den Gemeinderat von den eingegangenen Vorschlägen für den Bau eines weiteren Hochbehälters in Kenntnis und soll der Bauausschuß zunächst einen Lokaltermin unter Hinzuziehung eines Sachverständigen abhalten.

Die Stadt Tharandt beabsichtigt, ihre Abfallwässer der Weißeritz zuzuführen. Da die Quellen der Deubener Wasserleitung in den Flußniederungen der Weißeritz liegen und eine Gefährdung der Deubener Wässer zu befürchten ist, wurde vom hiesigen Gemeinderat Beschwerde erhoben. In einer Verfügung der Amtshauptmannschaft wurde der Einspruch der Gemeinde Deuben als verfrüht erklärt und die Befürchtungen der Gemeinde als unbegründet zurückgewiesen. Die bezüglichen ärztlichen Untersuchungen des Deubener Wassers hätten ergeben, daß es vorzüglich sei und der Gemeinde kein Recht zustehe, der Stadtgemeinde Tharandt bei Abführung ihrer Abfallwässer hinderlich zu sein. Der Vorsitzende führte weiter aus, daß auch die Staatsregierung gegenüber den an der liegenden Gemeinden und Städten für Reinhaltung der Flüsse eingetreten sei, und was für die Elbe recht sei, müsse für die Weißeritz billig sein.

Von der Verfügung wurde Kenntnis genommen und beschlossen, zu gegebener Zeit weitere Schritte zu tun. Der Abschluß der Artur-Kreis-Stiftung wurde vorgelegt und betrug die Stiftung 77 117 M. Einem Antrag auf anderweitige Regelung des Freibankverkaufs konnte nicht entsprochen werden. Nach Erledigung einiger Personalangelegenheiten wurde von unseren Vertretern nochmals darauf gedrängt, nach Möglichkeit Arbeitsgelegenheit für die ausgesperrten Bauarbeiter zu schaffen. Vom Vorsitzenden wurde erklärt, daß er die Vorarbeiten für den Ausbau einer Straße beschleunigt habe, so daß der Straßenbau baldigst beginnen könne.

**Weißig bei Deuben.** Der Wirtschaftsbesitzer Trobisch in Weißig wurde am Sonnabend wegen Sittlichkeitsverbrechens von der Staatsanwaltschaft in Untersuchungshaft genommen. Trobisch soll sich an einem bei ihm bediensteten, noch nicht 15 Jahre alten Dienstmädchen vergangen haben.

## Gerichtszeitung.

### Landgericht.

**Rückfalldiebstähle.** Der schon mehrfach vorbestrafte Mühlenkaufmann und Musiker Friedrich Alfred Schulze bargte sich im Juni 1906 bei einem hiesigen Fahrradhändler ein Rad im Wert von 45 M., das er für 15 M. verkaufte. Ferner lieh er sich in einem Musikaliengeschäft eine Geige mit Kasten, 65 M. wert. Im September 1909 ging er in ein anderes Geschäft und lieh sich auch hier eine Geige, die 50 M. kosten sollte. Die zuerst geliehene hatte er inzwischen längst verkauft, auch die zweite ging denselben Weg. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr 8 Monate Gefängnis.

Ein Liebhaber besserer Hüte war der 1866 in Leutmitz geborene Tischlergehilfe Ernst Schotte. Am 29. Januar und 5. Februar hat er in zwei Restaurants je einen guten Hut mitgenommen und dafür ganz altes Exemplar hängen lassen. Er will beide Male nur „fein" gewesen sein. Außerdem hat er seit Dezember vorigen Jahres in Dresden unangemeldet gewohnt, da er mit seiner Frau getrennt lebt. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis und 3 Tage Haft sowie 2 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Ein armer Teufel war der 33jährige Arbeiter Otto Arnold Pohle. Er war erst wenige Tage aus dem Gefängnis entlassen, wo er wegen Diebstahls gebrummt hatte. In einer Kohlenhandlung bekam er Arbeit. Als er eines Tages Kohlen in einen Keller transportieren mußte, ging er mehrmals an dem offenen Vorratsraum des im selben Hause befindlichen Fleischers vorüber. Hier konnte er der Versuchung nicht widerstehen und stahl vier Schinken im Wert von 60 M. Sie wurden ihm bald darauf wieder abgenommen. „Er wollte sich mit seiner Familie einmal richtig satt essen", war seine Entschuldigung. In Würdigung der Notlage billigte man dem Angeklagten mildernde Umstände zu und verurteilte ihn zu 5 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrenrechtsverlust.

### Schöffengericht.

**Die Dresdner Techniferkurse.** Der 39jährige Ingenieur Hamme wollte intelligenten Metallarbeitern durch Einrichtung von Hochschulkursen eine höhere technische Bildung beibringen. Er richtete eine Abendschule und gewann durch Anzeigen in den hiesigen Tageszeitungen auch eine Anzahl Schüler. Unter Führung des Mechanikers Ludwig reichten einige Schüler nach der Abschlußprüfung beim Ministerium Beschwerde darüber ein, daß d. H. sie in den Glauben gelassen habe, die Schule sei staatlich genehmigt, obwohl dies in Wirklichkeit nicht der Fall war. Das Ministerium fand zwar keinen Grund zum Einschreiten, aber es kam gegen d. H. auf Veranlassung der Polizeidirektion zu einer Anklage wegen versuchten und vollendeten Betrugs. Die Schüler sollen dadurch geschädigt worden sein, daß sie 25 M. für die Abschlußprüfung zahlten in der Annahme, diese finde unter Aufsicht des Ministeriums statt.

Der angeklagte Ingenieur bestritt, seinen Schülern irgendwelche Vorspiegelungen gemacht zu haben. Er habe lediglich gesagt, ministerielle Genehmigung stehe in Aussicht. Um den Verein zu zuregen, habe er wohl auch geäußert, sie möchten recht fleißig sein, damit er bei einer etwaigen ministeriellen Inspektion gut mit ihnen bestehe. In ähnlicher Weise habe er auch von der Abschlußprüfung gesprochen. Er erwartete mit Sicherheit, das Ministerium werde Kurse inspizieren und dann die staatliche Aufsicht übernehmen. Grundlage für seine Lehrtätigkeit diente ihm der Lehrplan der Bergschule zu Zwickau, den er durch Hinzunahme einiger Disziplinen erweiterte. Von seinen Schülern verlangte er keine besondere Vorbildung, aber Praxis. Die volle Ausbildung dauerte zwei Semester à 5 Monate. Der Unterrichtspreis betrug zunächst 100 M., später 120 M. pro Semester. Er war alleiniger Lehrer; zur Aufsicht stand ihm ein Herr Feldmann in seinen Diensten. In seinen Erwartungen wurde er nicht getäuscht, denn die Arbeiter-Schüler zeigten Wissensdrang und entwickelten großen Fleiß. Der Lehrplan ist eingehalten worden, nur der Stundenplan mußte einmal umgeworfen werden. Mit den Erfolgen war er sehr zufrieden. Schüler hätten tatsächlich etwas Ordentliches gelernt. Zur Abschlußprüfung, über die er anfangs gar nicht gesprochen hat, war er verpflichtet. Er verlangte für die bedeutende Mehrarbeit 25 M. Die schriftliche Prüfung dauerte acht Tage und erstreckte sich auf Disziplinen, die mündliche nur auf drei.

Zum Betriebe der Schule hatte er die gewerbeamtliche Genehmigung. Er wollte die Anstalt aber auch der staatlichen Aufsicht unterstellen und richtete dieserhalb ein umfangreiches Gesuch an das Ministerium. Da er alle Bedingungen — auch die Stellung einer Kaution von 16 000 M. — erfüllt hatte, hoffte er bestimmt auf Genehmigung. Sie wurde ihm aber vorläufig versagt. Kurz vor Prüfung der ersten Quote kam es zwischen ihm und dem Mechaniker Ludwig zu Differenzen. Ludwig stand mit anderen im gutten

Da v. H. sich auch dem ersten Semester widmen mußte, fühlte zweite Semester etwas vernachlässigt und verlangte Ver- der Lehrkräfte. Es kam zu einem erregten Auftritte und L. mit seinen Kollegen, beim Schulamte Beschwerde zu führen. ein überein, das Studium zu Ende zu führen und die Prüfung en. Dann aber wollten sie sich beim Ministerium beschweren. ch es auch. Mit Ausnahme eines Zeugen bestätigten alle, en bei Ablegung der Prüfung und vor Zahlung der Prüfungs- en der private Charakter der Schule bekannt war. Der eine fühlt sich aber nicht geschädigt. Schlosser Querner erklärte, man die Arbeitsleistung v. H.s berücksichtige, müsse man sagen, sich das Geld reell und ehrlich verdient habe. Wenn man be- wolle, dann mache man sich das doch leichter.

ls Sachverständiger wurde der Rektor der städtischen Gewerbe- Professor Kuhnow, vernommen, der einmal dem Kursus im Auf- es Stadtrates beigewohnt hat. Nach seiner Ansicht ist in diesem die Erhebung einer Prüfungsgebühr nicht unberechtigt. Die eilten Prüfungszeugnisse seien auch nicht ohne Wert, wenn es keine staatlichen Zeugnisse sind. Sie hätten immerhin den ls Dokument für den Abschluß eines höheren Bildungsganges. ericht erkannte auf Freisprechung.

# Der Kampf im Baugewerbe.

### Die Einigungsverhandlungen.

Montag vormittag begannen im Reichsamt des Innern die dungen der drei Unparteiischen, unter deren Leitung inigungsverhandlungen im Baugewerbe stattfinden, um über ittungsvorschläge zu beraten, die den Vertretern der Arbeitgeber Arbeiter vorgelegt werden sollen. Geheimrat Dr. Wiedfeldt, ürgermeister Beutler-Dresden und Gewerbegerichtsdirektor er-München werden mit einem engeren Ausschuß der Parteien orschläge beraten.

In einem vertraulichen Schreiben des Arbeit- rbundes werden die Arbeitgeber aufge- ert, sich auf **eine Fortdauer der Aussperrung einzurichten.** Arbeitgeberbund unter allen Umständen gewillt ist, auszuharren ur nach Niederringung der Arbeiter Frieden zu en.

### Die Unternehmer während der Einigungsverhandlungen.

Auf eine Fortdauer der Aussperrung sollen sich die Unter- im Baugewerbe einrichten. So soll der **Arbeitgeberbund in vertraulichen Schreiben den Unternehmern angeraten haben,** er Begründung, daß der Arbeitgeberbund unter allen Umständen t ist, auszuharren, und nur **nach Niederringung der Arbeiter** en zu schließen.

### Ein Urteil von grundsätzlicher Bedeutung

am 27. Mai die erste Zivilkammer des Landgerichts in Mainz. Stadt Mainz hatte dem Bauunternehmer Hauswald den Umbau Stadttheaters übertragen. In dem zwischen Stadt und Unter- er abgeschlossenen Vertrag war dem Unternehmer die Streik- Aussperrungsklausel zugebilligt worden. Der Unternehmer r seine Leute aus und brachte dadurch die Stadt, die das ter bis zum 1. November bei Vermeidung großer Konventional- n fertig haben mußte, in eine mißliche Lage. Kurz entschlossen nun die Stadt die Bauarbeiten in eigener Regie weiter. Grund des Vertrags glaubte sich die Stadt berechtigt, die von irma Hauswald auf die Baustelle geschafften Geräte, Gerüste Maschinen, sowie die Bauhütte für die jetzt von der Stadt ringten Arbeiter zu benutzen. Der Unternehmer klagte gegen tadt und beantragte eine gerichtliche einstweilige Verfügung auf rnutzung der oben bezeichneten Gegenstände. Das Gericht den Anspruch des Unternehmers kosten- tig ab. Die Begründung des Urteils umfaßt 26 Seiten. heben daraus folgende allgemein interessierende Stellen hervor: Eingangs der Begründung wird die Frage betont, ob die berechtigt war, wie sie getan hat, zu handeln. Darüber sei zwischen ihr und dem Bauunternehmer Hauswald nach des zwischen beiden abgeschlossenen Vertrags der darauf bestehenden Beredungen zu verhandeln und zu entscheiden. Es dann wörtlich im Urteil:

„Es lohnt sich doch, die Frage anzuregen, ob Herr Hauswald Berufung auf § 275 B. G.-B. behaupten kann, es liege eine ive Unmöglichkeit der Vertragserfüllung vor, wodurch er der Verpflichtung zur Leistung der vertraglich übernommenen chtung frei geworden. An und für sich betrachtet man ausbruch eines Streiks als eine Befreiung im Sinne des B. G.-B., allein doch auch nur mit der Einschränkung, daß Verpflichteten unmöglich war, den drohenden Streik ab- en oder den ausgebrochenen Streik zu beendigen. So ein- liegt die Frage aber nicht bei der Aussperrung. Hier kann ohne Prüfung der näheren Umstände von einem Ereignisse ge- n werden, das sich als unabwendbar darstellt. Während beim die Arbeiter ihre Dienste versagen und darum eine über- ne Arbeit ohne Zutun der Verpflichteten ins Stocken gerät, die Aussperrung auf der freien Entschließung der Arbeitgeber. derjenigen, die sich vertraglich zur Leistung einer Arbeit ver- tet haben. Wie nun durch Herrn Bürgermeister Kuhn tet wurde, haben nicht alle Bauunternehmer sich der ordneten Aussperrung gefügt, die Bauunternehmer in burg, Berlin und anderen Orten haben ihre Arbeiten überhaupt eingestellt. Anderwärts haben inzwischen Lokalverbände sich den Arbeitern geeinigt, auch sind Unternehmer aus dem Verband schieden. Mithin ist die Einstellung der Arbeiten Theaterbau auf den freien Willen des Unter- mers zurückzuführen, in dessen Belieben es gestellt ob er sich den Beschlüssen der Mehrheit seiner Standes- anschloß oder nicht. Wenn er der Aussperrung sich ck, so handelte er in Wahrung der Forderungen eines seiner Standesgenossen, diente damit auch seinen Zwecken, nlich in Abwehr drohender Nachteile. Kommt er hierbei in Widerstreit der Pflichten, so dürfte sein Verhalten der Stadt ber als ein vorsätzliches Handeln anzusehen sein, womit er sich Gefahr aussetzte, für den aus seinem Handeln ent- enden Schaden verantwortlich gemacht zu den, wobei allerdings der Schlußsatz des § 276 B. G.-B. in cht käme, der eine vertragliche Entbindung von der Haftung n Vorsatzes ausschließt. Auf die Prüfung dieser Frage braucht hier nicht mehr eingegangen zu werden.

Wie die Dinge liegen, so hat die Stadt Mainz, nachdem sie die Arbeitseinstellung vor eine vollendete Tatsache gestellt wurde, Zustand herbeigeführt, der weder als die Folge einer Kündigung, als die eines Einschreitens auf Grund der §§ 21, 22 der all- nen Bedingungen des Werkvertrages aufzufassen ist."

### Im Unternehmerlager wird der Abfall immer größer.

Kampfesmüde sind die Unternehmer in dem Städtchen Barm- t (Holstein) geworden. Wiederholt haben sie sich bei der Leitung Arbeiterorganisation erkundigt, ob die Arbeit von ihren, vor Aussperrung beschäftigten Gesellen zu den alten Bedingungen er aufgenommen werden könne. In einer Mitgliederversammlung Gewerkschaften wurde der Beschluß gefaßt, wer von den Unter- nern sich nicht länger an der Aussperrung beteiligen wolle, könne die Gewerkschaftsvorstände genügend Leute nachgewiesen er- n. Es war noch keine Stunde nach dieser Beschlußfassung ver- gen, als die Mehrzahl der Unternehmer den Nachweis Zusendung von Arbeitskräften ersuchte, unter ihnen Vorsitzende des Arbeitgeberbundes in Barmstedt. Von Unternehmern lassen 12 Unternehmer wieder arbeiten.

Vor der Materialsperre braucht sich heute in Schleswig- stein kein Unternehmer mehr zu fürchten. Die Hamburger eranten liefern gern Material, die Sperre wird nicht mehr rchtet.

In Posen hat die dortige städtische Bauverwaltung den Bau des Stadttheaters in eigne Regie übernommen. Ein Gesuch an die Bauarbeiterorganisationen, der städtischen Bauverwaltung die nötigen Arbeitskräfte zu übermitteln, fand eine zustimmende Antwort. Die Münchner Baufirma Heilmann u. Littmann, der die Ausführung des Baues übertragen war, hat gegen das Vorgehen der Stadt Beschwerde erhoben. Die Firma hat ihre Arbeiter ausgesperrt. Der Stadt aber liegt daran, den Bau des Stadttheaters bis zum 15. September fertig zu stellen.

Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet, daß Montag zwei große Firmen, die Frankfurter Beton-Baugesellschaft und die Firma Koch und Grimm, die Arbeit wieder aufgenommen haben, erstere an einem großen Warenhaus und auf Bauten in Büdingen bei Frankfurt, letztere bei der Firma Kleyer.

Der Volksbau- und Sparverein stellt 20 Häuser in eigener Regie her.

### Die polnische Presse und die Bauarbeiteraussperrung.

Die polnische nationalistische Presse gebärdet sich stets als die einzige Beschützerin des Arbeiters. Trotzdem ist sie in der gegenwärtigen Bauarbeiter-Aussperrung unverhohlen auf die Seite der Unternehmer getreten, und zwar in ihrer Gesamtheit. Sie veröffentlichte Aufrufe gegen die ausgesperrten Arbeiter. Der Postemp gibt den polnischen Unternehmern den guten Rat, sie sollten mit ihren deutschen Kollegen Hand in Hand gehen und den Kampf mit Ausdauer durchführen. Dasselbe tut die Gaz. ostrowska und der Rest der polnisch-nationalen Presse. Keine der polnisch-nationalen Zeitungen hat diese Stellungnahme verurteilt, sie alle wenden sich gegen die Arbeiter. Die Arbeiter werden sich das merken. Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters, die polnischen Proletarier auf diesen Verrat der polnisch-nationalen Presse aufmerksam zu machen.

# 12. Verbandstag sächsischer Konsumvereine.

Zittau, 30. Mai 1910.

Zweiter Verhandlungstag, früh 9 Uhr.

Der Vorsitzende Radestock-Dresden eröffnet die Sitzung. Es soll durchberaten werden. Haubold-Chemnitz übernimmt den Vorsitz.

Der Verbandstag nimmt den Bericht des Verbandsvorsitzenden Radestock-Dresden entgegen. Er bemerkt, die an die Entwicklung des sächsischen Verbandes geknüpften Erwartungen sind weit übertroffen worden. (Der Bericht wurde bereits veröffentlicht. D. B.) In 47 Vereinen sind Rückschritte zu verzeichnen. In 21 Vereinen davon wird nicht die geringste Propaganda betrieben. In den Produktivabteilungen der Konsumvereine ist eine rapide Steigerung eingetreten. Im Jahre 1900 unterhielten die dem Verbande angeschlossenen Vereine 141 Verkaufsstellen, 1909: 697. Der Riesaer Genossenschaftstag hat dem Verbande in einer Resolution die Mahnung der Verringerung der Rückvergütung mit auf den Weg gegeben. Der Verbandsvorsitzende bemerkt, daß von ihm aus Schreiben an die Einkaufsvereinigungen gesandt wurden, in denen aufgefordert wurde, die Frage zu diskutieren. Der Mylauer Konsumverein hat sich in kräftiger Sprache darüber geäußert und ist später aus dem Verbande ausgetreten. Der Verein zahlte 24 Prozent Dividende, und wenn er hier an den Pranger gestellt worden sei, dann sei das im Interesse der Entwicklung des Genossenschaftswesens geschehen. (Sehr richtig!) Es habe keinen Zweck, wenn ein Verein solche Manipulationen betreibe. Er nehme den Mitgliedern das Geld aus der linken Westentasche und stecke es in die rechte. In der Chemnitzer und Zwickauer Gegend gebe es eine ganze Anzahl Vereine, die allerdings mehr als zehn Prozent zahlten. Genosse Fleißner habe in einer ganzen Anzahl von Versammlungen gegen die Dividendenseuche angekämpft. Große Erfolge seien allerdings nach dieser Richtung hin noch nicht zu verzeichnen. Einige Vereine sind infolge der Agitation zurückgegangen, andere sind wiederum gestiegen. Trotz der Agitation haben 14 Vereine mehr, 28 Vereine aber weniger Dividende gezahlt. Sogenannte Wirtschaftsvereine bereiten eine starke Konkurrenz, so daß es sehr schwer ist, in der Dividende zurückzugehen. Man müsse Schritt für Schritt vorgehen. Die Ergebnisse sollen jedes Jahr im Bericht wiederkehren. In der geschäftlichen Tätigkeit ist eine bedeutende Steigerung in den angeschlossenen Vereinen zu konstatieren. Die Spareinlagen und die den Mitgliedern gewährten Darlehen haben stark zugenommen. Die Einlagen betrugen 1900: 328 000 M. oder pro Kopf 5,82 M., 1909: 5 073 341 M. oder pro Kopf 20,21 M. In diesem Jahre ist im Landtage von keiner Seite die Frage der Umsatzsteuer zur Sprache gebracht worden. Von einer Eingabe gegen die Umsatzsteuer sei in diesem Jahre abgesehen worden. Das solle im nächsten Jahre geschehen. Das Ergebnis in der Frage nach der Umsatzsteuer sei außerordentlich wichtig. Man dürfe nicht ruhen, immer wieder müsse durch Petitionen gegen die Steuer angekämpft werden. Wenn man ununterbrochen darauf einwirke, so dürfe später auch über Erfolge zu berichten sein. Mit der raschen Entwicklung der Konsumvereine habe der innere Ausbau nicht immer gleichen Schritt gehalten. Es müsse darum Wert auf den inneren Ausbau gelegt werden. Die Gesamtverwaltung ist gezwungen, eine Zuwahl zu den vorhandenen Revisoren zu empfehlen, um die Verwaltung des Verbandes zu verstärken. Als dritter Revisor im Nebenamt wurde Gottschalk vom Konsumverein Lößnitz i. E. gewählt. Es ist eine ganz bedeutende Mehrarbeit für die Funktionäre entstanden. Es sei eine Genugtuung, durch die Statistik der Oeffentlichkeit zu beweisen, daß die Konsumvereine trotz aller Anfeindungen stärker dastehen. Man solle bestrebt sein, die Kapitalkräftigkeit der Konsumvereine zu stärken.

Fleißner-Dresden macht einige Bemerkungen zur Umsatzsteuer. Er meint, es sei falsch, wenn ausgeführt worden sei, daß im Landtage die Frage der Umsatzsteuer von keiner Seite angeschnitten worden sei. Er habe gelegentlich in ausführlicher Weise die Frage der Umsatzsteuer behandelt. Man unterscheide zwei Richtungen: die Landes- und die Gemeindeumsatzsteuer. Eine Anfrage an die Regierung sei ohne Antwort geblieben. Es sei zu begrüßen, daß die Petition vom Zentralverband eingereicht werden solle. Es sei keine Partei außer den Sozialdemokraten im Landtage, die ein Wort gegen die Umsatzsteuer verwandt habe.

Er schildert die Vorgänge in Dresden. Man könne dort keine Umsatzsteuer lediglich gegen die Konsumvereine einführen. In die Gemeindeautonomie könne man nicht eingreifen, sage die Regierung. Das sei außerordentlich wichtig und bezeichnend, daß man nur dort nicht eingreifen könne, wo es sich um reaktionäre Maßnahmen handle. In der Frage der Dividendenseuche sei seither zu wenig getan worden, wurde bisher gesagt. Er könne sagen, daß der Vorwurf jetzt nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Der Vorstand müsse eingreifen, wo er es für notwendig halte, das sei die Konsequenz des vorjährigen Antrags. Er müsse vorsichtig Ratschläge erteilen. Mit der Zeit würde ein Erfolg einsetzen. Es sei schon ein Erfolg, wenn ein Prozent Dividende weniger bezahlt werde. Man dürfe aber die Mitglieder nicht vor den Kopf stoßen. Mit der Agitation müsse man in den Generalversammlungen einsetzen, wo man bisher nichts weiter getan habe, als sich über schlechte Kartoffeln usw. zu unterhalten. Er warnt aber davor, einfach durch Beschluß die Dividende herabzusetzen. Das verursache Leutesucht. Man müsse aufklären. Er wundert sich, daß man in Krimmitschau die Gewährung eines festen Rabattsatzes von 12 Proz. beschlossen habe. In Vereinen, in denen hohe Dividende gezahlt werde, liege der Genossenschaftsgedanke sehr im argen. Man streite sich stundenlang über den Lohn eines Markthelfers herum. Das sei kein erfreulicher Zustand. In Oberlungwitz bestanden vor kurzem noch drei Vereine. Eine Vorbedingung, ans Ziel zu kommen, müsse sein, die kleinen Vereine zusammenzulegen. Man müsse von einer negativen zur positiven Behandlung der Frage übergehen. Außerordentlich wichtig sei das Grundprinzip für die Konsumvereine, dafür zu sorgen, mit möglichst guten Warenpreisen anzutreten. Er erwartet, daß die Dividendenfrage in dem gedruckten Bericht ausführlich behandelt werde.

Heldig-Krimmitschau bemerkt, daß die Verwaltung des Konsumvereins Krimmitschau Waren an seine Mitglieder mit dem geringen Aufschlag der Verwaltungsunkosten abgebe. Es bestehe das Prinzip, keinen Gewinn zu erzielen. Darum sei es ein Irrtum, wenn im Bericht gesagt werde, daß ein fester Rabattsatz von 12 Prozent statutarisch festgelegt worden sei. Ein klagbares Recht sei im Statut nicht festgelegt.

Der Vorsitzende Radestock bemerkt, daß es nicht so leicht sei, die Beschlüsse durchzuführen. Er hoffe daß man darüber im Bericht noch Auskunft geben kann. Er schildert seine Erlebnisse im Kampfe gegen die Dividendenseuche. Durch die Aufklärung des Genossen Helbig seien die Dinge berichtigt worden. Er hätte nichts anderes berichten können, als was er durch die Umfrage zur Kenntnis genommen habe.

Braune-Radeberg bemerkt, daß auch die Angestellten der Konsumvereine in bezug auf die Dividendenfestsetzung ein Lied singen könnten. Zur Umsatzsteuer habe die Regierung darauf hingewiesen, daß die Umsatzsteuer zugunsten der kleinen Geschäftsleute verwandt werden soll. Man stütze sich in den Gemeinden auf den Steuerausfall durch die kleinen Geschäftsleute. Für die Gemeinden sei das Gegenteil durch die Konsumvereine der Fall. Man schiele nach oben in den Gemeinden, wenn es gelte, ein Unrecht zu beseitigen. Es sei ein Ausfluß der sogenannten Mittelstandsrettung. Man beseitige ein Unrecht nur, wenn man einen Wink von oben bekäme und nicht, wenn von unten solches angestrebt werde.

Sodann erklärt sich der Verbandstag mit der Anstellung des Geschäftsführers Gottschalk als Verbandsrevisor im Nebenamt dem Antrag gemäß einverstanden.

Hierauf erstattet zuerst Sekretär Hirschnitz Bericht über die Tätigkeit des Sekretariats. An Ausgängen sind 1800 zu verzeichnen. Er ist 116 Tage auf Reisen gewesen, so daß der Verbandsvorsitzende einen Teil der Sekretariatsarbeiten mit ausführen mußte. Die verspätete Anfertigung der Statistik habe eine gründliche Besprechung nicht zugelassen. Die Statistik sei aber ein wichtiger Faktor des Genossenschaftswesens. Er weist auf eine Untersuchung der Steuerfrage, der Mitgliederbewegung und der Lieferantengeschäfte hin. Es sei darum eine pünktliche Ablieferung der Fragebogen notwendig. Im allgemeinen ließe sich sagen, daß die erteilten Ratschläge beachtet worden sind. Es gebe aber auch Vereine, die die Ratschläge nicht beachteten. Es sollte immer bedacht werden, daß die Ratschläge immer im Interesse des Genossenschaftswesens gegeben würden. 87 Revisionen haben stattgefunden, darunter drei außergewöhnliche. In einigen Vereinen führte die Revision zu dem Rate, die Vereine aufzulösen. Man rechnete Erübrigungen heraus, die nicht vorhanden waren.

Arnold-Leipzig ergänzt hierauf den Bericht mit der Schilderung von stattgefundenen Revisionen einer Reihe von Konsumvereinen. Er habe in einem Falle die Buchführung in Ordnung gebracht und die Wahrnehmung gemacht, daß der Aufsichtsrat über den Vorstand hinweg die Dividende höher angesetzt habe.

Spehr-Wehrsdorf wünscht, daß der wertvolle Bericht des Sekretärs Hirschnitz festgelegt wird.

Der Vorsitzende sagt das zu, außerdem würde auch die Genossenschaftliche Rundschau sich der Aufgabe widmen.

Sodann nimmt Generalsekretär Kaufmann das Wort zu seinem Vortrag:

a) Die Stellung der Konsumgenossenschaften zu den Erzeugnissen der Heimarbeit, Hausindustrie und Strafanstalten;

b) die Anerkennung der Gewerkschaften und deren Tarife; Stellungnahme zu Neugründungen industrieller Arbeitsgenossenschaften.

Hierzu liegen folgende gemeinschaftlichen Anträge des Vorstandes und Ausschusses des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zum siebenten ordentlichen Konsumgenossenschaftstag in München vor:

Der siebente ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vom 13. bis 15. Juni erklärt seine Zustimmung zu folgenden mit der Generalkommission der Gewerkschaften vereinbarten Beschlüssen:

### 1. Hausindustrie und Heimarbeit.

„Hausindustrie und Heimarbeit erweisen sich sowohl in ihrer alten wie in ihrer neuen Form als eine überaus rückständige Betriebsweise. Ihre Kennzeichen sind: lange Arbeitsdauer, niedrige Löhne, Ausbeutung der Kinder und ungesunde Arbeits- und Wohnräume, wodurch die Arbeiterklasse wirtschaftlich und gesundheitlich schwer geschädigt wird. Die ungeeigneten Arbeitsstätten und der schlechte Gesundheitszustand der Heimarbeiter machen die Heimarbeit zu einem furchtbaren Herd aller Infektionskrankheiten, wodurch eine hohe Gefahr für alle Konsumenten von Heimarbeitsprodukten sowie für die gesamte Bevölkerung entsteht. Im Interesse aller Beteiligten erscheint es daher geboten, der Heimarbeit möglichst den Boden zu entziehen und ihren Uebergang zur geregelten Betriebsarbeit in gesunden Arbeitsstätten zu fördern. Soweit der genossenschaftliche Zusammenschluß der Heimarbeiter und Hausindustriellen diesen Erfolg verspricht, ist er zu unterstützen.

Soweit die Herstellung der Nahrungs- und Genußmittel durch die Hausindustrie in Frage kommt, sind generell die hausindustriellen Produkte von der Bedarfsbefriedigung der organisierten Konsumenten auszuschließen. Im übrigen ist über geeignete Maßnahmen zur Abhilfe von Mißständen und zur Reform der Heimarbeit von Fall zu Fall zu beschließen.

Ueber Einleitung geeigneter Maßnahmen hat das Sekretariat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zu beraten. Es soll durch diese beiden Körperschaften für ständige Aufklärung in Arbeiter- und Genossenschaftskreisen über die Schäden der Heimarbeit gesorgt, es sollen die Verwaltungen der Konsumvereine vor nachteiligen Bezugsquellen gewarnt und in der Erschließung geeigneter Bezugsquellen unterstützt werden."

### 2. Strafanstaltserzeugnisse.

„1. Es kann nicht bestritten werden, daß die Strafanstaltsarbeit in ihrer heutigen Organisation, anstatt die Strafgefangenen in Lehrwerkstätten mit moderner Technik und fortgeschrittenen Arbeitsmethoden zu beschäftigen, fast nur auf die körperliche und geistige Ausnutzung der Arbeitskräfte bedacht ist. Die Arbeitskraft der Gefangenen wird meistens zu einem niedrigen Preise an Privatunternehmer verkauft, die mit Hilfe dieser billigen Arbeitskraft minderwertige und billige Produkte herstellen, durch deren Vertrieb die reelle Warenverteilung, die Konsumenten und die freien Arbeiter gleichermaßen geschädigt werden. Daher erscheint die Ausschaltung solcher Strafanstaltserzeugnisse vom freien Wettbewerbe und der Uebergang der Produktion in Strafanstalten zur Herstellung des Bedarfs öffentlicher Anstalten und kommunaler oder staatlicher Verwaltungen in eigener Regie sowohl im Interesse der freien Arbeiter als auch des organisierten Konsums dringend geboten.

Es wird deshalb den Gewerkschaften und Konsumvereinen dringend empfohlen, nach besten Kräften gemeinsam auf den Ausschluß von Strafanstaltserzeugnissen hinzuwirken.

2. Die Vorstände der Konsumvereine werden ersucht, bei ihren Wareneinkäufen und Bestellungen keine Artikel zu kaufen, die ganz oder teilweise in Strafanstalten angefertigt sind, und Firmen, die in solchen Anstalten herstellen lassen oder Strafanstaltserzeugnisse in Vertrieb bringen, bei Einkäufen oder Bestellungen nicht mehr zu berücksichtigen.

Die Gewerkschaften verpflichten sich, die Konsumvereine in diesem Bestreben durch Namhaftmachung solcher Firmen zu unterstützen.

3. Von der Gewerkschafts- und Genossenschaftspresse wird erwartet, daß sie die Mitgliederkreise und das Publikum über die Schäden des freien Wettbewerbes der Strafanstaltsarbeit aufklären.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft und die Mitglieder der Konsumvereine werden in ihrem eigenen Interesse dringend ersucht, bei allen Einkäufen, wo es auch sei, Strafanstaltserzeugnisse stets zurückzuweisen."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100531/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

### 3. Anerkennung der Gewerkschaften und deren mit Unternehmerorganisationen vereinbarten Tarife.

„Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine verpflichtet sich, den Konsumvereinen zu empfehlen, daß bei Lieferungsaufträgen sowie bei Vergebung von Arbeiten der Vereine solche Firmen Berücksichtigung finden, welche die Gewerkschaften und die von diesen mit den Arbeitgebern abgeschlossenen Tarife und Vereinbarungen anerkennen.

Soweit schriftliche Werkverträge über die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen in Frage kommen, wird den Genossenschaften empfohlen, in diese Kontrakte eine Klausel aufzunehmen, wonach der Unternehmer verpflichtet ist, die Gewerkschaft und die zwischen dieser und den Arbeitgebern abgeschlossenen Tarife und Vereinbarungen anzuerkennen."

### 4. Genossenschaftliche Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder.

„Der Gewerkschaftskongreß zu Hamburg 1908 verweist die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen erneut auf den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses (1905), die Genossenschaftsbewegung in Deutschland durch ihren Beitritt zu den Konsumvereinen, durch Propagierung der genossenschaftlichen Ideen auf's tatkräftigste zu unterstützen.

Der Kongreß erachtet die Gewerkschaften für verpflichtet, durch genossenschaftlich-aufklärende Vorträge in den Filialen und durch geeignete Artikel und Hinweise in ihrer Fachpresse sowie durch Druckanschläge in ihren Bureaus und Sitzungsräumen die Werbetätigkeit der Konsumvereine nachhaltigst zu unterstützen.

Auf Antrag der Konsumvereine ihres Bezirkes sind die örtlichen Gewerkschaftskartelle verpflichtet, aus Gewerkschaftern und von den Konsumvereinen bestimmten Genossenschaftern zu gleichen Teilen bestehende Kommissionen einzusetzen, die geeignete Maßnahmen zur Förderung der genossenschaftlichen Propaganda in die Wege zu leiten haben. Die Gewerkschaftskartelle können außerdem für Vorträge und Druckanschläge sorgen. Spezialerhebungen über das genossenschaftliche Organisationsverhältnis der Gewerkschaftsmitglieder und über die Gründe des Fernbleibens der letzteren von Genossenschaften pflegen und für geeignete Publikationen am Orte wirken."

### 5. Die Errichtung industrieller Arbeitsgenossenschaften.

„Es wird anerkannt, daß nach dem Grundsatze der Produktion für den organisierten Konsum die über den örtlichen Rahmen hinausgehende Eigenproduktion für die Konsumvereine eine Aufgabe der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und — soweit bedruckte und unbedruckte Papierwaren und Papiere in Frage kommen — der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ist. Die Errichtung besonderer Produktivgenossenschaften kann daher nur gutgeheißen werden, wenn es sich handelt

1. um Vereinigungen von Genossenschaften eines Bezirkes zur gemeinsamen Produktion bezw. zur Umwandlung einer Arbeitsgenossenschaft in eine Produktivgenossenschaft, deren Mitglieder die Genossenschaften sind;
2. um industrielle Arbeitsgenossenschaften (sogenannte Arbeiterproduktivgenossenschaften) durch eine Gruppe von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, wie solche häufig nach erfolglosen Streiks vorkommen;

und wenn deren Errichtung im Einverständnis mit dem Vorstande des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine sowie der zuständigen Gewerkschaftsleitung erfolgt.

Arbeiterproduktivgenossenschaften, die ohne dieses Einverständnis gegründet werden, sind lediglich als Privatunternehmungen zu erachten und können keinen Anspruch auf geschäftliche Verbindung mit den Konsumvereinen des Zentralverbandes erheben.

Die Generalkommission und die zuständigen Gewerkschaftsvorstände verpflichten sich, ihre Mitglieder darüber aufzuklären, daß die Errichtung von industriellen Arbeitsgenossenschaften eine große wirtschaftliche Gefahr für die beteiligten Arbeiter bringen kann und nur dann einige Aussicht auf Erfolg gewährt, wenn alle hierfür notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind, das heißt, wenn einerseits für eine fachmännische Leitung und ausreichendes Betriebskapital gesorgt und andrerseits der Anschluß an den organisierten Konsum gesichert ist. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so ist von der Errichtung neuer industrieller Arbeitsgenossenschaften dringend abzuraten.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und die Genossenschaften dagegen verpflichten sich, ebenfalls nur dann, wenn die obenerwähnten Voraussetzungen erfüllt sind, mit neuerrichteten industriellen Arbeitsgenossenschaften in Geschäftsverkehr zu treten. Ebenso verpflichten sich die Vorstände der Revisionsverbände, nur unter diesen Voraussetzungen neuerrichtete industrielle Arbeitsgenossenschaften als Mitglieder in ihren Verband aufzunehmen."

Er kann mit Freuden konstatieren, daß die Genossenschaftskongresse und besonders der vom Jahre 1905 in Stuttgart sich auf den Standpunkt gestellt haben, daß zwischen den Konsumvereinen und den Gewerkschaften Verträge gelten sollten. 1907 in Stettin befaßte man sich mit einer Revision des Bäckertarifs und dem Abschluß eines solchen mit den Transportarbeitern. Ein Vertragsentwurf des Lagerhalterverbandes wurde, obschon er vorher von beiden Seiten aufgestellt worden war, von der Generalversammlung abgelehnt. Mit den technischen Angestellten bestehen Tarife, mit den kaufmännisch Angestellten nicht. Es sei nicht unmöglich, daß einmal die Möglichkeit des Abschlusses eines Reichstarifes gegeben sei. Aber das liege noch in weitem Felde. In Düsseldorf sei eine Resolution beschlossen worden mit einem Nachsatz, in dem gesagt war, daß die Genossenschaften in ihren Leistungen nicht weit über die Leistungen eines privaten Betriebes hinausgehen können. Das habe eine rege Diskussion hervorgerufen. Die vorliegenden Resolutionen 1, 2, 3, 4 sind mit der Generalkommission der Gewerkschaften vereinbart. Die fünfte Resolution ist von dem Zentralverband selbständig aufgestellt worden. Die Verhandlungen mit der Generalkommission haben ergeben, daß man die Genossenschaften als gleichberechtigt mit den Gewerkschaften betrachte. Auf dieser Grundlage nur war eine Verständigung möglich.

Kaufmann nimmt nun Stellung zur Resolution 1. Er gibt eine Schilderung der wirtschaftlichen Entwicklung, besonders der Hausindustrie zur Heimarbeit. Zur Heimarbeit stellte sich die Zentralisation zur Großindustrie in scharfe Konkurrenz. In dem Jahre 1889 wurden in der Textilindustrie in der Hausindustrie sechs Prozent der gewerblich tätigen Arbeiter beschäftigt, im Jahre 1895 zwei Prozent und 1907 ein Prozent. Die Zahl der männlichen Arbeiter ist von 105 000 auf 58 000 in dieser Industrie zurückgegangen. Die weiblichen Arbeiter sind fast gar nicht zurückgegangen. Die Großindustrie kann nur vollwertige Arbeitskräfte gebrauchen. Die Zahl der werdenden Arbeiter sei viel größer. In der Konfektionsindustrie ist ebenfalls ein Rückgang in der Heimarbeit eingetreten. Von den gewerblich beschäftigten Arbeitern waren in der Hausindustrie 1882: 1,77, 1895: 1,57 und 1907: 1,14 Prozent beschäftigt. Es wird voraussichtlich auch noch ein weiterer Rückgang eintreten. Als Konsumenten haben wir die Pflicht, weil sie gesundheitlich gefährdet, der Heimarbeit entgegenzutreten. Unsere Unterstützung müssen wir ablehnen, wo die Heimarbeit als abschreckendes Beispiel besteht. Die Genossenschaften müßten zur Bekämpfung der Schäden in der Heimarbeit gemeinschaftliche Einkäufe veranstalten und dann zum gemeinschaftlichen Verkauf übergehen. Der Referent wendet sich sodann der Heimarbeit in der Nahrungsmittelindustrie zu. Es müsse ein unbedingtes Verbot für diese Heimarbeit ergehen. Vor allen Dingen sei Aufklärung über die Schäden der Heimarbeit notwendig. Hier müssen die Gewerkschaften mitarbeiten. Der Großeinkaufsgenossenschaft sei es möglich, Quellen für Material ausfindig zu machen.

Die zweite Resolution dürfe ebenfalls wohl auf allgemeine Annahme rechnen, da die organisierten Arbeiter Gegner der Herstellung von Strafanstaltsarbeiten sind. Es dürfe nicht an unermüdlicher Aufklärung auch hier fehlen. Man solle nicht solchen Schmutzartikeln nachlaufen.

Die dritte Resolution behandele Dinge, die selbstverständlich seien. Die Konsumvereine müssen den Behörden mit gutem Beispiel vorangehen. Die Tarife müssen bei den öffentlichen Behörden Berücksichtigung finden. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse auf dem Wege des Tarifes nehme allgemein zu. Die Konsumvereine sollen bei der Vergebung ihrer Arbeiten auf diese Tarife sehen. Bei Vergebung von Bauten solle man die Tarifklausel in den Vertrag aufnehmen. Die Unternehmer müßten die Klausel anerkennen.

Ueber die vierte Resolution sei es eigentlich nicht Sache der Genossenschaften zu bestimmen. Aber es müsse ausgesprochen werden, daß die Gewerkschaften sich dankbar für die Tätigkeit der Genossenschaften erweisen müßten. Die Resolution sei insofern abzuändern, als es sich nicht mehr um den Gewerkschaftskongreß im Jahre 1908 handelt. Der Kongreß sei überholt. Man habe die Resolution aber noch so bestehen lassen. Es müsse verlangt werden, daß die örtliche Gewerkschaftsbewegung die Agitation für die Genossenschaften nicht über den Kopf der letzteren übe. Man solle es sich im eventuellen Falle versagen, bei vorgekommenen Fehlern in der Presse öffentlich anzugreifen. Der Referent bittet, ihm im gegebenen Falle Mitteilung zu machen. Er hoffe, daß sich eine gütliche Beilegung ermöglichen lasse.

Die fünfte Resolution ist auf Anregung des Zentralverbandes zustande gekommen. Der Grundsatz der konsumgenossenschaftlichen Organisationen sei, die Produktion selbst in die Hand zu nehmen. In der Nahrungs- und Genußmittelindustrie könne man örtlich wirken. In der Großindustrie könne nur die Großeinkaufsgenossenschaft die Eigenproduktion verwirklichen, weil sie auf der Höhe der modernen Zeit stehe. Das müsse von den Gewerkschaften anerkannt werden. Man müsse sich gegen die Gründung von Produktivgenossenschaften wenden. Man könne die Zustimmung nur geben, wo die Vorbedingungen gegeben seien. In den meisten Fällen entwickeln sich die Produktivgenossenschaften aus kleinen Anfängen. Es müsse aber auch noch die Gewähr gegeben sein, daß die Gewerkschaften dauernd Kontrolle ausüben. Sehr oft verlieren die Gewerkschaften auch noch ihr Geld. Den unsinnigen Gründungen von Genossenschaften müsse vorgebeugt werden, weil ein Zusammenbruch der Produktivgenossenschaften von den Feinden der konsumgenossenschaftlichen Bestrebungen ausgenutzt werde. Darum müsse ihnen entgegengewirkt werden.

Die Resolution soll nun zur Annahme dem Konsumgenossenschaftstag in München unterbreitet werden, um ein Stück Arbeit im Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften zum Abschluß zu bringen. Genossenschaften und Gewerkschaften müssen zusammen arbeiten.

Reinhold-Plauen verbreitet sich über die mangelhafte Ausarbeitung der Geschäftsberichte der Produktivgenossenschaften. Er wünscht, daß die Produktivgenossenschaften dem Rechnung tragen.

Es erfolgt nunmehr die einstimmige Annahme der vorliegenden Resolutionen.

Ueber die Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine und ihre Vorteile für die Konsumgenossenschaften referiert sodann der Revisor der Großeinkaufsgesellschaft Sparr-Hamburg. Er erklärt den Begriff Bank. Wiederholt bei der Großeinkaufsgesellschaft gestellte Verlangen nach Darlehen ließen den Gedanken der Errichtung einer Bank aufkommen. Der Kongreß 1908 in Eisenach gab einstimmig seine Zustimmung zur Gründung der Bank. Im Jahre 1909 nahm sie ihre Tätigkeit auf. In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres haben sich die Verhältnisse in erfreulichem Maße weiter entwickelt. Aus Sachsen haben 36 Vereine Girokonto bei der Bank angelegt. Der Referent bemerkt, daß, wie aus den statistischen Angaben zu ersehen ist, die Beteiligung noch sehr zu wünschen übrig läßt. Es solle für eine eifrige Propaganda zum Anschluß an die Bank aufgefordert werden. Der Referent gibt nunmehr Aufklärungen über die Verzinsung und den geschäftlichen Verkehr der Bank. An der Hand der Zahlkarten können die Konsumvereine ihre Beträge der Bank überweisen, so daß kein Konsumverein große Summen liegen zu lassen braucht. Auf jede Zahlkarte können bis zu 10 000 M. der Bank kostenlos übersandt werden. Die durch die Schecksteuer der Bank aufgebürdete Last kann die Bank nicht tragen, sie muß von den Einlegern getragen werden. Die Aufrechnung der einzelnen Einlegerguthaben erfolgt wöchentlich und zum Schluß des Quartals. Dadurch, daß die Vereine ihr Geld der Bank überweisen, kann bedürftigen Vereinen geholfen werden. Das können Privatbanken nicht erfüllen. Die Bank erteilt kostenlos Auskunft in allen Bankangelegenheiten. Der Zentralverband und die Großeinkaufsgenossenschaft haben die Bank für sämtliche Transaktionen in Anspruch genommen. Dasselbe sollen alle Vereine zum Nutzen und Segen des Genossenschaftswesens tun.

Von der Vorlegung der Verbandsabrechnung wird, da sie gedruckt im Geschäftsbericht vorliegt, abgesehen und diese auf Antrag richtig gesprochen.

Dem gedruckt vorliegenden Voranschlag für das Jahr 1911 wird zugestimmt.

Es erfolgen die Wahlen. Als Verbandsvorstand wird Radestock-Dresden als erster Vorsitzender, als erster Stellvertreter wird Barthel-Löbtau und als zweiter Stellvertreter Teßner-Potschappel wiedergewählt.

Die drei bisherigen Aufsichtsratsmitglieder Haubold-Chemnitz, Preißner-Leipzig-Plagwitz und Rohleder-Elsterberg werden ebenfalls einstimmig wiedergewählt.

Hierauf nimmt man die Auslosung der Vereine zur Beschickung des Genossenschaftstages in München vor. Ausgelost werden folgende Vereine: Brandis, Grünhainichen, Heidersdorf, Johanngeorgenstadt, Löhnitz, Mügeln, Neugersdorf, Oederan, Schwarzenberg, Sohland, Wittgensdorf, Zschopau, Oppendorf (Schuhfabrik), Limbach (Spar- und Bauverein), Seifhennersdorf. Als Ersatz wurden bestimmt: Burkhardtsdorf, Gornsdorf und Lengefeld.

Als Ort für den nächsten Verbandstag wird Glauchau bestimmt. Der Konsumverein feiert im nächsten Jahre sein fünfzigjähriges Bestehen. Aus dem Grunde wird die Einladung von dort angenommen.

Der Vorsitzende Radestock schließt um 2½ Uhr den Verbandstag, indem er einen kurzen Ueberblick über die stattgefundenen Beratungen gibt, und wünscht, daß die Beratungen zum Nutzen und zur Fortentwicklung des Genossenschaftswesens wirken mögen.

Die Delegierten unternehmen noch einen Ausflug nach dem idyllisch gelegenen Cybin.

# Neues aus aller Welt.

## Aviatik.

**Frankfurt a. M.**, 29. Mai. Der Frankfurter Aviatiker August Euler führte auf dem Truppenübungsplatz Darmstadt einen Dauerflug aus, mit dem ein Ueberlandflug verbunden war, und blieb eine Stunde und anderthalb Minuten in der Luft. Euler flog in einer durchschnittlichen Höhe von 80 Metern und erreichte bei seinem Ueberlandflug, wobei er die Ortschaften Griesheim, Klein-Gerau, Groß-Gerau und Eschollbrücken überflog, Höhen von 250—300 Metern. Die gesamte durchflogene Entfernung beträgt etwa 112 Kilometer. Der Flug wurde mit einer neuen Euler-Flugmaschine ausgeführt, die wesentliche Aenderungen gegen den bisherigen Eulertyp aufweist. Die Maschine hat voneinander unabhängige Höhen-, Seiten- und Schräglagensteuer, die sämtlich mit einem Handgriff zusammen betätigt werden können. Die Schräglagensteuerung erfolgt durch von den Hauptflächen unabhängige Schlagflügel. Die inneren Seitenstabilisierungswände sind in Fortfall gekommen. Die ganze Maschine ist viel kleiner und niedriger als die bisherigen Eulerschen Flugmaschinen.

**Paris**, 29. Mai. Der Aviatiker Duboffet, der in der Ebene von Travel Flugversuche unternahm, stürzte plötzlich aus einer Höhe von 40 Metern ab, erlitt jedoch nur unbedeutende Verletzungen, dagegen wurde der Flugapparat vollständig vernichtet.

**Neuyork**, 29. Mai. Der Aviatiker Curtiß hat den von der Neuyork World gestifteten Preis von 10 000 Dollar gewonnen. Er startete morgens 7 Uhr in Albanien, landete 10 Uhr 40 Minuten an dem oberen Teile von Manhattan-Island, um seinen Petroleumvorrat zu ergänzen, stieg 11 Uhr 35 Minuten wieder auf und flog bis Governor-Island.

**Kassel**, 30. Mai. Auf der Wilhelm [illegible] in dem benachbarten Niedervellmar stürzten zwei [illegible] die Differenzen mit dem Ziegelmeister Nietsche heraus, in [illegible] Wohnung. Nietsche griff zur Waffe und schoß [illegible] von den Arbeitern nieder. Einer der Verwundeten ist in der Nacht im Krankenhaus gestorben. Die beteiligten Arbeiter wurden verhaftet.

**München**, 30. Mai. In Zapfendorf in Oberbayern [illegible] ein blinder Passagier aus dem Hofer Schnellzuge ins Stationsgebäude geführt. Während der Stationsvorsteher noch telefonierte, den Bahnsteig heraustrat, plünderte der Gauner die Stationskasse und wurde gerade noch gefaßt, als er mit der Beute verschwinden wollte.

**Bern**, 30. Mai. Der Finanzdirektor des waadtländischen Städtchens Yverdon, der Notar Constant Pachoud, ist spurlos verschwunden. Die städtischen Gelder sollen unberührt sein, dagegen ergibt sich in Pachouds Sachwaltergeschäft ein Fehlbetrag von über einer halben Million. Es heißt, Pachoud ist [illegible] Opfer des Börsenspiels und habe Selbstmord verübt.

**Zürich**, 30. Mai. In Horgen am Züricher See sind 50 Personen an Vergiftungserscheinungen erkrankt, die auf den Genuß von verdorbenem Schweinefleisch zurückgeführt werden. Ein 60jähriger Färber ist bereits gestorben.

**Neapel**, 30. Mai. Bei Wiederherstellungsarbeiten an einem baufälligen Hause stürzte in der Portierwohnung der Fußboden ein. Drei Frauen und zwei Kinder wurden von den Trümmern mitgerissen und unter ihnen begraben. Es besteht wenig Hoffnung, sie zu retten.

**Budapest**, 30. Mai. In dem rumänischen Orte Dirovitze in der Nähe der russischen Grenze fanden große Ausschreitungen gegen jüdische Händler statt, die auf dem Kirchweihmarkt ihre Waren feilboten. Gegen abend fing das Publikum an, Händler auszurauben. Die Juden setzten sich zur Wehr und es kam zu einer wüsten Schlägerei, in deren Verlauf vier Juden getötet und 21 verwundet wurden. Die Polizei schritt ein und nahm die Täter fest.

**Sofia**, 30. Mai. Die Untersuchung in der bekannten großen Banknotenfälschungsaffäre, in der ungefähr gegen zwei Millionen Frank Banknoten gefälscht wurden, hat ergeben, daß auch die Detektivs der bulgarischen Polizeiämter sich schwer gemacht haben und peinlich in diese Affäre verwickelt sind. Mehrere Polizeidetektivs sind aufs schwerste kompromitiert.

### Schwester Candida.

**Paris**, 29. Mai. In der Angelegenheit der wegen Brandstiftung verhafteten Schwester Candida erfolgten längere Verhöre und Konfrontationen mit den benachbarten Juwelenhändlern. Ein Teil der aufgefundenen Juwelen ist den Geschädigten wieder zugestellt worden. Die betreffenden Juweliere haben sich nunmehr zu einem Konsortium vereinigt, um die Angelegenheit zu liquidieren. Die Liquidatoren werden demnächst vom Untersuchungsrichter ernannt werden.

### Ein Millionär über Millionäre.

ak. Neben jenen, die sich „von Gott berufen" fühlen, das wirtschaftliche Leben der Völker zu beherrschen und auszunützen, nicht gelegentlich auch solche Millionäre, die über Ursprung und Entwicklung ihrer sozialen Machtstellung die schlichte Wahrheit sagen. Hat jüngst ein amerikanischer Großkapitalist das Kindermärchen von den durch Fleiß und Sparsamkeit erworbenen Millionen auf seinen Wert zurückgeführt, so äußerte sich noch viel drastischer in einer vor kurzem gehaltenen Ansprache der Millionär Joseph Fels. Er erklärte, „Carnegie, Rockefeller, Morgan und andere „Industriefeldherren" seien Räuber, und ihre Millionen sind übel erworbener Gewinn. In einer Zeit wie heute, unter dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem können wir nicht reich werden, wenn wir nicht das Volk bestehlen. Ich selbst habe mein Geld auf diese Weise gemacht und meine Kinder tut es noch. Sie alle tun es. Jeder von uns „selbstgemachten" Millionären hat es getan. Indessen habe ich angefangen, mich zu wissen zu spüren und ich gehe daran, meinen Raub — ich nenne es, was es ist — zur Beseitigung des verfluchten Systems zu verwenden, das ihn möglich gemacht hat. Wenn irgendeiner von euch Millionären dasselbe fühlt wie ich, dann lasset uns in Gottes Namen Hand in Hand arbeiten. Ich mag ein Sonderling sein. Es ist seltsam, einen Mann zu finden, der nach fünfzigjähriger Monopolsammlung [illegible] zugibt und sein Herz wandelt. Aber ich bin aufrichtig. Ich glaube nicht an die Wohltätigkeitsanstalten. Es sind Agenten der Volksverarmung. Ich bin auch kein „Menschenfreund". Ich habe nicht im Sinn, gemeinnützige Einrichtungen zu fördern, wie hoch man sie auch gemeinhin einschätzen mag. Rockefeller und andere Millionäre haben ihren Reichtum aufgehäuft durch Ausnützung ungerechter Gesetze, insbesondere unter dem Schutzzollsystem. Mit Hilfe dieser Gesetze habe auch ich das Publikum geplündert und tue es noch. Ich bin für diese Gesetze nicht verantwortlich. Aber ich bin entschlossen, was ich nun kann, zu ihrer Aenderung beizutragen."

Man kann nun neugierig sein, was der offenherzige Mann in Konsequenz seiner Selbsterkenntnis tun wird.

**Gegen Darmkatarrhe und Brechdurchfälle kann man** die Säuglinge schützen durch die Ernährung mit „Aufeke" und Milch, weil im Magen gut verdaut werden und im Darm weniger leicht [illegible] Gärung kommen wie die Kuhmilch allein.

**Für unsere geehrten Abonnenten** im Plauenschen Grund liegt der heutigen Auflage ein Prospekt des **Kaufhauses Eckstein** bei, auf den wir hierdurch noch besonders hinweisen.

Georg Gradnauer

**Verfassungswesen und Verfassungskämpfe in Deutschland.**

Inhalt:

1. Kapitel: Die Entstehung des Reiches.
2. „ Das Reich und die Staaten.
3. „ Kaiser und Kanzler.
4. „ Der Bundesrat.
5. „ Der Reichstag.
6. „ Die Verwaltung des Reiches.
7. „ Einzelstaaten — Reichsland — Kolonien.
8. „ Neue Verfassungskämpfe.

Preis gebunden 3 Mark.

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Dresden, Gr. Zwingerstr.

# 2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 122. | Dresden, Dienstag den 31. Mai 1910. | 21. Jahrgang.


## 12. Generalversammlung der Schmiede.

k. München, 27. Mai.

Vierter Verhandlungstag.

Den Bericht der Redaktion gibt Redakteur Wiechmann-Hamburg, der die Haltung der Schmiedezeitung zum Strebelwerkstreik in Mannheim verteidigt. Was er geschrieben habe, dazu habe er im Interesse des Verbandes verpflichtet gewesen zu sein.

Der Berichterstatter der Preßkommission, Behnke-Hamburg, betont, daß die Kommission im allgemeinen mit der Haltung des Verbandsorgans einverstanden gewesen sei. Aber nicht mit dem, was der Redakteur über den Streik im Strebelwerk geschrieben habe. Es nicht weniger als zehn Nummern der Schmiedezeitung sei zu diesem Streik Stellung genommen und die Haltung des Metallarbeiterverbandes kritisiert worden. Das sei des Guten zu viel gewesen.

In der Debatte über den Redaktionsbericht wird die Haltung der Redaktion zum Strebelwerk zum Teil als berechtigt anerkannt, teils auch kritisiert.

Die Berichte von den Gewerkschaftskongressen in Hamburg und Berlin geben Heine-Leipzig und Ritter-Mannheim.

Zur Bauarbeiteraussperrung wurde einstimmig eine Sympathieresolution angenommen.

Zum Punkt

**Gewerkschaftliche Taktik**

referierte Verbandsvorsitzender Lange-Hamburg. Seine Ausführungen gipfeln in einer Resolution, die einstimmige Annahme fand und in der es heißt:

„1. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen des gesamten Schmiedegewerbes bedürfen einer dringenden Verbesserung.

2. Tarifliche Regelungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch kollektive Verträge der beiderseitigen Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber sind empfehlenswert und für unser Gewerbe als durchführbar anzusehen.

3. Die Dauer der Arbeitszeit ist wegen der schweren physischen Arbeit zu verkürzen und auf acht Stunden herabzusetzen.

4. Die Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung reichen nicht aus, um wirksam das Leben und die Gesundheit der Arbeiter zu schützen. Dies gilt besonders von der am 1. Januar 1910 in Kraft getretenen Verordnung betr. den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie. Diese Verordnung ist nicht geeignet, eine Beseitigung oder Einschränkung der Ueberarbeit und Ueberschichten herbeizuführen.

5. Desgleichen ist zu fordern: Heranziehung von sachkundigen Beisitzern zur Ueberwachung der Arbeiterschutzbestimmungen und Unfallverhütungen.

6. Ausgehend von diesem Grundsatze, beschließt die Generalversammlung, durch gewerkschaftliche Eingaben an Behörden, Parlamente usw dahin wirken zu wollen, daß bessere moderne Verhältnisse geschaffen werden."

Den Bericht der Kommission in der Verschmelzungsfrage gibt Siering-Berlin. Die Kommission glaube, den Weg gefunden zu haben, der zu einer Verständigung führe. Sie empfiehlt nachfolgende Resolution vor, um deren einstimmige Annahme sie bittet:

„Die 12. Generalversammlung nimmt Stellung zu den Vorschlägen des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiterverbandes und erklärt, diesen Vorschlägen nicht zustimmen zu können. Dagegen erklärt sich die Generalversammlung im Prinzip für eine Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband, um dem Bestreben zur Schaffung einer Einheitsorganisation Rechnung zu tragen.

Der Zentralvorstand, in Verbindung mit dem Vorsitzenden des Ausschusses, wird ermächtigt, mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes in erneute Verhandlungen einzutreten. Die Generalversammlung erwartet, daß der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes bei diesen Verhandlungen der besonderen Lage der Schmiede durch Einräumung besonderer Rechte Rechnung tragen wird.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist zunächst der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes vorzulegen. Hat sie ihre Zustimmung zu den Vereinbarungen gegeben, wird das Ergebnis den Mitgliedern des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen zu einer Urabstimmung vorgelegt.

Die Vereinbarung gilt als angenommen, wenn die Mitgliedschaft mit Dreifünftel-Majorität derselben zustimmt.

Ist die Verschmelzung durch die Urabstimmung beschlossen, so sind die endgültigen Formalitäten durch einen außerordentlichen Verbandstag zu erledigen."

Bei der Abstimmung werden zunächst die Anträge, die eine Verschmelzung auf Grund der Vorschläge des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes verlangen, mit 20 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Die Resolution der Kommission wird dann mit 30 Stimmen bei einigen Enthaltungen angenommen. Damit ist die Verschmelzungsfrage erledigt.

Die Verhandlungen werden vertagt.

Fünfter Verhandlungstag.

Ueber die Revision des Verbandsstatuts referierte Kamps-Hamburg. Eine Stärkung der Kassenverhältnisse sei unbedingt nötig. Man gehe Kämpfen entgegen und diesen stände der Verband nur dann gewappnet gegenüber, wenn ein größerer Kampffonds geschaffen werde. Der Vorstand schlage vor, die Beiträge um 5 Pf. zu erhöhen und eine kleine Einschränkung der Kranken- und Reisegunterstützung vorzunehmen. Die Bezugsdauer solle bei sämtlichen Unterstützungen nur 60 Tage betragen.

In der sich hier anschließenden Debatte treten einzelne Redner für die Beitragserhöhung ein, andere bekämpfen sie, da sie einen Mitgliederschwund befürchten. Beschlossen wird, die Beiträge um 5 Pf. zu erhöhen.

Am Statut und den Reglements wird eine Reihe meist unwesentlicher Aenderungen vorgenommen.

Das geänderte Statut und die Reglements werden dann en bloc angenommen. Das neue Statut tritt am 1. Juli 1910 in Kraft.

Zum Internationalen Kongreß in Kopenhagen werden Badner-Berlin und Kamps-Hamburg und zum Internationalen Metallarbeiterkongreß Lange-Hamburg und Siering-Berlin delegiert.

Bei den Wahlen wird der alte Vorstand wiedergewählt, ebenso der Redakteur Wiechmann und die Gauleiter. Der Sitz des Vorstandes bleibt in Hamburg, der des Ausschusses in Berlin. Geschäftsführer des Ausschusses bleibt Badner-Berlin.

Am Schlusse der Tagung bringt Schelter-Bremen eine Resolution ein, in der ausgesprochen wird, daß die Generalversammlung, da die Verschmelzung im Prinzip beschlossen wurde, vom Vorstand des Metallarbeiterverbandes erwartet, daß er etwaige Ueberbitte von Mitgliedern des Schmiedeverbandes bis zur endgültigen Regelung der Uebertrittsbedingungen zurückweist. Der Vorstand wird beauftragt, nach dieser Richtung hin mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes Rücksprache zu nehmen.

Die Resolution findet Annahme.

Die Tagesordnung der Generalversammlung ist damit erledigt.

Die nächste Generalversammlung soll 1912 in Düsseldorf stattfinden.

## Vierter Verbandstag des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.

k. r., Eisenach, 29. Mai.

Sechster Verhandlungstag.

Die Abstimmung über die zur Agitation und Organisation gestellten Anträge ergibt die Annahme der vorgeschlagenen Beitragsregulierung.

Alle Streikunterstützung soll vom vierten Tage an gezahlt werden. Die wöchentliche Unterstützung soll betragen für einen Wochenbeitrag von 30 Pf. 7,50 M. und für jedes Kind unter 14 Jahren 75 Pf. 40 Pf. 9 M. und Kind 1 M., 50 Pf. 11 M. und Kind 1 M., 60 Pf. 13,50 M. und Kind 1 M. Weibliche Mitglieder erhalten pro Woche 6 M. und für jedes Kind 80 Pf. Diese Beschlüsse sollen bereits am 1. Juni d. J. in Kraft treten, alle anderen Beschlüsse erst am 1. Januar 1911.

Im weiteren wird der Vorstand beauftragt, einen Kartellvertrag mit dem Maurer- bezw. Bauarbeiterverband in die Wege zu leiten. Beschlossen wird, daß die Zugehörigkeit zu zwei gewerkschaftlichen Organisationen nicht zum Doppelbezug der Unterstützung berechtigt.

Der Bezug der Maßregelungsunterstützung wird von 4 auf 6 Wochen verlängert.

Die Unterrichtskurse der Generalkommission sollen auch ferner jährlich von zwei Mitgliedern besucht werden.

Siebold-Leipzig spricht in vorgerückter Stunde über Pflege der Statistik, die er für ein unentbehrliches Hilfsmittel der Gewerkschaften bezeichnet. Er fordert die Delegierten auf, für pünktliche Ausfüllung der Fragebogen Sorge zu tragen.

Auf Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission wird der bisherige besoldete Zentralvorstand wiedergewählt, desgleichen der Ausschußvorsitzende. Damit wird gleichzeitig bestimmt, daß der Sitz des Ausschusses Dresden bleibt.

Das Anfangsgehalt für anzustellende Lokalbeamte soll 1400 M. betragen und während der ersten fünf Jahre um jährlich 100 M. und während der weiteren Tätigkeit jährlich um 50 M. steigen bis zum Höchstgehalt von 2100 M. Durch Beschluß werden die Beamten verpflichtet, sich der Unterstützungs-Vereinigung der modernen Arbeiterbewegung anzuschließen.

Genosse Starke schließt den Verbandstag mit dem Wunsche, daß der Verband sich in der neuen Geschäftsperiode kräftig entwickeln möge zum Wohle seiner Mitglieder.

## Sechster Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

k. Berlin, 28. Mai.

Fünfter Verhandlungstag.

Der größte Teil der Sitzung wird auf die Beratung der zahlreich eingegangenen Statuten-Anträge verwandt. Ein Antrag Berlin und Leipzig, in den einzelnen Ortsverwaltungen Jugendorganisationen ins Leben zu rufen, wird dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Gewerkschaftskongreß soll von der dem Verbande zukommenden Zahl der Vertreter beschickt werden. Die Auswahl der Delegierten wird dem Vorstand und dem Ausschuß überlassen. Zum Internationalen Kongreß in Kopenhagen wird Poetzsch delegiert.

In die Leitung des Verbandes werden Poetzsch als 1. Vorsitzender, Diesing als 2. Vorsitzender und Ströhlinger als Kassierer gewählt.

Nach einer kurzen Schlußrede schließt Poetzsch den Verbandstag mit einem Hoch auf die Organisation.

## 12. Generalversammlung der Bäcker und Konditoren.

k. Berlin, 29. Mai.

Der Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verw. Berufsgenossen Deutschlands hält vom 31. Mai bis 5 Juni hier seine 12. ordentliche Generalversammlung ab. Die Generalversammlung tagt in der Zeit und an dem gleichen Orte, wo vor 25 Jahren in der Sturmperiode des Sozialistengesetzes der Verband der Bäcker Deutschlands gegründet wurde. Diese Tagung ist also von ganz besonderer Bedeutung in der Geschichte des Bäckerverbandes. Mit Stolz kann die Organisation auf den zurückgelegten Weg blicken. Ehemals sah das satte Unternehmertum mit einem Lächeln auf seine Backstubensklaven herniederb und brachte nach Protzenmanier den „Herrn im Hause" zur Geltung. Wie ganz anders ist es heute. Der Verband hat für Tausende Tarifverträge abgeschlossen, den Kost- und Logiszwang beseitigt, auskömmliche Löhne erkämpft, die Arbeitszeit verkürzt, die sechstägige Arbeitswoche zum Teil durchgeführt und überhaupt die Berufskollegen aus dem Sumpf unerhörter Ausbeutung empor zu Menschen erhoben.

Der Vorstand konstatiert in seinem Geschäftsbericht anerkennend, daß bei den schweren wirtschaftlichen Kämpfen, die der Verband zu führen hatte, die Organisation allezeit bereitwilligst Unterstützung und wirksame Hilfe und Solidarität bei der übrigen organisierten Arbeiterschaft gefunden hat. „Die Arbeiter können als Konsumenten unsrer Fabrikate ein gewichtiges Wort in unseren Kämpfen mitreden und auf die Arbeitgeber unserer Berufe einen wirksamen Druck dahin ausüben, daß dieselben schließlich unsern zeitgemäßen Forderungen Entgegenkommen zeigen müssen. Wir sind dessen gewiß, daß wir auch ferner diese Solidarität der organisierten Arbeiterschaft in unsern wirtschaftlichen Kämpfen finden werden, desto energischer müssen wir aber darauf bedacht sein, unsere Organisation immer weiter zu stärken und auszubauen, um sie so immer schlagfertiger in den Lohnkämpfen und leistungsfähiger in bezug auf die den Mitgliedern gewährten Unterstützungen machen zu können."

Die Tagesordnung der Generalversammlung ist sehr reichhaltig. Sie umfaßt 15 Punkte, darunter neben den Berichterstattungen Referate über Lohnbewegungen und Streiks, den Tarifvertrag mit den Konsum- und Genossenschaftsbäckereien, die Krankenversicherung der Berufsangehörigen, die Einführung von Staffelbeiträgen und -Unterstützungen — Punkte, deren Beratung nicht nur bei den Berufsangehörigen Interesse erwecken dürften. Zu den einzelnen Tagesordnungspunkten liegen neben einem Statutenentwurf des Vorstandes nicht weniger als 188 Anträge vor. Der mit den Konsumvereinen (Zentralverband) abgeschlossene Tarif fand nicht allgemeine Zustimmung. Drei Zahlstellen protestieren gegen den fünfjährigen Tarifabschluß.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes erstreckt sich über eine dreijährige Periode. In die Berichtszeit fällt der Zusammenschluß des Bäckerverbandes mit dem Verband der Konditoren, der sich am 1. Juli 1907 vollzog. Durch diesen Zusammenschluß sind 2594 Mitglieder des Konditorenverbandes hinzugekommen. Die Zahl der Mitglieder betrug am Ende der Geschäftsperiode 20 350 (2062 weibliche!) gegen 13 425 bei Beginn der Periode. Der Verband kann somit mit Befriedigung auf die letzten drei Jahre zurückblicken, hat er doch in der Zeit des schwersten wirtschaftlichen Niederganges seine Mitgliederzahl nicht nur gehalten, sondern auch vermehrt.

Lohnbewegungen und Streiks brachte besonders das Jahr 1907. In der Berichtsperiode fanden 153 Lohnkämpfe in 504 Orten mit 14 191 Betrieben statt.

Erzielt wurde durch die Bewegungen: Für 10 370 Kollegen eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 44 050 Stunden und für 18 100 Kollegen eine wöchentliche Lohnzulage von 31 168 M. In 94 Fällen wurden für 11 125 Beteiligte Korporativverträge mit den Arbeitgebern abgeschlossen. Die Lohnkämpfe erforderten eine Gesamtausgabe der Organisation (Hauptkasse und Lohnkassen) von 72 418 M.

Die Agitation wurde rege betrieben; besonders wurde auf die Hausagitation großes Gewicht gelegt, die planmäßig entfaltet wurde und auch gute Früchte zeitigte.

Nach dem Kassenbericht hat der Verband in der Berichtszeit einen Ueberschuß von 95 672,25 M. Die Gesamteinnahmen betrugen 1 130 730,44 M. und die gesamten reinen Ausgaben 1 035 058,19 Mark. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am Ende der Berichtszeit 214 210,12 M.

## Parteiangelegenheiten.

**Preßprozeß.**

50 Mark Geldstrafe soll der Genosse Seyfarth von der Reußischen Tribüne zahlen, weil er einem Bauunternehmer vorgeworfen hatte, er habe wider besseres Wissen die falsche Behauptung aufgestellt, die Geraer Maurer verlangten eine Stundenlohnerhöhung von 8 Pf. Die Aeußerung hat ein Zimmermeister und Restaurateur weitererzählt, in der Gerichtsverhandlung wollte der Mann aber von nichts mehr wissen. Das Schöffengericht erkannte an, daß Seyfarth in gutem Glauben gehandelt habe.

**An die Bildungsausschüsse!**

Der Zentral-Bildungsausschuß sandte dem Auftrage des Leipziger Parteitages gemäß an die lokalen Bildungsausschüsse Fragebogen, um dadurch eine Uebersicht über die Bildungsarbeit an den einzelnen Orten zu gewinnen. Der Fragebogen ging in diesen Tagen an sämtliche Bildungsausschüsse, die bei der Geschäftsstelle des zentralen Bildungsausschusses (Heinrich Schulz, Berlin SW., Lindenstraße 3) gemeldet sind. Die Bildungsausschüsse, die den Fragebogen bis spätestens Donnerstag den 27. Mai nicht erhalten haben, werden ersucht, davon sofort der Geschäftsstelle Mitteilung zu machen.

**Erfolge des Braunschweiger Wahlrechtskampfes.**

Unser Braunschweiger Parteiblatt, Der Volksfreund, teilt mit, daß die große Sonntagsdemonstration dem Sozialdemokratischen Verein 131 neue Mitglieder, darunter 29 weibliche, und 500 M. Einnahme in Sammelbüchsen gebracht hat.

**Der Landesparteitag der sozialdemokratischen Partei in Sachsen-Altenburg**

findet am 9. und 10. Juli in Roda statt. Auf der Tagesordnung steht neben den üblichen Geschäftsberichten und Delegiertenwahlen die Frage der Aufstellung eines Kandidaten für die kommende Reichstagswahl. Der bisherige Kandidat, Genosse Edmund Buchwald, hat aus Altersrücksichten eine erneute Kandidatur abgelehnt.

## Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

**Erfolg eines „erfolglosen" Streiks.**

Seit einigen Jahren besteht unter den Arbeitern der Baumschulgärtnerei L. Späth in Baumschulenweg bei Berlin eine Bewegung, um die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit für das ganze Jahr zu verlangen. Es bestand sonst die Gewohnheit, daß wohl während der Wintermonate zehn, in der ganzen übrigen Zeit des Jahres aber elf Stunden gearbeitet wurde. Vor zwei Jahren versuchten die Arbeiter ihr Ziel mit Hilfe passiver Resistenz zu erreichen, das heißt, sie arbeiteten auch dann nur zehn Stunden, als im Frühjahr die Zeit der elfstündigen Arbeitszeit in Kraft treten sollte. Nach einer Woche fügten sie sich aber wieder. Für das diesjährige Frühjahr wurde nun durch den Allgemeinen deutschen Gärtnerverein die Bewegung planmäßig vorbereitet, obschon erst eine nur geringe Zahl der zirka 280 beschäftigten Arbeiter organisiert war. Auch dieses Mal wurde es zunächst, nachdem eine Eingabe an die Betriebsleitung keinen Erfolg hatte, mit der passiven Resistenz versucht. Dann aber drangen die Entschiedeneren auf eine allgemeine Arbeitseinstellung, die in einer Betriebsversammlung von 150 Mann auch beschlossen wurde, die aber insofern mißglückte, als sich außer den Organisierten nur wenige beteiligten. Damit war auch der diesjährige Vorstoß erfolglos verlaufen. Die „Streikhetzer" wurden entlassen, die anderen wieder in Gnaden aufgenommen. Das war Mitte März dieses Jahres. Inzwischen kam die Firma zu der Erkenntnis, daß die Bewegung sich nicht mehr bannen lasse. So entschloß sie sich, dem sonst doch unausbleiblichen Erfolg der Gewerkschaft vorzugreifen und „freiwillig" das zu opfern, was doch einmal kommen würde, damit auch gleichzeitig einen Beweis ihrer Arbeiterfreundlichkeit und der Ueberflüssigkeit gewerkschaftlicher Organisation liefernd. Am Tage nach Pfingsten wurde ganz allgemein der Zehnstundentag eingeführt! Das ist sicherlich sehr weise gehandelt. Die Organisation ist darob aber nicht neidisch, es kommt ihr in solchen Fällen ja weniger darauf an, wie sie gesiegt, sie ist schon zufrieden, daß durch sie mittelbar eine Verbesserung für die Gehilfen erreicht wurde. Und die Organisierten wissen die Motive auch richtig zu bewerten.

Ein Schulbeispiel „erfolgloser" Streiks.

### Inland.

**Lohnbewegungen.**

Der am 1. April begonnene Streik der Gärtnergehilfen und Gartenarbeiter in Bremen wurde auf Beschluß der Streikenden am 21. Mai, also nach siebenwöchiger Dauer, abgebrochen. Es war im Verlaufe des Ausstandes gelungen, 30 Betriebe mit rund 120 Beschäftigten zur Anerkennung der aufgestellten Forderungen zu bringen. Dagegen verblieb nur geringe Aussicht, durch weitere Aufrechterhaltung des Streiks auch noch die anderen Firmen zur Bewilligung zu bewegen. Nachdem nach dem Streikabbruch die Ausständigen sich wieder zur Arbeit gemeldet hatten, sind die meisten sofort wieder eingestellt worden. Nur 31 Mann wurde mitgeteilt, sie würden nicht mehr gebraucht, oder sie könnten erst später wieder eingestellt werden. — Es wird dringend ersucht, etwaige Arbeitsangebote aus Gärtnereibetrieben von Bremen und Umgebung abzulehnen und den Zuzug weiterhin fernzuhalten.

### Ausland.

**Der österreichische Porzellanarbeiterverband**

hielt vorige Woche seinen fünften Verbandstag ab. Den deutschen Bruderverband vertrat Wollmann. Außer den Verbandsfunktionären und Beamten waren 27 Delegierte da. Dem Vorstandsbericht entnehmen wir, daß der Verband unter der Krise furchtbar zu leiden hatte. Der Mitgliederstand sank vom 31. Dezember 1907 bis Ende 1909 von 7285 auf 4324. Die Fluktuation war aber so groß, daß insgesamt 5317 Mitglieder gestorben, gestrichen, ausgetreten und übergetreten sind. Der Druck der Krise und verlorener Kämpfe


SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100531/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

der Bauer und Maurer in Böhmen förderte die gelbe Verräterei ganz erheblich. Von den 13 Lohnkämpfen dauerte der Streik in Merkelsgrün fast ein Jahr und erforderte allein für Rechtsschutz 25 000 Kronen. Nach langer erregter Debatte wurden alle Anträge, die die Kasse noch weiter belasten wollten, abgelehnt und nur solche, die sie entlasten können, angenommen, so z. B. die Verlängerung der Karenzfrist auf 52 Wochen. Angenommen wurde auch ein Antrag auf verlängerte und erhöhte Unterstützung für gemaßregelte Funktionäre, sogar eine von den Vertretern der Gewerkschaftskommission und Deutschlands abgelehnte Bestimmung, daß Extrabeiträge von 2 bis 10 Hellern pro Woche eingehoben werden können, wenn der Verband durch Gemaßregeltenunterstützung zu sehr in Anspruch genommen ist. Das zeigt wohl am besten die Schwäche der Organisation, daß jeder Funktionär stets mit der Maßregelung rechnen muß. Ein Antrag auf Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungen wurde abgelehnt. Nach langen stürmischen Debatten wurden die beantragten weiteren Verschlechterungen der Dienstpragmatik der Angestellten abgelehnt.

### Der Wiener Chauffeurstreik

ist mit einem schönen Erfolg beendet worden. Die von der niederösterreichischen Landesregierung eingeleiteten Verhandlungen führten zu einem Kollektivvertrag, der u. a. Entschädigung für über zwölfstündige Arbeitszeit festsetzt, einen Ruhetag in der Woche bestimmt, alle Betriebsmittel sind vom Unternehmer beizustellen, die Kautionen zinstragend anzulegen und zur Schadendeckung nur dann heranzuziehen, wenn beeidete Schätzmeister grobe Fahrlässigkeit des Chauffeurs festgestellt haben usw. Es wird ein fixer Wochenminimallohn von 21 Kronen für sechs Tage eingeführt, die Chauffeure bekommen zehn Prozent der Bruttoeinnahme und sie haben die Hälfte des Benzins zu bezahlen. Der Vertrag gilt zunächst bis 15. Mai 1912.

### Die römischen Streiks.

(i. c.) Der römische Maurerstreik geht langsam seinem Ende entgegen. Die meisten Unternehmer haben den Neunstundentag bewilligt, so daß auf einem großen Teil der Bauplätze die Arbeit aufgenommen wurde. Ueber einige große Baufirmen hat das Streikkomitee den Boykott verhängt. Die Ziegelarbeiter setzen ihren Kampf fort. Eine Agitation bereiten auch die römischen Marmorarbeiter vor, wobei es sich weder um Lohnverbesserung noch um Verkürzung der Arbeitszeit handelt, sondern um Abschaffung der Arbeit mit dem sogenannten pneumatischen Hammer, dessen Gesundheitsschädlichkeit durch eine offizielle Enquete des Reichsarbeitsamtes festgestellt wurde.

### Die englischen Gewerkschaften und die staatlichen Arbeitsbörsen.

Aus London wird uns geschrieben: Je mehr die vor kurzem eingerichteten staatlichen Arbeitsvermittlungsbureaus ihre Tätigkeit erweitern, um so mehr kommt es den verschiedenen Gewerkschaften zum Bewußtsein, daß diese staatliche Einrichtung mit ernsten Gefahren für die gesamte Gewerkschaftsbewegung verbunden ist. Mehrere Gewerkschaften haben bei der Regierung bereits Klage darüber geführt, daß die amtlichen Arbeitsbörsen die Tätigkeit der Organisationen hemmen und ihre Interessen schädigen. Es hat auch bereits eine Besprechung dieser Fragen zwischen dem Vorstande des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes und den nächstbeteiligten Beamten des Handelsministeriums stattgefunden, die aber noch zu keinem endgültigen Ergebnis geführt hat.

Die wichtigsten Klagen der Gewerkschaften gegen die Arbeitsbörsen sind die folgenden: Erstens befürchten die Gewerkschaften, daß die Arbeitsbörsen bei gewerblichen Kämpfen dazu benutzt werden können, den Unternehmern Streikbrecher zu liefern. Dies ist in der Tat schon mehrfach vorgekommen. Das Reglement der Arbeitsbörsen schreibt allerdings vor, daß diese in solchen Fällen die strengste Neutralität bewahren müssen, aber es scheint, daß sich niemand klar darüber ist, was „Neutralität" hier heißt und in welcher Weise man ihre Wahrung sichern soll. Zweitens klagen die Gewerkschaften, daß die Arbeitsbörsen häufig dazu dienen, die Löhne herabzudrücken. Die Arbeitsbörsen vermitteln Beschäftigung ohne Rücksicht darauf, ob der angebotene oder geforderte Lohn den Durchschnitt erreicht oder nicht. Die Gewerkschaften fordern, daß die Vorbedingung der staatlichen Arbeitsvermittlung die Zahlung von Gewerkschaftslöhnen sein soll. Wenn die Regierung in diesem Punkte nicht nachgibt, dann dürfte es zu schweren politischen und wirtschaftlichen Kämpfen darum kommen. Drittens klagen gewisse Gewerkschaften, die bereits selber vorzüglich organisierte Arbeitsvermittlungseinrichtungen aufgebaut haben, daß die Arbeitsbörsen den Wert und die Entwicklung ihrer Organisation zu gefährden drohen. Hier wird wohl eine friedliche Nebenordnung unschwer zu erreichen sein. All diese und noch viele andere wichtige Fragen werden die noch einzuberufenden Arbeitsbörsen-Beiräte, an denen Arbeiter und Arbeitgeber zu gleichen Teilen vertreten sein sollen, zu beschäftigen haben. Die Gewerkschaften, die die Einführung von Arbeitsbörsen ohne Vorbehalt gefordert haben, sehen jetzt, daß diese nicht unbedingt ein Segen für die Arbeiter sind.

## Versammlungen.

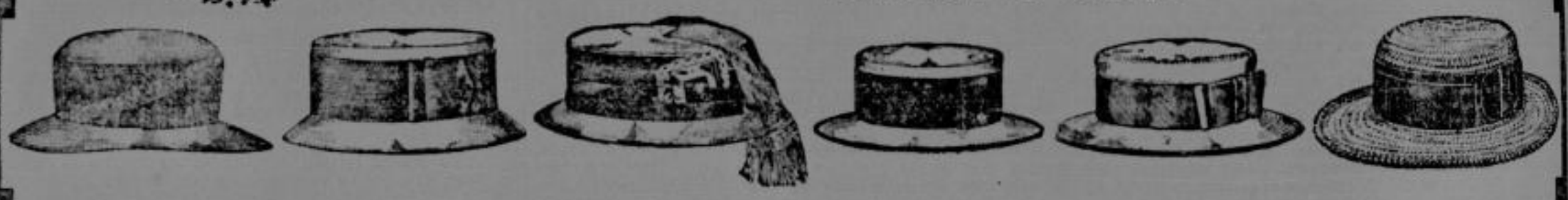
**Druckateure.** Am 21. Mai tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Kollege Lenk sprach über die Streikbewegung in unserem Beruf, die Bauarbeiteraussperrung und die dadurch bedingten erhöhten Beiträge. Redner legte eine Statistik vor darüber, wieviel Kollegen augenblicklich im Kampfe stehen und wie enorm auch die Ausgaben für die Hauptkasse sind. Neben einer Resolution, mit allen Mitteln für die im Streik stehenden und durch die Aussperrung in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen einzutreten und die vom Hauptvorstand ausgeschriebenen außerordentlichen Extrabeiträge pünktlich zu zahlen, lief ein Antrag ein, für zwei wirtschaftlich sehr schlecht gestellte Kollegen beim Hauptvorstand um Erlaß der Extrasteuer nachzusuchen.

(Eing. 27. 5.)

**5. Quittung.** Für die ausgesperrten Bauarbeiter gingen beim Arbeitersekretariat Plauenscher Grund in Döhlen bis 27. Mai weiter ein: Lederarbeiterverband Deuben 22,40 M., Arbeitermühle Deuben 12,80 M., Kontor- und Lagerpersonal Bartmann, Potschappel 44,50 M., 1. Rate von den Heizern der Stadtbahn, Liste 540, 15 M., H. Lahmann, Döhlen, 5 M., H. Voß, Döhlen, 1 M., Porzellanarbeiter Potschappel, Liste 552, 3. Rate 30 M., Gesamtertrag band der Zivilmusiker Plauenscher Grund und Umgegend: Ertrag einer Tanztour Gasthof Döhlen 5 M., Sächsischer Hof 4 M., Gasthof Hainsberg 2,35 M., Niederhäslich 3,50 M., Deutsches Haus, Potschappel 4,60 M., Wagner, Deuben 3 M., Zschiedge 2 M., Gitterle 4,30 M., Weischhuse 4,40 M., Bannewitz 3,40 M., Kleinnaundorf 2 M., Extrafonds der Bergarbeiter Plauenscher Grund 50 M., Frau P. 5,50 M. Summa 230,15 M.


**Victoria-Salon.**
Nur noch bis Ende Mai:
**Komiker Hartstein**
und sämtliche Attraktionen. Anfang 8 Uhr.

Infolge der noch vorhandenen **enormen Riesen-Hutlager** haben wir uns entschlossen
**jetzt schon**
**bedeutende Preis-Ermässigung**
für
**Damenhüte, Mädchenhüte, Sporthüte**
eintreten zu lassen.



**Radeberger Hutfabrik**
WAGAWA & CRÖNERT G. m. b. H.
**Einzelverkauf in Dresden-A., nur Moritzstr. 3.**



**Makronen-, Leb- u. Honigkuchenfabrik**
(Elektrischer Betrieb.)
Fernsprecher: Deuben 783. **Paul Bock** Tarif genehmigt.
**Niederpesterwitz, Bezirk Dresden.**
Empfehle den werten Verbänden, Gewerkschaften und sonstigen Vereinen bei Veranstaltungen von Festlichkeiten, zur Verlosung und Ausspielungen meine beliebten Honigkuchen, sowie das Aufstellen von Verkaufsbuden mit diversen Artikeln. — Gratislieferung von Räder-, Würfel- und sonstigen Spielen. Muster stehen jederzeit zur Verfügung.
Aufträge für Dresden und Vororte nimmt mein Vertreter: Herr A. Bischoff, Striesen, Zwenerstr. 1 b, entgegen.

**Geschäfts-Eröffnung.**
Der geehrten Einwohnerschaft von Jauckerode und Umg. gebe ich hiermit zur Kenntnis, daß ich zum 1. Juni einen
**Barbier-, Frisier- und Haarschneide-Salon**
eröffne. Um gütigen Zuspruch unter Zusicherung reeller und sauberer Bedienung bittet höflichst **Felix Schulze, Friseur.**

**Kleian's 10 Pf.-Gardinenfarben**
altgold, creme, zitronengelb, maisgelb.



**Die Sparkasse zu Leuben bei Dresden**
verzinst Einlagen mit 3½ Prozent.
Geöffnet an jedem Wochentage von 9—1 Uhr vorm. und 3—5 Uhr nachm. Sonnabends und an Tagen vor Festtagen ununterbrochen von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.
Bis zum 3. Werktag eines jeden Monats gemachte Einlagen werden voll verzinst.
Elektrische Bahnverbindung: Dresden—Laubegast—Leuben.

**Globin** bester Schuhputz
gibt Schuh u. Stiefel schönsten Glanz erhält das Leder weich u. ganz.
In grossen Dosen à 20 Pfg.

**Bildereinrahmungen** viel billiger wie im Laden
O. Erfurth, Josephinenstraße 13.

Kinder- u. Sportw. (auch gebr.) Torgauer Strasse 36.
Fischgöhe, Vogelwiese.



**Rote Zöpfe**
2c. — obwohl solche Ware nicht aus meinem Atelier stammt — färbt billig auf
**Frau Emma Schunke**
Spezialgeschäft für Dauerwellen
Schloßstraße 19, 1. Etg.

Gute getragene
**Herren- u. Damen-Kleider**
kaufen Sie am billigsten nur im 1. Dresdner Spezial-Kleidermagazin
1. I. Töpferstrasse 1. I.

**Rover**, H- u. Damenrad, mit Torpedo, billig zu verkaufen, event. Teilzahlung. Große Brüdergasse 21, 2. Et.



**Schuberts**
Kaffee- und Feuerbrunk-Café
Weberstraße 1, nahe der Amalienstr.
empfiehlt sich werten Partien u. Gewerkschaftskollegen bestens.
Flotte Bedienung.

**Butter**
!! sehr billig !!
Feinste Tafelbutter
**115 Pf.**
das Pfund.
Prima frische Eier
**75 Pf.** die Mill.
**Max Nieke**
nur Webergasse 22.
Fernsprecher 4173.